



Vor 75 Jahren:

Die nationalsozialistische Hinrichtungswelle im Jahr 1943

WINFRIED R. GARSCHA

Die Jahre 1942, 1943 und 1944 bildeten die mit Abstand mörderischste Periode der NS-Justiz, deren Höhepunkt das Jahr 1943 war. Im Wiener „Grauen Haus“¹ wurden 1942 fünf Mal so viele Menschen wie 1941 geköpft, 1943 verdoppelte sich die Zahl der Hinrichtungen noch einmal; 1944 sank sie um ein Viertel.²

Ähnlich verhielt es sich an anderen Hinrichtungsstätten, wie sich an der Anzahl der hingerichteten ÖsterreicherInnen ablesen lässt. In Berlin-Plötzensee wurden 100, in München-Stadelheim 157 Verurteilte aus der „Ostmark“ bzw. den „Alpen- und Donau-Reichsgauen“ hingerichtet, davon entfielen 50 bzw. 40 Prozent auf das Jahr 1943. Allein in Brandenburg-Görden, der nach Wien und München-Stadelheim wichtigsten Hinrichtungsstätte für ÖsterreicherInnen, erreichte die Anzahl der Hinrichtungen ihren Höhepunkt erst 1944: Von 121 österreichischen Verurteilten wurden 25 Prozent 1943 und über 50 Prozent 1944 geköpft. Berücksichtigt man alle Gerichtsstandorte, war der Anstieg nicht so exorbitant, stellte von 1941 auf 1942 aber immer noch eine Verdreifachung dar und erreichte 1943 ihren Höhepunkt.³

Bei den Hingerichteten handelt es sich sowohl um Angeklagte, über die wegen ihres politischen Widerstands gegen das NS-Regime Todesurteile verhängt wurden, als auch um solche, deren Handlungen erst durch die NS-Justiz zu todeswürdigen Verbrechen erklärt worden waren und die als „Volksschädlinge“ aus der Volksgemeinschaft „ausgemerzt“ werden sollten, oder solche, die wegen krimineller Delikte zum Tode verurteilt wurden, auf die damals auch in demokratisch regierten Staaten die Todesstrafe stand (z.B. Mord).

Diese statistischen Zahlen erscheinen insofern erstaunlich, als die Todesurteile ja in Gerichtsverfahren gefällt wurden, denen polizeiliche Ermittlungen vorangingen. Die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes aus-

gewerteten Tagesrapporte und Fotografierscheine der Wiener Gestapoleitstelle zeigen aber, dass, mit geringfügigen monatlichen Abweichungen, zwischen 1940 und 1944 etwa die gleiche Anzahl von Fällen erkenntnisdienlich behandelt wurde. Die exzessive Verhängung von Todesurteilen durch nationalsozialistische Gerichte ab 1942 lag somit nicht daran, dass seitens der Geheimen Staatspolizei bzw. der Kriminalpolizei der Justiz ab diesem Zeitpunkt eine um so viel höhere Anzahl von Tatverdächtigen (WiderstandskämpferInnen und „Kriminelle“) überstellt worden wäre, sondern an der Anklagepraxis der Staatsanwaltschaften.

Der vorliegende Beitrag versucht, hierfür eine Erklärung anzubieten. Dazu ist es erforderlich, den Stellenwert der Justiz als Terrorinstrument anderen Methoden (Einweisungen in Konzentrationslager, Morde durch Gestapo- und Parteiorgane, insbesondere in der Endphase des NS-Regimes) gegenüberzustellen.

Fundamente der faschistischen Herrschaft

Auch eine faschistische Diktatur bedarf der Zustimmung oder zumindest Duldung durch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Um diese auch bei jenen Teilen der Bevölkerung zu gewährleisten, die nicht ohnehin zur begeisterten Gefolgschaft des NS-Regimes zählten, bediente sich die nationalsozialistische Diktatur einer Kombination folgender Methoden:

- propagandistische Gehirnwäsche (die an tiefstehende antisemitische Vorurteilen ebenso anknüpfen konnte wie an revanchistischen Großmachtfantasien nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg),
- materielle Bestechung (ermöglicht durch den Raub jüdischer Vermögen und die Ausplünderung erobert Gebiete) und, wenn das alles nicht verfiel,
- Einschüchterung, Unterdrückung und – wenn der „Schutz der Volksgemeinschaft“ dies „erforderte“ (wie es in zahl-

reichen Todesurteilen hieß) – „Ausmerzung“.

Erwünscht war dabei nur die Zustimmung der „arischen“ Teile der Bevölkerung (der „Volksgemeinschaft“). Juden und Jüdinnen und sonstige „Gemeinschaftsfremde“ – also Roma, Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen –, aber auch „unwertes Leben“ und „Volksschädlinge“ gehörten nicht dazu und mussten somit nicht für die Ziele des NS-Regimes gewonnen werden.

Sie waren entweder

- zu verjagen (wie die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Wiens 1938/1939),
- zu vernichten (die verbliebenen Juden und Jüdinnen sowie Roma & Sinti durch Deportation in Ghettos und Todesfabriken in Osteuropa; die als „lebensunwert“ eingestuften Kranken in den Tötungszentren der NS-Euthanasie) oder
- in Lagern einzusperren, wo sie unter mörderischen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden.

Im Wesentlichen waren es drei Instrumente, auf die sich das NS-Regime bei der gewaltsamen Durchsetzung seiner Ziele im Inneren stützen konnte:

- die NSDAP,
- die Sicherheitspolizei (Gestapo, SD [Sicherheitsdienst der SS] und Kriminalpolizei)
- die Strafrechtswesen.

Diese standen in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, das immer wieder Spannungen verursachte. Ein Beispiel hierfür ist der – letztlich gescheiterte – Versuch des Gauleiters von „Oberdonau“, August Eigruber, unter Umgehung der Justiz „Anprangerungen“ einheimischer Frauen wegen „verbotenen Umgangs“ mit Kriegsgefangenen oder mit Polen durch Angehörige der SA vornehmen zu lassen, anstatt sie bei den zuständigen Stellen anzuzeigen.⁴ Allerdings gelang es gegen Kriegsende den regionalen und teilweise auch lokalen NSDAP-Organen, sich zu den eigentlichen Herren über Leben und Tod aufzuschwingen.

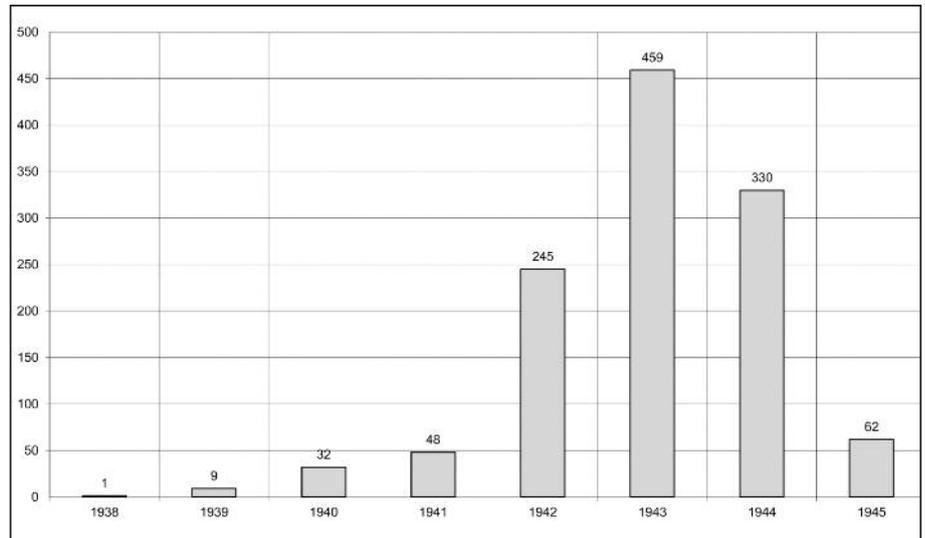
Die politischen Leiter der NSDAP lassen hinrichten und ermorden

Die von Hitler bei Kriegsbeginn zu „Reichsverteidigungskommissaren“ erklärten Gauleiter erhielten am 15. Februar 1945 die Kompetenz zur Bildung von Standgerichten.⁵ Wurde durch den Kriegsverlauf der Dienstweg zum Gauleiter unterbrochen, konnten auch Kreisleiter als „Reichsverteidigungskommissare“ agieren und mittels ad-hoc-Standgerichten Personen liquidieren, die sie als gefährlich einschätzten. Von den geschätzten fünf- bis achttausend Hinrichtungen in den letzten vier Kriegsmonaten⁶ entfiel ein großer Teil auf diese Standgerichte der Reichsverteidigungskommissare. Im selben Zeitraum wurden auf der Grundlage von Urteilen ordentlicher Strafgerichte, der Sondergerichte und des Volksgerichtshofs rund achthundert Verurteilte hingerichtet.⁷ Diese Zahlen verdeutlichen nicht nur den Vernichtungswillen der untergehenden NS-Führung, sie zeigen auch, dass selbst für den justizförmigen Teil des NS-Terrors ab Anfang 1945 die Justiz nur mehr in eingeschränktem Ausmaß zuständig war, wiewohl an den Standgerichten auch Justizfunktionäre führend mitwirkten.⁸

Auch die Ermordung Tausender ungarischer Juden und Jüdinnen sowohl im Zuge der Errichtung des so genannten Südostwalls entlang der burgenländisch-ungarischen Grenze als auch auf ihren Todesmärschen quer durch Ostösterreich erfolgte durch örtliche Nazi-Funktionäre, das Lagerpersonal rekrutierte sich aus SA-Männern und „politischen Leitern“ der NSDAP. Diesen Massentötungen irgendeinen „legalen“ Anstrich zu geben, hielt niemand für nötig. Das gilt auch für das Massaker im Zuchthaus Stein vom 6. April 1945, an dem sich zwar Justizwachebeamte und andere Uniformierte beteiligten, dessen Federführung aber beim Kremser Volkssturmkommandanten, SA-Standartenführer Leo Pilz, lag.⁹

Die Polizei als Hauptinstrument des NS-Terrors

Von Anfang an weniger erfolgreich war die Justiz in ihren Bemühungen, das Primat der Polizei bei der „Verbrechensbekämpfung“ in Frage zu stellen. Sichtbarster Ausdruck dieser Vormachtstellung der Polizei war die Regelung, dass die von der Gestapo oder der Kriminalpolizei der Justiz übergebenen Tatverdächtigen in der Regel an die Polizei „rücküberstellt“ werden mussten, wenn die Staatsanwaltschaft keine Anklage er-



Anzahl der Hinrichtungen im Wiener Landesgericht.

hob oder das zuständige Gericht einen Freispruch fällte. Selbst nach erfolgter Strafverbüßung entschied letztlich die Polizei, ob die betreffende Person in Freiheit blieb, in ein Konzentrationslager überstellt wurde oder, falls es sich um einen wehrfähigen Mann handelte, in ein Strafbataillon der Wehrmacht einberufen wurde. Das galt nicht nur für politische GegnerInnen des NS-Regimes. Wegen krimineller Delikte Beschuldigte durften beispielsweise nach einem Freispruch nicht aus der gerichtlichen Untersuchungshaft entlassen werden, sondern waren der Polizei als „Vorbeugungshäftling“ zu übergeben; schließlich *könnten* sie ja in Zukunft eine Straftat begehen. Die ursprünglich für „Berufs- und Gewohnheitsverbrecher“ geltenden Gesetze wurden auch auf jene ausgedehnt, die auf Grund einer „schweren Straftat und wegen der Möglichkeit der Wiederholung“ eine so große Gefahr für die Allgemeinheit bildeten, „dass seine Belassung auf freiem Fuß nicht zu verantworten“ sei, wobei es schon ausreichte, dass die betreffende Person „einen auf eine schwere Straftat abzielenden Willen durch Handlungen offenbart, welche die Voraussetzungen eines bestimmten strafbaren Tatbestandes noch nicht erfüllen“, und schließlich jeder, der, „auch ohne Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet“.¹⁰

Mit der Fortdauer des Krieges und dem sprunghaften Anstieg „fremdvölkischer“ Arbeitskräfte in Deutschland und Österreich ab 1942/43 behielt sich die Polizei mehr und mehr vor, wer überhaupt der Justiz zur Anklageerhebung übergeben wurde. In zahlreichen Fällen wurde der Ausgang eines eingeleiteten Strafverfahrens nicht abgewartet und der Angeklag-

te in das nächste Konzentrationslager verschickt, wo für eine Tötung kein gerichtliches Todesurteil erforderlich war. Die einzelnen Schritte der Ersetzung von Strafrecht durch Polizeiwillkür, insbesondere gegen „Fremdvölkische“, hat der Berliner Strafrechtsprofessor Werle bereits vor dreißig Jahren detailliert beschrieben.¹¹

Alleinstellungsmerkmal der Justiz: das Gerichtsverfahren

Während die oben beschriebenen Einzel- und Massentötungen auch nach NS-Recht streng genommen illegal waren, fußten die Todesurteile der Justiz auf Verfahren, die nach feststehenden Regeln durchzuführen waren. Wichtigste Voraussetzung war, dass der Anklagebehörde vor Gericht der Nachweis der „Schuld“ des/der Angeklagten gelang, und dass für die angeklagte Straftat im Gesetz die Todesstrafe vorgesehen war. Eines der Kennzeichen nationalsozialistischer Justiz war allerdings, dass in rascher Folge die Anzahl der Delikte ausgeweitet wurde, die mit dem Tod bestraft werden konnten (auf 46 Straftaten zusätzlich zum Mord). Mehr als die Hälfte der in Wien vollzogenen Hinrichtungen, nämlich 653, erfolgte wegen Delikten, die erst das NS-Regime in Österreich eingeführt hatte. Ein weiteres Kennzeichen der NS-Justiz war, dass sie als Kriterium für die Verhängung der Todesstrafe nicht nur die Tat selbst, sondern auch die Persönlichkeit des Täters sowie das durch die Tat verletzte „gesunde Volksempfinden“ heranzog. So hieß es in der Begründung für die Möglichkeit, auch Jugendliche hinzurichten, in einer bald nach Kriegsbeginn 1939 erlassenen Verordnung, die Verhängung der Todesstrafe sei angebracht, „wenn die bei der

Tat gezeigte, besonders verwerfliche verbrecherische Gesinnung oder der Schutz des Volkes eine solche Bestrafung erforderlich macht“.¹²

Dennoch sahen maßgebliche NS-Politiker von Hitler abwärts in der Strafjustiz eine stumpfe Waffe zur Durchsetzung des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruchs. Vor allem die „formale“ Rechtsauffassung der studierten Juristen störte Hitler. Die NS-Führung redete eine „Justiz-Krise“ herbei, drohte den Richtern bei zu milden Urteilen mit der Absetzung und stellte „falsche“ Urteile in den so genannten Richterbriefen an den Pranger. Schließlich erklärte Hitler am 26. April 1942 vor dem Reichstag, er erwarte, dass die deutsche Justiz versteht, dass Deutschland nicht zugrunde gehen könne, nur „damit ein formales Recht lebt“, sondern dass Deutschland leben müsse, „ganz gleich wie immer auch formale Auffassungen der Justiz dem widersprechen mögen“. Daher werde er „von jetzt ab in diesen Fällen eingreifen und Richter, die ersichtlich das Gebot der Stunde nicht erkennen, ihres Amtes entheben“.¹³

Die nationalsozialistischen Richter bewiesen, dass die gewünschten Ergebnisse auch mittels formal korrekter Verfahren erreichbar waren. Kein Richter wurde abgesetzt. Die Justiz funktionierte – wie auch schon zuvor – als Terror-Instrument des Regimes, vervielfachte allerdings ihre Anstrengungen, sowohl politische GegnerInnen als auch „Volkschädlinge“ aufs Schafott zu bringen.

Dabei war unverkennbar, dass auch die für Hitler-Deutschland immer ungünstigere Kriegslänge Einfluss auf die Anklage- und Urteilspraxis hatte. Das Scheitern des Angriffs der Deutschen Wehrmacht auf Moskau im Winter 1941/1942 wirkte sich vor allem auf die Verfolgung des kommunistischen Widerstands aus. Im Krieg gegen die Sowjetunion wurden die 1939 bis 1941 hergestellten organisatorischen Netzwerke mit ihren Bemühungen, Soldaten an der Front über den verbrecherischen Charakter und gleichzeitig die Aussichtslosigkeit des Krieges aufzuklären – im annektierten Österreich vor allem im Rahmen der Gruppe „Soldatenrat“ – zu einer Bedrohung für die nationalsozialistische Kriegführung. Ab Mitte/Ende 1941 wurde diese Netzwerke von der Gestapo sukzessive mit erschreckender Effizienz zerstört. Die Gerichte verhängten Todesurteile nicht nur wegen der Verbreitung „wehrkraftzersetzender“ Flugblätter, sondern auch wegen Spenden

von geringfügigen Beträgen für die Familien Inhaftierter. Wegen der teilweise langwierigen Verfahren, im Zuge derer die Gestapo in jedem Fall versuchte, zusätzliche Namen aus den Verhafteten herauszuprügeln, erfolgten in zahlreichen Fällen Todesurteil und Hinrichtung erst 1943. Die Niederlage der 6. Armee, in der besonders viele Österreicher dienten, vor Stalingrad im Jänner 1943 war ein weiterer Anstoß zur Verschärfung der Urteile der Terror-Justiz. Die regelmäßig im *Neuen Mahnruf*, der Zeitschrift des KZ-Verbands, publizierten Listen jener Kameradinnen und Kameraden, deren anlässlich eines runden Jahrestags ihres Todes gedacht wird, weisen zwar für die letzten Kriegsmomente die höchsten absoluten Zahlen auf. Hinsichtlich der Hinrichtungen jedoch liegt die absolute Spitze im Jahr 1943 (zuletzt schienen in jedem Quartal jeweils 30 bis 40 hingerichtete WiderstandskämpferInnen auf).

Die Erklärung für den Rückgang der Hinrichtungen 1944 liegt nicht in einer größeren Milde der Richter, sondern darin, dass sich die NS-Behörden in zunehmendem Maße Gerichtsverfahren „ersparten“ und die Beschuldigten in Konzentrationslager überstellten. Gegen Ausländer, insbesondere Polen und „Ostarbeiter“, die beschuldigt wurden, mit „deutschen“ Frauen Kontakte zu unterhalten, fanden fast gar keine Gerichtsverfahren mehr statt. Aus einer Untersuchung für den Reichsgau „Oberdonau“ geht hervor, dass 1944 mitunter ein und dasselbe Delikt bei italienischen Zwangsarbeitern gerichtlich geahndet wurde, bei Polen hingegen mit der Einweisung ins Konzentrationslager Mauthausen.

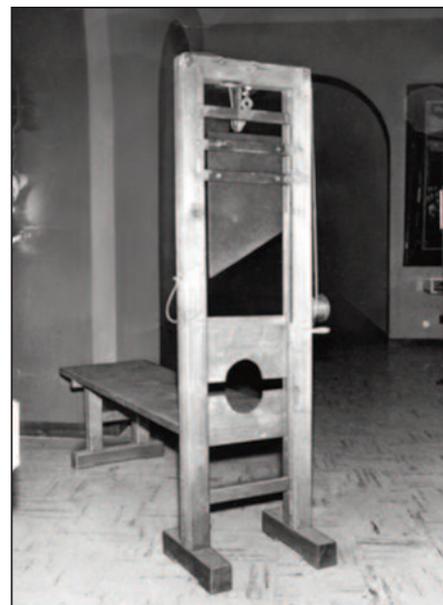
Anmerkungen:

1/ Das graue Gerichtsgebäude in der Landesgerichtsstraße in Wien-Josefstadt war von 1938 bis 1945 Sitz des „Landgerichts Wien“ und der „Untersuchungshaftanstalt Wien I“. Während Hinrichtungen durch die österreichische Justiz mittels Würgegalgen im so genannten Galgenhof stattfanden, installierte die NS-Justiz in der UHA Wien I ein Fallbeil. Der Raum, in dem die Guillotine stand, ist heute ein – gegen Voranmeldung – öffentlich zugänglicher Gedenkraum im Landesgericht für Strafsachen.

2/ Diese und die nachfolgenden Zahlen beruhen auf Recherchen von Dr. Gerhard Ungar (DÖW).

3/ Johannes Tuchel: Die Todesurteile des Kammergerichts 1943 bis 1945. Eine Dokumentation. Berlin 2016, S. 27f.

4/ Winfried R. Garscha/Franz Scharf: Justiz in Oberdonau. Linz 2007 (Oberösterreich in der



Schafott im Hinrichtungsraum des Wiener Landesgerichts.

Zeit des Nationalsozialismus, Bd. 7), S. 76ff. sowie S. 458f.

5/ Verordnung über die Errichtung von Standgerichten vom 15. Februar 1945, Reichsgesetzblatt I, S. 30.

6/ Manfred Messerschmidt: Die Wehrmächtsjustiz 1933–1945. Paderborn u.a. 2005, S. 420.

7/ Wolfgang Schumann/Olaf Groehler (Hg.): Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 6. Berlin 1985, S. 564 und 644.

8/ Beispiele zur Arbeitsweise eines solchen Standgerichts unter der Ägide des Gauleiters in: Garscha/Scharf: Justiz in Oberdonau, S. 198–208.

9/ Konstantin Ferihumer/Winfried R. Garscha: Der „Stein-Komplex“. Nationalsozialistische Endphaseverbrechen im Raum Krems und ihre gerichtliche Aufarbeitung, in: Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige: Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien Nationalsozialismus. DÖW-Jahrbuch 2016. Wien 2016, S. 51–82, hier S. 65f.

10/ Der diesbezügliche Runderlass des Reichsjustizministeriums („Grundlegender Erlaß über vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“) war bereits vor der Annexion Österreichs, am 17. Dezember 1937, ergangen und wurde den Generalstaatsanwälten neuerlich kundgemacht in der Rundverfügung zur Sicherheitsverwahrung vom 18. August 1942. Zit. in: Garscha/Scharf: Justiz in Oberdonau, S. 80f.

11/ Gerhard Werle: Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich. Berlin–New York 1989.

12/ § 1 Abs. 2 der Verordnung zum Schutz gegen jugendliche Schwerverbrecher vom 4. Oktober 1939, Reichsgesetzblatt I, S. 2000.

13/ Zit. nach Lothar Gruchmann: „Generalangriff gegen die Justiz“? Der Reichstagsbeschluss vom 26. April 1942 und seine Bedeutung für die Maßregelung der deutschen Richter durch Hitler, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 51. Jg. (2003), Nr. 4, S. 509–520, hier S. 510.

Wien schlägt Berlin

Hans Hautmann (1943–2018) über die österreichische Rätebewegung und warum sie so viel stärker war als ihr Pendant auf der anderen Seite der deutsch-österreichischen Grenze.

Im *Andenken an Hans Hautmann und seinen Beitrag zur linken Geschichte und Bewegung* veröffentlichte das Online-Magazin „Ada“ ein Interview aus dem Jahr 2017, geführt von Benjamin Birnbaum, das ursprünglich in der französischen Zeitschrift für marxistische Theorie, „Période“, erschien. Birnbaum sprach mit Hautmann über seine wissenschaftliche Laufbahn und über die Rolle der demokratischen Selbstbestimmung bei der Überwindung des Kapitalismus.

1987 erschien Ihre *Geschichte der Rätebewegung in Österreich*. Auf welche Reaktionen stieß dieses Buch zum Klassenkampf und zur Revolutionsgeschichte, das gerade zum Zeitpunkt des vermeintlichen Siegeszugs der Neoliberalismus veröffentlicht wurde?

Das Echo auf das Buch war zum Zeitpunkt des Erscheinens gering, obwohl es mit 815 Seiten Umfang die bis dahin gründlichste Studie der Rätebewegung und der österreichischen Revolution darstellte. Es gab nur wenige Rezensionen, und auch die nur von linker Seite.

Wäre das Werk zehn Jahre früher erschienen, als Mitte der 1970er Jahre in Frankreich, Deutschland, Italien usw. innerhalb der linken Studentenbewegung das Räte-system als Alternative zur bürgerlichen Demokratie lebhaft diskutiert wurde, hätte es anders ausgesehen. Ich konnte mir den günstigen Zeitpunkt aber nicht aussuchen, weil für das Buch eine langwierige Recherche nach Quellen und Unterlagen notwendig war, eine Aufgabe, der ich mich gerade in den 1970er Jahren unterzog.

Abgesehen von diesem Werk haben Sie als Historiker umfassend zum Thema ArbeiterInnenbewegung veröffentlicht. Wie kam es zum Fokus auf die soziale Frage und wie schätzen Sie die aktuellen Perspektiven der marxistischen Geschichtsschreibung ein?

Ich stamme aus einem kommunistischen Elternhaus, was sicherlich dazu beitrug, mich als Historiker der Geschichte der Arbeiterbewegung zuzuwenden. Auch das Thema meiner Dissertation 1968 („Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919“) und meine Tätigkeit als Assistent

am Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz, an dem auch das Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung beheimatet war, zielten in diese Richtung.

Die aktuellen Perspektiven einer marxistischen Geschichtsschreibung schätze ich als gut ein, weil unter den gegenwärtigen Bedingungen der hemmungslosen kapitalistischen Globalisierung Bedarf an herrschaftskritischen Herangehensweisen besteht.

Wodurch unterscheidet sich die Räte-republik radikal von der bürgerlichen Demokratie? Hier könnte man auch auf die Frage des Wahlrechts eingehen, die in der ArbeiterInnenbewegung zu Diskussionen geführt hat. Man denke an die Entscheidung der Bolschewiki unmittelbar im Laufe der Oktoberrevolution, das Wahlrecht nur jenen zu geben die von ihrer eigenen Arbeit lebten, was Rosa Luxemburg kritisierte.

Die Räte-demokratie ist eine direkte Demokratie mit einer neuen, nur bei ihr zu beobachtenden Art der Willensbildung. Ihr Kernstück ist das imperative Mandat, die Maxime permanenter Kontrolle der Gewählten seitens der Wähler, ihrer ständigen Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählern und ihrer jederzeitigen Abberufbarkeit durch die Wähler.

Beratend und beschließend zugleich sollte die Räte-demokratie engste Verbindung zwischen Basis und Mandatsträgern herstellen und einen ständigen Willensbildungs- und Kontrollprozess „von unten nach oben“ ermöglichen. Die Räte empfanden sich als Gegenpol zum parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystem und als potenzieller Ablöser des „bürgerlichen Staates“. Die an seine Stelle tretende Alternative, die „Räte-republik“, sollte auf der Basis einer sozialisierten Wirtschaft die räte-demokratischen Prinzipien verwirklichen.

Die reformistische Sozialdemokratie in Österreich fasste ebenso wie die Bolschewiki in Russland die Räte als Klassenorganisation der manuellen und geistigen Arbeiter auf und schloss Privateigentümer eines Betriebes vom Wahlrecht ausdrücklich aus. In die Räteorgane konnten in Österreich weiters nur solche gewählt werden, die „in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise

das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes erkennen, ihrer Berufsorganisation (Gewerkschaft) angehören und das 20. Lebensjahr überschritten haben“.

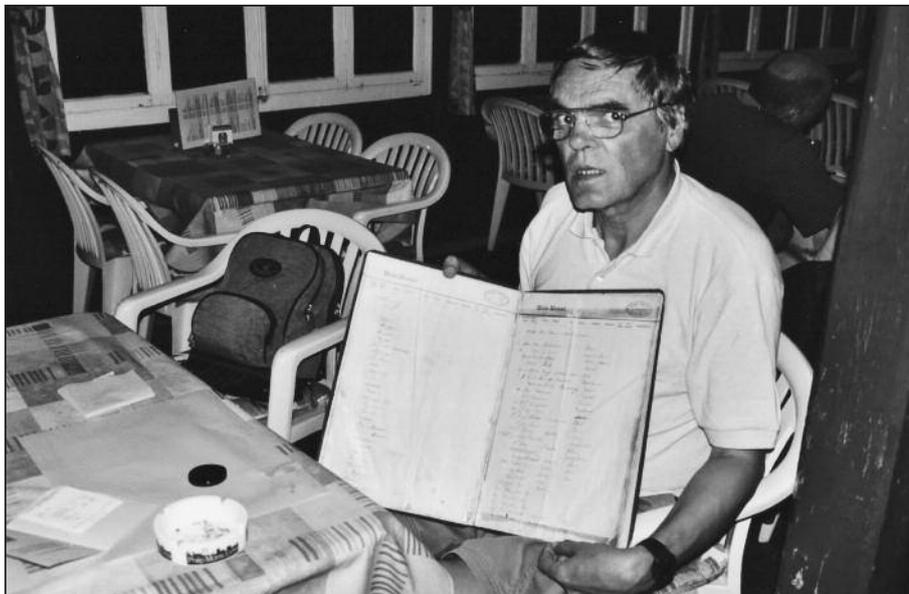
Wie erklären Sie den internationalen Charakter der Rätebewegung, die am Ende des Ersten Weltkriegs in mehreren Ländern Europas gleichzeitig auftrat?

Der internationale Charakter der Rätebewegung erklärt sich aus den gleichen Erfahrungen und gleichen Interessen des europäischen Proletariats unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges, der verschärften kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung und dem Streben nach einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Innerhalb der Rätebewegung zeichnete sich Österreich dadurch aus, dass dort die Räte am längsten existierten und aufgrund ihres soliden Fundaments aktiv in wirtschaftliche und soziale Belange eingriffen. Könnten Sie die Besonderheiten der Räte in Österreich genauer erläutern, und ausführen, in welchen Bereichen ihre Eingriffe besonders weit gingen?

Eine Besonderheit war, dass das Räte-system in Österreich bezüglich Aufbau, Wahlmodus, Wahlbeteiligung und Klarheit der innerorganisatorischen Spielregeln die Rätebewegung in Deutschland und Ungarn übertraf. Die zweite bestand darin, dass die Räteorgane grundlegende Umgestaltungen bei der Lebensmittelversorgung, im Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesen anstrebten und auf örtlicher Ebene, an der Basis, in Angriff nahmen.

So gesehen waren die nach gehorteten Lebensmitteln fahndenden, die Schleichhandelsbestände an die Notleidenden verteilenden, freien Wohnraum zur Anzeige bringenden, willkürliche Delogierungen durch die Hausherrn verhindernden, hungernde Kinder tatkräftig unterstützenden, Waffen- und Munitionslieferungen an konterrevolutionäre Staaten hintanhaltenden, jeden Auskunfts-suchenden und Bittstellenden in sozialen Angelegenheiten kostenlos beratenden Räteorgane der österreichischen Revolution einen wahrlich einzigartige Erscheinung in der österreichischen Geschichte, die sich in die beste Tradition dessen einreihet, was man gesunde Initiative er-



Hans Hautmann im Sommer 2003 mit dem Gästebuch des Hotels „Bären“ in Kienthal mit den Einträgen der Teilnehmer an der „Kienthaler Konferenz“ im Jahr 1916.

wachter und selbstbewusster Arbeitermassen nennen kann.

Wie war das Verhältnis der österreichischen Sozialdemokratischen Partei zu den Arbeiter- und Soldatenräten? Immerhin war laut Statuten der Räte die „Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel“ und der „Klassenkampf das Mittel“.

Die österreichische Sozialdemokratie verfolgte gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten wie auch gegenüber den Kommunisten eine politische Linie, die sich von der in Deutschland eines Ebert, Scheidemann, Noske usw. deutlich abhob: die Strategie der möglichst gewaltlosen Bändigung der Gefahr von links.

Deshalb baute sie den Arbeiterrat im März 1919 zu einem „Parlament des gesamten Arbeiterklasse“ aus, um mit den Kommunisten Kontakt zu halten, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sie, wenn möglich, auf die sozialdemokratische Linie des „Abwartens“ und „Gewehr-bei-Fuß-Stehens“ zu bringen, sie von der Perspektivlosigkeit des Experiments einer Räterepublik zu überzeugen, und, wenn dies nicht gelang, mit Mehrheitsbeschlüssen niederzustimmen.

Weil es der KPÖ aus einer Reihe von objektiven und subjektiven Gründen nicht gelang, die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen für sich zu gewinnen und die Majorität im Arbeiterrat zu erobern, sah sie sich mit einer Situation konfrontiert, in der jeglicher Versuch, die Schwelle des sozialdemokratischen Reformismus zu überschreiten, vor den Massen als „Missachtung der Beschlüsse des Arbeiterrats“ und „Bruch der proletarischen Disziplin“ gebrand-

markt werden konnte. Dieses Dilemma wurde von den austromarxistischen Führern bis zum letzten ausgenutzt.

Gelingen konnte diese Taktik aber nur, weil die Sozialdemokratie ihr Endziel als mit dem der Kommunisten deckungsgleich hinstellte, weil auch sie den radikalisierten Arbeitermassen 1918/19 versprachen, sie zum Sozialismus zu führen.

Auf welche Weise versuchte die herrschende Klasse die Macht der Räte zu brechen, und inwiefern hatten die Arbeiterräte mit Repression zu kämpfen?

Die österreichische Bourgeoisie war 1918/19 ökonomisch und politisch sehr geschwächt und außerstande, der Rätebewegung mit Gewaltmethoden entgegen zu treten. War der Autoritätsverlust herkömmlicher staatlicher Machtmittel wie der Polizei schon schlimm genug, so wog noch schwerer, dass der Zerfall der k.u.k. Armee mit sich gebracht hatte, dass es keine geschlossenen Einheiten mehr gab, mit denen man ähnlich wie in Deutschland Freikorps, „Baltikumtruppen“, „Orgesch“- und „Orka“-Verbände für den Kampf gegen die Arbeiterklasse aufstellen hätte können.

Das reguläre Militär der Republik, die „Volkswehr“, war für einen konterrevolutionären Kampf ebenfalls nicht zu benützen, weil in ihr die Soldatenräte eine entscheidende Machtposition innehatten. Das taktische Vorgehen des bürgerlichen Lagers beschränkte sich zu dieser Zeit darauf, die Rätelosung aufzugreifen, „Bürger- und Ständeräte“ bzw. „Bauernräte“ zu gründen, die mit dem Verlangen nach „Gleichstellung“ den „marxistischen“ Räten entgegentraten. Sie waren aber nur ein kurzlebiges Intermezzo und

verschwanden mit dem Abflauen der revolutionären Welle nach dem Ende der ungarischen Räterepublik im August 1919 bald wieder von der Bildfläche.

Da zu diesem Zeitpunkt auch die Machteinbuße der Arbeiter- und Soldatenräte sichtbar zu werden begann, setzte die Bourgeoisie auf diesen Trend und verzichtete auf offen gegen die Räteorgane gerichtete Provokationen und Niederwerfungsmethoden.

Welchen Einfluss konnte der revolutionäre Flügel der österreichischen ArbeiterInnenbewegung innerhalb der Räte ausüben? Immerhin vertrat die Kommunistische Internationale die Ansicht, der Machtergreifung der Kommunisten müsse die Mehrheit in den Räten vorausgehen.

Die Kommunisten erreichten bei den Arbeiterrätewahlen im Frühjahr 1919 österreichweit etwa fünf Prozent, in Wien zehn Prozent der Mandate in den Rätégremien. Unter den Soldatenräten hatten sie in Wien eine gewisse Position im „Volkswehrbattalion 41“, hervorgegangen aus der „Roten Garde“ der Novembertage 1918. Die überwiegende Mehrheit der Soldatenräte stand aber ebenfalls fest auf dem Boden sozialdemokratischen Gedankenguts.

Das Dilemma der KPÖ bestand darin, dass Lenin und die Komintern es den kommunistischen Parteien ausdrücklich zur Hauptaufgabe gemacht hatten, zuerst die Mehrheit in den Räten zu erobern, weil nur unter dieser Voraussetzung eine Machtergreifung denkbar sei. Da man davon weit entfernt blieb, kamen in der KPÖ Stimmen auf, die Autorität des Arbeiterrats nur „bedingt“ anzuerkennen, je nachdem, ob er „revolutionäre“ Beschlüsse verabschiedete oder nicht. Das führte so weit, dass die Kommunisten eine Zeitlang dem Arbeiterrat sogar die Kompetenz absprachen, den Willen der österreichischen Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen und sie ihn als „bloßes Vollzugsorgan der kapitalistischen Gesellschaft“ verdammen.

Erst ein Beschluss des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale im Sommer 1920, in dem auf die Arbeiterräte in Österreichs eigens und mit positiven Formulierungen Bezug genommen wurde, veranlasste die KPÖ, ihre Rätepolitik zu revidieren. Sie anerkannte nun, dass der Arbeiterrat immer ein richtiges Bild der Kräfteverhältnisse geboten habe und er eine „reine, unverfälschte proletarische Institution“ sei. Sie versprach, künftig durch „Sachlichkeit zu imponieren“ und den Arbeiterräten



Demonstrationszug der Wiener Arbeiterschaft vor dem Parlament am 14. März 1920 gegen den konterrevolutionären Kapp-Putsch in Deutschland.

auf diese Weise „kommunistischen Geist einzuimpfen“.

Dieser längst fällige Übergang zu einer realistischen Einschätzung kam allerdings zu spät. Vor dem Hintergrund des rapiden Machtverfalls der Räte 1921/22 zog sich die KPÖ schrittweise aus dem Arbeiterrat zurück und nahm an den letzten Rätewahlen im Sommer 1922 nicht mehr teil.

Inwiefern kann der Räteward, trotz seiner Auflösung durch die Sozialdemokraten Anfang der 1920er, als grundlegender Beitrag zum Klassenbewusstsein und zum Antifaschismus der Arbeitenden in Österreich gesehen werden? Obwohl die Sozialdemokraten die Räte abwürgten und sie in den Republikanischen Schutzbund überleiteten, so waren es doch oft die Mitglieder des letzteren, die 1934 als erste in Europa die Waffen gegen den Faschismus, gegen das austrofaschistische Regime, ergriffen.

Die Periode, in der die österreichischen Arbeiter in der Rätebewegung wirkten, war sehr wichtig und hatte tiefgreifende Folgen. Man muss sich vergegenwärtigen, dass die österreichische Arbeiterbewegung der Jahre bis 1934 in vieler Hinsicht eine Ausnahmestellung in Europa innehatte.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs war in den 1920er Jahren die größte und bestorganisierte Arbeiterpartei aller kapitalistischen Länder. Die österreichische Arbeiterklasse war seit dem November 1918 bewaffnet und blieb es als einzige auch über das Ende der revolutionären Nachkriegskrise hinaus. Eine dem Republikanischen Schutzbund vergleichbare Organisation gab es

zur selben Zeit in keinem anderen Land der kapitalistischen Welt.

In Österreich erreichte die Herausbildung einer eigenständigen Arbeiterkultur eine Höhe wie nirgendwo anders. Kommunale Initiativen wie Arbeiterwohnbau, soziale Steuerpolitik, Fürsorge- und Gesundheitswesen, Schulreform, allesamt verkörpert im „Roten Wien“, suchten ihresgleichen in Umfang und Qualität bei anderen sozialdemokratischen Parteien vergeblich. Die österreichische Arbeiterklasse war neben der spanischen die einzige, die die Machtübernahme des Faschismus mit der Waffe in der Hand zu verhindern suchte.

Österreich ist schließlich auch das weltweit einzige Beispiel für eine schlagartige, umfangreiche Übertrittsbewegung sozialdemokratischer Mitglieder in die Kommunistische Partei – ein Schritt, der nicht momentaner Verwirrung entsprang, sondern von den Beitretenden nach dem Februar 1934 bewusst und unwiderruflich vollzogen wurde.

Gewiss können nicht alle aufgezählten Phänomene als direktes Resultat der Rätebewegung angesehen werden. Was ihr aber als Verdienst angerechnet werden muss, ist, dass die Erfahrungen, die die österreichischen Arbeiter zu Zehntausenden in der Schule der Rätedemokratie sammelten, in einem hohen Klassenbewusstsein – der unabdingbaren Grundlage für die erwähnten Erscheinungen – Niederschlag fanden.

Inwiefern scheint Ihnen heutzutage das Prinzip der Organisation von unten durch Räte als relevant in sozialen Kämpfen? In jüngerer Vergangenheit schien es in Griechenland während der

ersten, reformorientierten Regierung von Syriza keine von der Regierung autonome Organisation zu geben. Umgekehrt, beschrieb der Politologe George Ciccarriello-Maher die ersten Jahre der Regierung von Chavez in Venezuela als stark geprägt durch lokale Selbstverwaltung, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Regierung stand und anfangs zur Vertiefung der Bolivarischen Revolution beitrug.

Die Idee vom Räteward als einer Alternative zum bürgerlichen Parlamentarismus wird auch künftig lebendig bleiben. Um sie zu realisieren, bedarf es aber meiner Überzeugung nach Voraussetzungen, von denen man gegenwärtig leider noch weit entfernt ist: eines gesamtgesellschaftlichen revolutionären Aufschwungs mit Massenbeteiligung der arbeitenden Menschen, ihrer Organisiertheit, Disziplin, Solidarität, Durchhaltekraft, Klassenbewusstheit, verbunden mit dem Bestreben, an die Stelle der kapitalistischen eine sozialistische Ordnung zu setzen.

Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924.

Wien, Zürich 1987.



20 Jahre Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha: 20 Jahre Forschungsstelle Nachkriegsjustiz – Leistungsschau und Blick in die Zukunft

Ilse Reiter-Zatloukal, Mathias Lichtenwagner, Winfried R. Garscha: Präsentation des Sammelbandes „...um alle nazistische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern“. NS-Wiederbetätigung im Spiegel von Verbotsgesetz und Verwaltungsstrafrecht

Festvortrag von Univ.-Prof. Dr. **Lorenz Mikoletzky** (Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs i.R.)

Donnerstag, **13. Dezember 2018**, 17.30, Großer Schwurgerichtssaal, Landesgerichtsstraße 11, 1080 Wien
info@nachkriegsjustiz.at

Die Rettung der Fahne der XI. Internationalen Brigade

IRENE FILIP

„Hell leuchten noch immer die Farben Rot-Gelb-Violett, die Farben der spanischen Republik, die Farben der Fahne der XI. Brigade. An vielen Stellen ist die Seide liebevoll ausgebessert. Jahrzehnte ist es her, daß Madrider Frauen die Fahne nähten und stickten. Harte Schlachten hat sie erlebt und einen gefährvollen Weg zurückgelegt, den Weg der österreichischen Spanienkämpfer. Dem ‚12.-Februar‘-Bataillon wurde sie für seine Leistungen zuerkannt, und Frauen und Männer haben die Fahne geschützt, in der Illegalität und im Konzentrationslager, bis sie zu den österreichischen Freiheitsbataillonen in Jugoslawien und mit ihnen in die Heimat kam.“¹

Max Stern hat in einer ersten 1966 verfassten Broschüre die Beteiligung der österreichischen Freiwilligen in den Internationalen Brigaden festgehalten und unter anderem auch den Weg der Fahne der XI. Internationalen Brigade rekonstruiert. Erwähnt werden darin auch jene Genossinnen und Genossen, die unter den schwierigen und nicht ungefährlichen Bedingungen der Illegalität zur Rettung der Fahne beigetragen haben. Im vorliegenden Text sollen sie aber nicht nur namentlich erwähnt werden, sondern entlang von Zitaten aus dem Beitrag Max Sterns in kurzen Biographien gewürdigt werden.

Max Stern

Max Stern wurde am 3. Oktober 1903 in Wien geboren und wuchs in ärmlichen Verhältnissen einer jüdischen Familie – seine Mutter war bei seiner Geburt gestorben – im 2. Bezirk auf. Bereits im Dezember 1918 trat er dem Kommunistischen Jugendverband (KJV) bei, machte eine Lehre als Maschinenschlosser und war Schülerrat in der Berufsschule. In den 1920er Jahren arbeitslos geworden, verdiente er seinen Lebensunterhalt als Taxifahrer und war in der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) aktiv. 1935 war er als Chauffeur an einer illegal organisierten Aktion beteiligt, mit der es gelang, die KPÖ-Funktionäre Franz Honner und Friedl Fürnberg aus dem Anhaltelager Wöllersdorf zu befreien.

Im Februar 1937 ging Stern nach Spanien, wo er einer Transporteinheit der Internationalen Brigaden angehörte und schließlich Transportchef der XI. Bri-

gade war. Nach dem Ende des Spanienkriegs ab 1939 in mehreren französischen Lagern interniert, gelang ihm im Juni 1941 die Flucht in die Schweiz. Dort wurde er Ostern 1944 verhaftet und in ein Sonderlager für politische Gefangene in Bassecourt gebracht. Im Dezember 1944 konnte er illegal über die Grenze nach Frankreich flüchten und schließlich gelangte er über Marseille und Bari nach Belgrad, wo er das 2. Österreichische Freiheitsbataillon mitbegründete.

Nach 1945 war er als Redakteur für mehrere KPÖ-Zeitungen, unter anderem auch als Moskau-Korrespondent der *Volksstimme* tätig. Seine Autobiographie ist 1988 im Globus-Verlag erschienen.²

Ferdinand Barth

Nach der Niederlage Kataloniens im Februar 1939 und der Flucht der InterbrigadistInnen über die Pyrenäen nach Frankreich wurde die Fahne Ferdinand Barth anvertraut. *„Er wickelt sich die seidene Fahne um den Leib, zieht die Uniform darüber und ist überzeugt, daß sie so am besten geschützt und am leichtesten über die französische Grenze zu bringen ist.“³* Im Internierungslager Saint-Cyprien nähte er die Fahne dann zwischen zwei Decken ein. So getarnt ging ihre Reise danach weiter in die Lager Gurs und Argelès-sur-Mer.

Der am 12. November 1898 in Gmunden geborene Ferdinand Barth war von Beruf Mechaniker, arbeitete bei deutschen Reedereien als Schiffsteward und war Funktionär in der internationalen Gewerkschaftsbewegung der Seeleute. Zuerst Mitglied der KPD, trat er nach seiner Rückkehr nach Österreich in die KPÖ ein. Während des Austrofaschismus war er 1936/37 in Wöllersdorf inhaftiert. 1938 gelangte er über die Tschechoslowakei nach Spanien und kämpfte dort im 12. Februar-Bataillon. Nach der Internierung 1939 in den Lagern Saint-Cyprien und Gurs wurde er zu einer Prestataire-Kompanie verpflichtet. Unter dem Falschnamen Jean Paul Noyeau heuerte er als Heizer auf Frachtschiffen im Mittelmeer an und kam als Mechaniker in ein Bergwerk in Tunesien. Der weitere Weg führte ihn nach Algerien, wo er Sekretär der Österreichischen Freiheitsfront war. Im März 1946 kehrte er nach Wien zurück, arbeitete als Hotelportier und übersiedelte schließlich nach Salzburg,

wo er Mitglied der Landes- und Bezirksleitung der KPÖ Salzburg war.

Von Argelès-sur-Mer nach Toulouse

„Nach der Niederlage Frankreichs befindet sich ein Zentrum der österreichischen Kommunisten in Toulouse. Sie benachrichtigen die Österreicher im Lager Argelès, einen Verantwortlichen zu wichtigen Besprechungen in die Stadt zu schicken. [...] Ein spanischer Chauffeur bringt den ‚schwerkranken‘ Max Stern mit einem Ambulanzauto zur Bahnstation. Diesmal ist die Fahne nicht mehr in Decken, sondern in den Mantel des ‚Patienten‘ eingenäht. Der rutscht ohne Papiere bei der Eisenbahnfahrt durch und kehrt einige Wochen später wieder ins Lager zurück. Um unbemerkt zu seinen Kameraden zu kommen, muß er weit ins Meer hinaus schwimmen, aber der Fahne kann nichts mehr geschehen: sie ist in guter Hut in Toulouse.“⁴

In Toulouse lebten Gerti Schindel und Mali Padwa, die spätere Lebensgefährtin und Frau des Spanienfreiwilligen Heinrich Fritz. Gerti übergab an Mali die Fahne, die sich inzwischen wieder in die blau gestreifte Decke zurück verwandelt hatte. *„Gib gut auf sie acht‘, sagt Gerti, ‚bis ich sie wieder abholen komme‘. Mali erkennt sofort, daß in diese merkwürdige Decke irgendetwas eingenäht ist und denkt sich ihren Teil. Ein paar Tage später werden beide Frauen verhaftet. Die Decke mit dem blauen Seidenband bleibt in Malis Zimmer.“⁵*

Gerti Schindel

In Wien am 5. Jänner 1913 geboren, wuchs sie mit ihren beiden Brüdern in der Leopoldstadt in sehr bescheidenen Verhältnissen auf, ihr Vater Salomon war lange Zeit arbeitslos und es mangelte an Geld für den Besuch einer höheren Schule. So erlernte sie den Beruf einer Gärtnerin. Bereits mit 14 Jahren trat sie 1927 in den KJV ein. 1930 ging sie mit ihrem damaligen Freund Anton Reisinger in die Sowjetunion. Nach ihrer Rückkehr nach Wien im Jahr 1934 wurde sie 1935 wegen illegaler Betätigung für die KPÖ zweimal verhaftet und emigrierte 1937 nach Paris, wo sie in der Anlaufstelle zur Weiterleitung von Spanienfreiwilligen tätig war. Nach der Besetzung Nordfrankreichs im Juli 1940 lebte sie



Max Stern

Gerti Schindel

Mali Fritz

Paul Kessler

illegal im noch unbesetzten Südfrankreich, wo sie ihre Widerstandstätigkeit fortsetzte.

Ab Mai 1942 hielt sie sich zur illegalen Arbeit wieder in Paris auf und lernte den Österreicher René Hajek kennen. Beide beschlossen mit falschen Papieren im September 1943 nach Österreich zurückzukehren, um in der Heimat den Kampf gegen den Faschismus fortzuführen. In einem Zeitzeuginneninterview sagte sie über ihre riskante Rückkehr ins faschistische Österreich: „Ja, ich kann mich an sehr viele nächtelange Diskussionen erinnern, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, nach Nazi-Deutschland zu gehen. Die Einstellung war: Tätig zu sein, nicht einfach zu überleben, sondern aktiv gegen Faschismus und Krieg tätig zu sein.“⁶

Am 4. April 1944 wurde ihr Sohn Robert geboren, aber nur wenige Monate danach wurde Gerti im August 1944 aufgedeckt, verhaftet und wochenlang von der Gestapo verhört. Ihr Sohn wurde ihr weggenommen. Sie wurde nach Auschwitz deportiert und bei der „Evakuierung“ des Lagers im Jänner 1945 nach Ravensbrück gebracht, wo Frauen des illegalen Lagerkomitees sie versteckten und so vor der Hinrichtung bewahren konnten. Im Frühsommer 1945 kehrte sie nach Wien zurück. Ihr Bruder Georg und ihr Vater Salomon waren 1941 nach Riga deportiert und ermordet worden. Ihr Lebenspartner René Hajek wurde einen Monat vor der Befreiung im KZ Dachau hingerichtet. Aber Sohn Robert konnte sie wiederfinden. Bis zu ihrer Pensionierung arbeitete sie in der Internationalen Abteilung des ZK der KPÖ.

Mali Fritz

Als eines von sieben Kinder einer strenggläubigen jüdischen Familie am 16. September 1912 in Busk geboren, kam sie während des Ersten Weltkriegs

mit ihrer Familie nach Wien. Die finanziellen Nöte ihrer in der Brigittenau lebenden Familie ließen eine höhere Schulbildung nicht zu, aber auf Intervention einer Lehrerin konnte sie kostenlos ein privates Realgymnasium besuchen und mit Matura abschließen.

Noch in Wien hatte sie erste Kontakte zum KJV und war 1933/1934 in der Roten Hilfe aktiv. Um nicht weiter der Familie finanziell zur Last zu fallen, ging sie 1935 als Au-pair nach London und fand dort Anschluss an KommunistInnen. Ihre Absicht 1937 nach Spanien zu gehen konnte sie nicht realisieren und so blieb sie in Paris, wo sie in der Informationsstelle für die Spanische Republik mitarbeitete.

Ab 1940 lebte sie in Südfrankreich – Montauban und Toulouse – und war Quartiergeberin für österreichische Spanienfreiwillige. Im Frühjahr 1941 kam es zu einer Verhaftungswelle und einem Prozess in Montauban von im Widerstand tätigen ÖsterreicherInnen. In der Folge kam Mali in ein Internierungslager, aus dem ihr im Oktober die Flucht nach Marseille gelang.

Im Herbst 1942 wurde sie mit ihrem Lebensgefährten, dem Spanienkämpfer Fritz Heinrich (in Spanien Julio Schacht) von der Gestapo verhaftet. Dazu schreibt Mali in ihren Erinnerungen über die Deportation ins Konzentrationslager: „An einer langen Kette, die haben wir am Boden schleifen lassen, die hat am Boden geklirrt, haben sie den Julio und mich zum Bahnhof gebracht. Wenn man bedenkt, was diese Transporte allein schon bedeutet haben, wo du plötzlich das Gefühl dafür kriegst, dass quer durch Europa Züge rollen, Züge voll Gefangenen, die oft nur transportiert werden, um irgendwo hingerichtet zu werden. [...] Auf diesen Transporten kannst du sehen, mit welchen Gesichtern die Bevölkerung die Gefangenen anschaut. [...] Ich kann

mich nicht erinnern, dass irgendwer auch nur Erbarmen erkennen ließ.“⁷

Mali überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück. 1945 nach Wien zurückgekehrt arbeitete sie als Übersetzerin und war bis ins hohe Alter als Zeitzeugin vor allem an Schulen aktiv.

„Carmen“ ist gut angekommen

Bei der schon erwähnten Verhaftung von Mail und Gerti blieb die Fahnen-Decke in Malis Zimmer. „*Unter dem Vorwand, sich ein paar Sachen zu holen, darf Mali unter Polizeiaufsicht noch einmal in ihr Zimmer, und dabei gelingt es ihr, die Decke ins Gefängnis zu schmuggeln. Nach einer langen Einvernahme [...] erstarren beide auf dem Rückweg zu ihren Zellen vor Schreck: über dem Stiegenengeländer hängt die Decke. ‚Jetzt sind wir geliefert‘, flüstert Gerti der Freundin zu. ‚In der Decke war die Fahne der XI. Brigade eingenäht, und sie haben sie bestimmt gefunden.‘“⁸*

Beide Frauen werden im Prozess von Montauban freigesprochen, kommen aber ins Internierungslager Rieucros bei Mende im Departement Lozère. Gerti gelingt es aus dem Lager zu flüchten und an die GenossInnen die Nachricht weiterzugeben, dass die Fahne bei Mali im Lager geblieben ist. „*Am Heiligen Abend des Jahres 1941 fällt dichter Schnee. Unendlich vorsichtig kriecht eine junge Frau, mit Holzschuhen an den Füßen und eingewickelt in einen dicken Umhang, bergauf zum Stacheldraht. Wird sie durchkommen? Der Schnee dämpft das Geräusch, die Wachen nehmen es in dieser Nacht nicht so genau. An der verabredeten Stelle hilft der ‚Spaniak‘ Fritz Weiss, der die Verbindung zu den Lagern hält, Mali durch den Draht und übernimmt von ihr in einem kleinen Haus bei Freunden die Fahnen-Decke. ‚Rasch, rasch‘, drängt Mali. Vor der Nachtkontrolle muß sie unbemerkt zurück ins*

Lager, sonst könnte bei der Suche nach ihr die Fahne gefährdet werden. Und nach einiger Zeit erhält sie einen Brief: ‚Carmen ist gut angekommen und wird jetzt aufs Land fahren, um sich zu erholen.‘ Die Fahne ist in Freiheit!⁹

Fritz Weiss

Geboren am 21. September 1914, war er von Beruf Buchbinder und Mitglied der KPÖ. Im Dezember 1936 ging er nach Spanien und kämpfte im 3. Bataillon der XI. Internationalen Brigade. Ab 1939 in den Internierungslagern Saint-Cyprien, Gurs und Argelès interniert, gelang ihm die Flucht nach Toulouse, wo seine Kontaktadresse Anni Peczenik¹⁰ war und er sich in die Widerstandstätigkeit einreihete.

In einem Zeitzeugeninterview erzählt er seinen Beitrag zur Rettung der Fahne: *„Ich bin nach Mende gekommen. Ich bin bis zum Stacheldraht, bis zum Lager gegangen, nachts. Sie [Mali] hat mir das Paket übergeben und ich bin runter und mit der Bahn direkt nach Marseille gefahren. [...] Die Fahne ist gut in Marseille gelandet.“*¹¹

Im Juni 1942 wurde er von der österreichischen Widerstandsgruppe unter dem Namen Theodor Bobec bei der Deutschen Luftwaffe in Bordeaux als Dolmetscher „eingebaut“. Nach seiner Aufdeckung im Jänner 1943 wurde er im Fort du Hâ und Fort-Romaineville inhaftiert, im August 1943 zuerst ins Konzentrationslager Mauthausen verbracht und in der weiteren Folge in die KZs Buchenwald und Dora-Mittelbau. Während seiner gesamten Haftzeit hat er seine wahre Identität – er hatte eine jüdische Mutter – nicht preisgegeben. Nach der Befreiung kehrte er nach Wien zurück, war OROP-Tankstellenpächter und Büroangestellter. Die Fahne wurde dann in Marseille versteckt und ging durch die Hände von Harry Spiegel, Friedrich Steppat und Marianne Acht.

Harry Spiegel

Harry Spiegel wurde am 18. November 1910 in Wien geboren. Er entstammte einer begüterten jüdischen Unternehmer-Familie. Allerdings schon sehr früh führte ihn sein Weg in die Reihen der Arbeiterbewegung und er betätigte sich in der KPÖ. 1936 war er aufgrund seiner politischen Aktivitäten unter dem Verdacht des Hochverrats in Haft und wurde in der Folge auch vom Universitätsstudium an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien ausgeschlossen.

Im Juni 1937 ging er über die ČSR als



1. Mai 1938 an der Ebro-Front: eine Frauendelegation bei der XI. Internationalen Brigade, links neben der Fahnenträgerin Anton Dobritzhofer.

Freiwilliger nach Spanien und war Politkommissar im Bataillon 12. Februar der XI. Internationalen Brigade. Nach einer Verwundung im Interbrigaden-Spital in Mataró lernte er die US-amerikanische Krankenschwester Mabel Irene Golden kennen, die er 1938 heiratete. Nach dem Spanienkrieg betreute er gemeinsam mit ihr und dem Ehepaar Alfred und Fritz Brauner, die ebenfalls im Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden tätig waren, 1939 im Château de la Guette bei Paris jüdische Flüchtlingskinder aus Deutschland und Österreich. Ab 1940 konnte er mit seiner Frau und dem inzwischen geborenen Sohn Peter in dem kleinen Dorf Cazaux-Debat in den Pyrenäen Zuflucht finden, wo er sich als Köhler und Holzfäller verdingte und sich gemeinsam mit einer Gruppe ehemaliger österreichischer Spanienfreiwilliger auf den Einsatz im Widerstand vorbereitete.¹² Ab Jänner 1943 wurde er unter dem Decknamen Henri Verdier im Rahmen des österreichischen Widerstandes als Dolmetscher in der Bauaufsicht der Deutschen Kriegsmarine in Marseille eingesetzt.

Über Jugoslawien kehrte er 1945 nach Österreich zurück, war Funktionär der FÖJ, gründete das Erste Wiener Kinderstegreiftheater, war Personalchef mehrerer USIA-Betriebe, Angestellter der Buchgemeinde, Handelsvertreter und Geschäftsmann. Im WUK war er Vorstandsmitglied sowie Begründer und Leiter der Psychopannenhilfe.

Friedrich Steppat

Von Beruf Friseur, wurde Steppat am 12. Oktober 1909 in Wien geboren. 1938 aufgrund seiner jüdischen Wurzeln fest-

genommen und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht, wurde er nach einigen Monaten entlassen und konnte nach Frankreich emigrieren. Er kam Anfang 1944 als französischer Zivilarbeiter unter dem Namen Eugene Schmitt zur Widerstandstätigkeit nach Wien zurück. Im Herbst 1944 wurde er enttarnt und verhaftet. Nach der erkennungsdienstlichen Erfassung durch die Gestapo wurde er nach Auschwitz deportiert und war dann ab 23. Februar 1945 im Konzentrationslager Mauthausen, wo er am 24. März 1945 ermordet wurde.

Marianne Acht

Über Marianne Acht gibt es nur sehr spärliche Unterlagen. Sie wurde am 13. Mai 1906 als Marianne Kramberger geboren. Mit ihrem Mann Maurice Oskar Acht (später Peter Acht), der im April 1938 nach Frankreich emigriert war, lebte sie in den 1940er Jahren in Marseille. *„Die Fahne bekommt von der Genossin Marianne Acht ein so kunstvoll geschneidertes Kleid, daß die Tarnung den peinlichsten Haussuchungen standhält. Ende 1942 wandert die Fahne mit Genossen, die zum Widerstandskampf nach Nordfrankreich gehen, von Marseille nach Lyon, wo Paul Kessler sie übernimmt.“*¹³

Paul Kessler

Paul Kessler wurde am 13. November 1899 in Knihinin bei Stanislau geboren und war von Beruf kaufmännischer Angestellter. Seit 1933 für die KPÖ tätig, emigrierte er bereits 1934 nach Frankreich. Er war Organisationsleiter der KPÖ-Widerstandsgruppe für Südfrank-

reich und lebte mit seiner Familie in Lyon. 1944 wurde er wegen politischer Betätigung, Wehrmachtzerstörung, Herstellung und Verbreitung von Flugblättern verhaftet und war von 22. Februar bis 12. August 1944 in Gestapo-Haft in Lyon und Paris. Am 12. August 1944 wurde er ins Lager Drancy gebracht und sechs Tage später mit den letzten 50 Geiseln nach Deutschland deportiert. Gemeinsam mit Moritz Fels-Margulies gelang ihm am 22. August die Flucht aus dem Deportationszug. Sein Sohn Friedrich Kessler wurde Ende Juli 1944 in Linz wegen illegaler Betätigung von der Gestapo verhaftet und am 29. April 1945 in Theresienstadt ermordet.

„Oktober 1944. Paul hat die Verbindung mit seinen österreichischen Freunden wieder gefunden und fährt nach Lyon, um die Fahne zu suchen. Alles in der Wohnung ist zertrümmert und verwüstet, doch in einem Winkel liegt die Doppeldecke: Die Gestapo hat sie nicht bekommen!“¹⁴

Zalel Schwager

Zalel Schwager war der letzte in der Stafette der Rettung der Fahne. Aus Husiatyn stammend, wo er am 21. Juli 1908 geboren wurde, kam er schon als Kind nach Wien. Von Beruf Bibliothekar, betätigte er sich schon früh in der KPÖ. Im Mai 1934 wurde er des Auftritts beschuldigt und war in Polizeihaft. Im Februar 1937 ging er über die ČSR nach Spanien und reihte sich in die XI. Internationale Brigade ein. Im Bataillon 12. Februar war er Leutnant und Bataillonskommandant. Nach dem Spanienkrieg konnte er 1939 nach Antwerpen emigrieren. Nach der Besetzung Belgiens wurde er am 10. Mai 1940 verhaftet und

Zalel Schwager



Spanienkämpfertreffen im September 1956 in Wien, im Hintergrund rechts die Fahne der XI. Internationalen Brigade.

danach bis 1942 in mehreren französischen Lagern interniert. Nach der Flucht aus Gurs übernahm er Aufgaben in der Widerstandsbewegung in Frankreich.

„Als im Jänner 1945 eine Gruppe österreichischer Widerstandskämpfer von Marseille nach Jugoslawien fährt, um von dort aus den Kampf um die Befreiung der Heimat fortzusetzen, trägt der Spanienkämpfer Zalel Schwager die Fahne der XI. Brigade bei sich, und mit den österreichischen Freiheitsbataillonen erreicht sie endlich Wien.“¹⁵

Zalel Schwager war Mitorganisator der Österreichischen Freiheitsbataillone und politischer Schulungsoffizier im 2. Österreichischen Freiheitsbataillon. Nach Kriegsende kehrte er nach Wien zurück und war Polizeioberstleutnant bei der Wiener Polizei.

Max Stern schließt seinen Text mit einem auch heute noch gültigen aktuellen Bezug ab: „El frente popular de Madrid – al frente popular del mundo“ – „Die Volksfront von Madrid – der Volksfront der Welt“ haben [...] Madrider Frauen in die Fahne gestickt. Für die Männer des Bataillons „12. Februar“, für die österreichischen Spanienkämpfer ist diese Losung nicht nur Erinnerung. Sie ist auch Mahnung für heute. [...] Die Einheit aller Antifaschisten, aller Demokraten, aller Freunde des Friedens ist das Gebot der Stunde! Auch in Österreich!“

Anmerkungen:

1/ Aus: Max Stern: Spaniens Himmel ... Die Österreicher in den internationalen Brigaden. Wien: Schönbrunn-Verlag 1966, S. 120–124. Der gesamte Text unter dem Titel „Der Weg der Fahne“ ist abrufbar unter: www.doew.at/

cms/download/fftri/stern_max.pdf [1.8.2018].

2/ Max Stern: Geschichte wird gemacht. Vom Lehrlingsstreik 1919 zum Freiheitsbataillon 1945. Wien: Globus-Verlag 1988 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 2).

3/ Aus: Stern, Spaniens Himmel, S. 120–124.

4/ Ebd.

5/ Ebd.

6/ DÖW, Interviewsammlung „Erzählte Geschichte“, Interview mit Gertrude Schindel.

7/ Mali Fritz: Essig gegen den Durst. 565 Tage in Auschwitz-Birkenau. Wien 1986.

8/ Aus: Stern: Spaniens Himmel, S. 120–124.

9/ Ebd.

10/ Irene Filip: Anna Peczenik. Biographische Skizze einer Spanienfreiwilligen und Widerstandskämpferin, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien (Hg.): 80 Jahre Internationale Brigaden. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg. Wien 2016, S. 43–63.

11/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interview mit Fritz Weiss.

12/ Dieser Gruppe gehörten als ehemalige Spanienfreiwillige Karl Auer, Franz Gögginger, Josef Gradl, Johann Gredler, Paul Jellinek, Ernst Kuntschik, Josef Meisel, Zalel Schwager, Richard Sehr, Irene und Harry Spiegel an sowie zeitweilig die im französischen Widerstand aktiven Albert Hirsch und Martha Guttmann. An sie erinnert heute eine auf Initiative von Paul Bouygard, dessen Großmutter aus dem Dorf stammte und die Widerstandsgruppe unterstützte, im Jahr 2012 angebrachte Gedenktafel.

13/ Aus: Stern: Spaniens Himmel, S. 120–124.

14/ Ebd.

15/ Ebd.

Grete Mikosch – Gerechte unter den Völkern

Mitte der 1980er Jahre wurden im Rahmen eines Forschungsprojekts über den Widerstand österreichischer Frauen über 100 Frauen befragt, die damals zwischen 60 und 80 Jahren alt waren. Die Forschungsergebnisse und Erzählungen sind in zwei Büchern dokumentiert: „Der Himmel ist blau. Kann sein“ und „Ich geb Dir einen Mantel, dass Du ihn noch in Freiheit tragen kannst“, beide herausgegeben von Karin Berger, Elisabeth Holzinger, Lotte Podgornik und Lisbeth N. Trallori, erschienen 1985 bzw. 1987 im Wiener Promedia-Verlag. Die nachfolgende Erzählung von Grete Mikosch wurde von Elisabeth Holzinger gekürzt und redigiert.¹

Nicht nur den Kochlöffel rühren

Ich war nie arbeitslos, habe immer arbeiten können, was wieder bewirkt hat: Selbstbewusstsein! Weil ich immer berufstätig war, hab' ich nicht erst draufkommen müssen, dass wir Frauen auch was können. Wir können nicht nur mit dem Kochlöffel rühren und Kinder erziehen, sondern wir können ja unser Hirn gebrauchen und im Beruf was leisten. Du bist net angewiesen auf den Unterhalt von einem Mann. Die Frau kann ja selbst bestehen und auch um ihr Recht kämpfen. Wenn man berufstätig ist, muss man sich schon kümmern, dass man nicht zu kurz kommt und sich alles gefallen lässt. So hab ich gedacht damals.

Ins Gymnasium konnte ich nicht gehen, obwohl ich ein Stipendium bekommen hätte, weil mein Vater krank wurde. So hab ich nach einem einjährigen Lehrkurs eine Lehrstelle bei einem Fotohändler mit Ausarbeitungswerkstätte bekommen und hab nach der Schließung des jüdischen Geschäfts weiter in der Branche gearbeitet. Das hat mir dann in Zukunft, während der Hitlerbesetzung geholfen, dass ich nicht gleich dienstverpflichtet wurde, weil Fotografie und Ausarbeitungen als Propaganda gegolten haben.

Wie ich dann doch dienstverpflichtet wurde, das war schon Ende 44, ist es mir gelungen, dass mich der Amtsarzt für nur ganz leichte Arbeiten als einsatzfähig klassifiziert hat. Ich bin in eine Lichtpausenanstalt gekommen, wo die Pläne von den Bunkern und von Straßenbauten kopiert wurden. Viel Freud werden die nicht mit mir haben, hab ich mir gedacht. Zuerst hab ich ein paar Pläne so verpatzt,

dass ich zum Papierschneiden gekommen bin. Ich war kaum zwei, drei Wochen in der Firma, hab ich mir eine Gelbsucht zugelegt, mit Medikamenten, mit Hilfe meines Arztes. Er hat meine Einstellung gekannt und mir geholfen. Dann hab ich mir Verätzungen an der linken Hand zugezogen und war wieder im Krankenstand.

Treffpunkt Hernalser Hauptstraße

Meine Tradition, oder die Erziehung als Arbeiterkind, hängt zusammen mit der Arbeit meines Vaters und meiner Mutter. Mein Vater hat noch im Ersten Weltkrieg illegal in der Arbeiterbewegung gearbeitet. So sind wir – mein Bruder und ich – in die Arbeiterbewegung hineingekommen. Die Eltern haben uns erzählt von ihrer Tätigkeit und vom Kampf der Arbeiter um ihre Rechte. Meine Mutter hat zum Beispiel demonstriert für das allgemeine Wahlrecht oder für die Abhaltung der 1. Maidemonstration.

Seit meinem 14. Lebensjahr war ich in der SP tätig, und zwar bei den Kinderfreunden. Ich war so eine Art Hilfs-erzieherin. Wir haben mit den Kindern gesungen, gespielt, gebastelt. Um Kinder zu erfassen sind wir auch in die Gemeindebauten gegangen, aber das hat mir zu wenig gegeben. Wir haben auch viel Sport betrieben, und dort bin ich wieder auf andere Leute gestoßen, die mehr Interesse am politischen Kampf, am Selbsterhaltungskampf der Arbeiterklasse, gehabt haben. Gleichzeitig haben wir angefangen Gelder für Freunde zu sammeln, die verhaftet oder schon im KZ waren. So hat sich eine Zelle der Kommunistischen Partei herausgebildet. Mein Bruder war schon 1933 in der Kommunistischen Jugend. Bei uns in der Wohnung war immer ein Treffen von allen Bezirken. Die Leute sind alle zu uns gekommen in die Hernalser Hauptstraße. Dort ist dann der nächste Treff ausgemacht worden oder was wir am Sonntag machen werden. So hab ich mit allen Bezirken Verbindung gehabt.

Der Brodler

Ich bin immer mit den Turnern vom 2. Bezirk weggefahren und hab' mit vielen jüdischen Freunden Kontakt gehabt. Im 38er Jahr sind dann einige Freunde weg, die paar, die die Möglichkeit gehabt haben zu emigrieren. Einer ist nim-

mer weggekommen. Ein Brodler war der. Zu den Treffpunkten ist er immer zu spät gekommen. Wir haben immer gesagt Fritzl, Fritzl, du wirst noch sehen, der letzte Transport wird abgehen und du wirst nicht dabei sein, wirst zu spät kommen. Spaßhalber haben wir das gesagt. Der Fritzl war schon interniert, in einer Schule im 2. Bezirk. Aber weil er Elektriker war, ein guter Arbeiter, haben ihn die SS-Offiziere für sich eingesetzt. Er hat ihnen in den Villen, die sie okkupiert haben, die Installationen gemacht. Da hat es sie nicht gestört, dass er ein Jude war. Damit sie nicht in Schwierigkeiten kommen, hat er keinen Judenstern tragen müssen. Darum hat er Glück gehabt. Wie er nach der Arbeit in die Schule zurück-



Grete Mikosch (geb. Nirschi) wurde 1916 in Wien als Kind einer politisch aktiven ArbeiterInnenfamilie geboren. Nach einer Lehre im Fotohandel war sie kaufmännische Angestellte und Abteilungsleiterin. Über die Kinder- und Jugendorganisation der sozialdemokratischen Partei ist sie in die organisierte ArbeiterInnenbewegung hineingewachsen. Nach dem Februar 1934 wurde sie Mitglied der KPÖ und war im Rahmen der *Roten Hilfe* aktiv. Im November 1944 wurde ihr Bruder Johann wegen Vorbereitung zum Hochverrat hingerichtet. Grete Mikosch versteckte und versorgte zusammen mit Verwandten und GenossInnen einen untergetauchten jüdischen Freund.



gekommen ist, hat der Portier zu ihm gesagt: „Dich suchens schon, du gehörst in den Transport.“ Er hat sich umgedreht und ist gegangen, ist untergetaucht.

Es war nicht leicht, aber weil wir viele Freunde waren, haben wir ihn untergebracht. Einmal da und einmal dort hat er geschlafen und gegessen. Die Freundschaft hat sich derart gefestigt, dass es eine Selbstverständlichkeit war, dass er immer da ist. Bei meinen Eltern ist es ja zugegangen wie in einem Taubenschlag, Leute kamen und gingen, und der gute Fritz war ja früher schon oft in unserem Haus und in unserer Wohnung, dass ihn die Nachbarn ja schon gekannt haben. Er ist im Schlosseranzug, also im Arbeitsgewand, gekommen, auch wenn die Nachbarn da waren. Er war einfach ein Freund des Hauses, der Freund von meinem damaligen Freund, meinem jetzigen Mann. Wie dann später die Luftangriffe auf Wien angefangen haben, ist er einfach in den Luftschutzkeller mitgegangen. Niemand hat sich aufgeregt in der Hausgemeinschaft. Dass er ein U-Boot ist, hat niemand gewusst.

Krank im Versteck

In der Nähe unserer Wohnung, am Stöberplatz hat die Schwester vom Fritzl gewohnt. Sie war mit einem Christen verheiratet und hat ein Lebensmittelgeschäft gehabt. Aus dieser Mischehe ist eine Tochter hervorgegangen, die etwas jünger war als ich, und mit der war ich befreundet. Die Leute dort im Haus haben mich also auch gekannt. Das war eine große Hilfe später, als mein U-Boot schwer krank geworden ist, im 44er Jahr. Er hat ein Schweißdrüsenabszess gehabt, ist wochenlang mit über 40 Grad Fieber

gelegen, musste operiert werden. Er war damals gerade bei Freunden in Stadlau, die haben aber Angst gehabt, haben nicht die Verantwortung übernehmen wollen. Was machen sie mit ihm, wenn was passiert? So haben wir den Fritzl transferiert zu seiner Schwester am Stöberplatz. Dort ist er gelegen im Kabinett, ebenerdig. Niemand außer mir konnte ihn besuchen, weil die ja dachten, dass ich zur Fritzl, meiner Freundin, komme. Niemand hat gehaut, dass da drinnen ein schwerkranker Mensch liegt. Meine Besuche waren ein Lebensfaden nach außen, dass er sieht, man kümmert sich auch jetzt noch um ihn, dass er spürt, dass er nicht aufgegeben ist. Ein Arzt hat ihm dann das Abszess aufgemacht und Medikamente besorgt, natürlich nicht in ausreichendem Maß. Dadurch dass die Schwester ein Lebensmittelgeschäft gehabt hat, hat sie die Möglichkeit gehabt, auch ihn mit Lebensmitteln zu versorgen.

Wenn der Kuckuck geschrien hat

Aber dann, Jänner, Februar, Anfang März 1945, als die starken Bombenangriffe waren, und er schon mehr denken konnte, hat er natürlich Angst gehabt, dort im Parterre zu liegen. Das ganze Haus hat gezittert und alle sind in den Luftschutzkeller gegangen, aber das konnte er nicht, weil man ihn erkannt hätte und sich gefragt hätte, was er da macht. Er liegt allein dort in der Wohnung und kann nichts machen. Also hab ich was unternommen.

Wenn der Kuckuck geschrien hat im Radio, hab' ich meinen Mantel genommen und bin zum Stöberplatz. Dort ist jetzt eine Zeremonie losgegangen. Der Mann von meiner Schwester ist im Hausflur gestanden und hat aufgepasst, dass alle Leute im Keller sind. Seine Schwester hat aufgepasst, dass keiner beim Fenster rauschaut, weil dort kannte man ja ihren Bruder, und es durfte niemand wissen, dass er im Haus ist. Die Tochter hat Kurierdienst gemacht zwischen Keller und Haus. In der Zwischenzeit hab ich ihn angezogen den wackligen Menschen, noch mit Fieber, hab ihn geschnappt, wenn die Luft rein war und hab ihn vom Stöberplatz bis zum Türkenritthof, zu uns ins Haus in den Luftschutzkeller geführt. Die Leute haben geglaubt, er sucht bei uns Schutz, weil das ein sicherer Keller ist als der, wo er arbeitet.

Das war die Zeremonie: ihn zu holen zu uns nach Haus und ihn wieder zurückzuführen. Wenn er nicht im Stande war zurück zu gehen, dann hat er bei uns ge-

schlafen und ich hab ihn am nächsten Abend wieder zurückgeführt. Ihn tagsüber zurückzuführen war unmöglich und am Abend war das auch so eine Sache. Alle Männer, die auf der Gasse angetroffen wurden, konnten jederzeit zur Ausweisleistung aufgefordert werden. Wenn die mit ihre Blechplattln auf der Gasse patrouilliert sind, hast nicht gewusst, wie du ausweichen sollst. Hast nur frisch und munter vorbeigehen und in ein anderes Haus reingehen können, so als wenn du in dieses Haus hineingehörst.

Dass du zitterst vor Angst und dir der Schweiß runterrinnt, ist selbstverständlich. Das gehört dazu. Was haben unsere Leute mitgemacht die verhaftet wurden und gefoltert und geprügelt worden sind. So haben wir ihn eben durchgebracht. Die Angst lebt mit einem, man unterdrückt sie, man lebt mit ihr, aber man wird auch selbstsicherer, zeigt keine Nervosität. Die Nervosität, das Zittern kommt nachher.

Der erste Weg in die Freiheit

Das vergess' ich nie, das Bild schwebt mir immer vor Augen. Bei uns in Hernals sind die Truppen, die Sowjetarmee, über die Hernalser Hauptstraße hereingekommen, ganz langsam. Man hat gehört, wie sie kommen. Wir haben alle beim Fenster rausgeschaut, weil wir im ersten Stock gewohnt haben, da haben wir vom Fenster aus mehr gesehen.

Wir schauen also alle raus, die russischen Truppen sind vorbei, auf einmal seh' ich wie der Fritz unten steht, mit kargem Gesicht aber mit strahlenden Augen. Er hat sich allein getraut, zu uns zu gehen. Der erste Weg in die Freiheit war vom Stöberplatz zu uns. Das war so herrlich, das kannst du dir nicht vorstellen. Das war der Dank für die ganzen Ängste, die wir ausgestanden haben. Das mag dir vielleicht lächerlich vorkommen, aber es war eine derartige Erlösung! Dann ist auch wieder seine Genesung rascher vor sich gegangen, die Abwehrkräfte hat er schon gehabt und keine Angst mehr. Die ersten Tage und Wochen sind wir unzertrennlich gewesen.

Anmerkung:

1/ „Gerechte/r unter den Völkern“ ist ein vom Staat Israel eingeführter Ehrentitel für nicht-jüdische Personen, die während der NS-Diktatur ihr Leben einsetzten, um Jüdinnen und Juden vor der Ermordung zu retten. Für Grete Mikosch wurde kein Antrag gestellt, sie in Yad Vashem offiziell als „Gerechte unter den Völkern“ anzuerkennen, die dafür erforderlichen Kriterien treffen aber auf sie zu.

Anton Buchalka und der Widerstand der KPÖ in Kapfenberg und Umgebung 1938/39

HEIMO HALBRAINER

Nachdem Anton Buchalka am 12. Februar 1941 vom Volksgerichtshof in Berlin zum Tode verurteilt worden war, schrieb er in einem Brief an seine Eltern: „Bitte verzeiht mir, daß ich Euch nicht schon eher geschrieben und Euch für Euren Brief und Karte gedankt habe. Nun werdet Ihr ja mein Urteil schon erfahren haben und ich hoffe, Ihr habt Euch gewiß auch schon beruhigt und damit abgefunden. Liebe Eltern, bitte macht Euch meiner wegen keine weiteren Sorgen. Von Weitem klingt so ein Todesurteil viel schrecklicher als es von der Nähe aussieht. Die eine Gewißheit mag für Euch und auch für alle übrigen Familienmitglieder maßgebend sein: Ich habe Euch nie Schande bereitet und kann auch heute noch jedem offen und ehrlich ins Auge sehen und bin mir keiner gemeinen Schuld bewußt, also braucht Ihr Euch meiner nicht zu schämen. Daß ich immer offen und ehrlich für die Arbeiter und für den Sozialismus eingetreten bin, ist meine einzige Schuld, die ich mir selber beimesse, für die ich aber auch immer mit meiner Freiheit bezahlt habe, und jetzt vielleicht mit meinem Leben dafür eintreten muß.“¹

Anton Buchalka wurde 1912 als sechstes Kind einer Eisenbahnerfamilie in Rothwein (Razvanje) bei Marburg (Maribor) geboren.² Hier besuchte er die slowenische Volksschule, ehe die Eltern 1921 das nunmehr zum SHS-Staat (Jugoslawien) gehörende Rothwein verlassen mussten und sich in Graz niederließen. Nach der Schule lernte er Elektrotechnik und war nach seinem Lehrabschluss 1932, bedingt durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, arbeitslos. Bereits mit Beginn der Lehre trat er 1928 der sozialdemokratischen Metallarbeiterjugend bei, später wurde er Mitglied der Wehrturner der Sozialdemokratischen Partei und 1933 Mitglied der Sozialistischen Jugend. Ein Genosse von damals erinnerte sich 1953 in einem Zeitungsartikel mit dem Titel „Der Trompeter vom Gries“ an Aufmärsche der Sozialistischen Jugend: „Bei jedem Aufmarsch begleitete uns sein Horn und wenn wir müde werden wollten, erscholl sein Lied und weg war jegliches Nicht-können-Wollen! Wenn wir durch die Stadt marschierten, gingen in jeder

Straße die Fenster auf, blieben die Menschen stehen und sahen uns nach. Wir konnten uns aber auch sehen lassen, waren wir doch eine disziplinierte Gruppe strammer Burschen und unser Kampfgesang wetteiferte mit dem machtvollen Trompetenschall unseres Hornisten Anton Buchalka.“³

Nachdem am 12. Februar 1934 der Generalstreik ausgerufen worden war, ging Buchalka – wie viele aus dem Bezirk Gries – nach Eggenberg, einem der Zentren der Kämpfe. Er wurde festgenommen und wegen des Verbrechens des Aufruhrs zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt.⁴ Kaum entlassen, beteiligte er sich im Februar 1935 an einer illegalen Kundgebung in Erinnerung an die Februaropfer und wurde erneut festgenommen und zu vier Monaten Arrest verurteilt, die er im Anhaltelager Messendorf bei Graz verbüßte. Die *Arbeiter-Zeitung* berichtete über die Protestaktionen rund um den 12. Februar: „In den Tagen vor dem 12. Februar wurden in Graz Massen von Streuzetteln gestreut. Selbst die Straßen der inneren Stadt waren von ihnen voll, obwohl die Polizei ständig die Straßen durchstreifte. In der Nacht auf den 12. Februar waren die Tore des Grazer Zentralfriedhofes von Kieberern besetzt; jeder, der in den Friedhof kam, musste sich legitimieren und das Grab, das er besuchen wollte, angeben. Im Friedhof selbst wurden alle, die das Grab des Genossen Stanek oder die Gräber der gefallenen Schutzbündler besuchten, von Kieberern photographiert und ungefähr zwanzig Frauen verhaftet.“⁵

In all den Jahren seit 1932 war Buchalka mit einer kurzen Ausnahme arbeitslos. Diese Ausnahme war 1936, als er für kurze Zeit in Kaindorf bei Leibnitz eine Arbeit als Spinnarbeiter fand und sich deshalb in Leibnitz niederließ, wo er Jugendsportführer wurde und sich innerhalb der KPÖ, der er sich nach den Februarkämpfen angeschlossen hatte, betätigte. Er wollte – nachdem die Gründung der Internationalen Brigaden erfolgt war – nach Spanien gehen, doch wurde er beim Versuch die Grenze zu passieren festgenommen.⁶ Nach sechs Wochen Haft in Brezgenz kehrte er nach Leibnitz zurück. Seinem Bruder Ferdinand sollte im Februar 1938 der Grenzübergang gelingen.

In Leibnitz beteiligte er sich führend an den Kundgebungen in den Tagen vor dem „Anschluss“. Wie auch andernorts versuchte die KPÖ – im Rahmen der *Sozialen Arbeitsgemeinschaft* – mittels Kundgebungen und Flugblättern gegen den Nationalsozialismus anzukämpfen, indem sie u.a. für ein „Ja“ bei der von Bundeskanzler Schuschnigg geplanten Volksbefragung am 12. März 1938 aufrief. In der Anklage des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof liest sich das so, „dass Buchalka noch kurz vor dem Umbruch im März 1938 eine lebhaft propagandistische Partei entfaltet [hat] und hierbei besonders unter Hinweis auf die damalige politische Hochspannung darauf verwiesen habe, daß nunmehr die Zeit gekommen sei, da die Kommunisten ihren Mann stellen müßten, um die Macht ergreifung durch den Nationalsozialismus zu verhindern.“⁷

Zuckerbrot und Peitsche nach dem „Anschluss“

Am 12. und am 13. März 1938 nahmen lokale Nationalsozialisten in allen steirischen Gemeinden politische Gegner willkürlich fest und misshandelten sie. Einer der in Leibnitz von den örtlichen Nazis Festgenommenen war Anton Buchalka, der bis zum 17. März in „Schutzhaft“ blieb.⁸ Er und die meisten anderen wurden unter Verwarnung wieder freigelassen, da zahlreiche Beschwerden über diese Festnahmen bei zentralen NSDAP-Stellen in Wien eingelangt waren. Daher verfügt der Chef der Sicherheitspolizei SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich, dass die festgenommenen Personen sofort zu entlassen sind, „sofern sie nicht besonders bedeutende Führer der Gegner waren und dies ohne Gefahr ihrer eigenen Person und ohne unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erfolgen kann. Kleinere und mittlere Funktionäre der kommunistischen bzw. marxistischen Partei, der Vaterländischen Front usw. sind zu entlassen, wenn nicht ganz besondere Umstände entgegenstehen.“⁹

Der Drohung mit Haft, der „Peitsche“, folgte das „Zuckerbrot“. So wurde Anton Buchalka unmittelbar nach seiner Entlassung eingeladen, mit einer Kraft-

durch-Freude (KdF)-Fahrt die „Errungenschaften“ des „Dritten Reiches“ kennen zu lernen. Dies erfolgte im Zuge des Versuchs des NS-Regimes, langfristig eine Aussöhnung mit Angehörigen der Arbeiterbewegung herbeizuführen und sie kurzfristig für ein „Ja“ bei der Volksabstimmung am 10. April 1938 zu gewinnen. Der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich, Gauleiter Josef Bürckel, verabschiedete am 21. März 1938 die KdF-Fahrer mit den Worten: „Ihr früheren Kommunisten und Sozialdemokraten! Ich glaube nicht daran, dass einer, der deutsches Blut in den Adern hat, innerlich schlecht sein kann. Es gibt tausende anständige Menschen im früheren roten Lager, die geglaubt haben, ihre Sache sei richtig. [...] Nun geht ihr ins Reich! Macht die Augen auf, redet mit euren Kameraden am Schraubstock. [...] Ich verlange nicht, dass ihr euch gleich als Nationalsozialisten bekennt, aber bei eurer Rückkehr sollt ihr mir ins Auge sehen und sagen: ‚Ich habe mich bemüht, das Neue zu verstehen!‘“¹⁰

Anton Buchalka fuhr nach München und Hamburg, worüber auch das *Hamburger Fremdenblatt* am 30. März 1938 berichtete. Nach seiner Rückkehr bekam er im Mai 1938 als Elektrotechniker Arbeit, und zwar in Kapfenberg, wo die Böhlerwerke mit über 7.000 Arbeitern zu einem der führenden Rüstungsbetriebe in der Steiermark aufsteigen sollten. Im Werk lernte er die in der Werkskantine beschäftigte Christine Stampfer kennen, die er am 8. April 1939 heiratete.¹¹

Widerstand in Kapfenberg

Bald schon nach seiner Übersiedlung nach Kapfenberg wurde er wieder politisch aktiv, knüpfte Kontakte zu NS-Gegnern im Werk und gründete gemeinsam mit anderen Arbeitern aus Kapfenberg im Sommer 1938 eine kommunistische Zelle im Betrieb, die schließlich im Mai oder Juni 1939 mit der Inlandsleitung der Kommunistischen Partei in Wien in Kontakt kam. Der seitens der Inlandsleitung für die illegale Arbeit der KPÖ in den südlichen Bundesländern zuständige Funktionär Wilhelm Wehofer¹² fuhr – nachdem der Gestapo Anfang des Jahres ein schwerer Schlag gegen die Leitung der KPÖ um August Pirker¹³ gelungen war und damit die Verbindungen in die Obersteiermark bzw. ins Ausland nach Maribor (Marburg) unterbrochen waren – nach Kapfenberg, wo er den ihm bekannten Kommunisten Vinzenz Baumgartner aufsuch-



„Kraft durch Freude“-Fahrt 1938: Rechts vor den Tiroler Nazis geht Anton Buchalka (*Hamburger Fremdenblatt*, 30.3.1938).

te und ihn über den Stand der KPÖ befragte. Bei seinem nächsten Besuch traf Wehofer sich mit mehreren Kommunisten aus Kapfenberg und Umgebung, unter anderem auch mit Anton Buchalka. Bei dieser Besprechung verwies Wehofer „insbesondere darauf“ – wie es in der Anklageschrift gegen Buchalka heißt – „dass aus konspirativen Gründen an die Errichtung einer straffen Organisation nicht zu denken sei und daß zwar keine Mitgliedsbeiträge eingezogen werden dürften, wohl aber ‚Spenden‘ gesammelt werden sollten.“¹⁴ Buchalka ging in der Folge daran, dies umzusetzen; Mitglieder in Kapfenberg und Umgebung zu werben, Zellen aufzubauen und „Spenden“ zu sammeln. Letztlich sollten allein im Böhlerwerk Kapfenberg rund 20 KPÖ-Zellen existieren, daneben noch weitere in Bruck an der Mur, Deuchendorf bei Kapfenberg, St. Marein im Mürztal, Hönigsberg und Mürzzuschlag.

Während der nächsten Monate traf sich Buchalka immer wieder mit Wehofer und begleitete ihn im August 1939 auch nach Leoben, um sich mit dem dortigen Leiter der KPÖ, Alois Pisnik, zu besprechen.¹⁵ Dabei vereinbarte man, dass die Leobner den Kapfenbergern den Abziehapparat für die Herstellung von Flugschriften zur Verfügung stellen sollten. Nachdem der Abziehapparat in Leoben abgeholt worden war, und Buchalka in Graz eine Schreibmaschine gekauft hatte, produzierte er zwischen Oktober und Dezember 1939 vier Flugschriften,¹⁶ die in der ganzen Obersteiermark von Mürzzuschlag bis Leoben und Eisenerz verteilt wurden. Die erste Flugschrift mit dem Titel „Die Rote Armee marschiert“

thematisierte den deutsch-sowjetischen Pakt. In der zweiten Schrift mit dem Titel „Die stärkste Waffe des Arbeiters ist seine Solidarität“ wurde – wie es in der Anklage gegen Buchalka heißt – „in hetzerischer Weise ausgeführt, dass der Führer den gegenwärtigen Krieg heraufbeschworen und dieser Krieg nur Hunger und Elend für die werktätige Bevölkerung gebracht habe. Der Einsatz unserer Soldaten an der Front wird darin so gedeutet, dass der Soldat sein Kostbarstes, sein Leben, für *Hyänen* hingeben müsse, und daß er, wenn er Glück habe, vielleicht als Krüppel in die Heimat zurückkehren könne.“ Das dritte Flugblatt mit dem Titel „Genossen, Arbeiter und Bauern“ widmete sich dem sowjetisch-finnischen Krieg. Das vierte – übertitelt mit „Arbeiter, Bauern, Soldaten“ – fasste in Form einer Neujahrsbotschaft die Ereignisse des Jahre 1939 zusammen und rief zum Kampf für die Befreiung vom Nationalsozialismus auf.

Parallel zum Aufbau der KPÖ in Kapfenberg und Umgebung durch Buchalka begann Desideria Breitler¹⁷ ebenfalls mit dem Aufbau einer Parteiorganisation in Kapfenberg, wobei sie Personen ansprach, die bereits in der Gruppe von Buchalka aktiv waren bzw. umgekehrt Buchalka Leute aus dem Umfeld von Breitler zur Mitarbeit bewegen wollte, was zu einem Konflikt innerhalb des kommunistischen Widerstands führte, den der für die Steiermark zuständige Vertreter der Führung der KPÖ, Wehofer, beilegen sollte. Dabei war Breitler selbst jahrelang innerhalb der Führung der KPÖ bzw. des KJV in Wien aktiv gewesen.

Desideria Breitler (geb. Leitner) absolvierte 1929/30 die Internationale Lenin-Schule in Moskau¹⁸ und übernahm, nach Wien zurückgekehrt, eine Reihe von Funktionen innerhalb des KJV und der KPÖ. So war sie ab 1930 Mitglied des Zentralkomitees des KJV und kurzzeitig auch Sekretärin des Kommunistischen Jugendverbands. Von dieser Funktion trat sie jedoch bald zurück und Leo Gabler übernahm diese Funktion ab September 1931. Anschließend arbeitete sie im Sekretariat der KPÖ und war – nachdem die Partei im Mai 1933 verboten wurde – für die KPÖ 1933/34 illegal in Kärnten und in der Steiermark tätig, danach in der Tschechoslowakei und in Wien, ehe sie 1937 nach Kapfenberg zurückkehrte und heiratete. Nachdem sie mit dem Aufbau einer kommunistischen Organisation in Kapfenberg begonnen hatte, weigerte sich Buchalka zunächst mit ihr zusammen zu arbeiten, da „sie polizeilich zu bekannt sei“. Erst Ende des Jahres 1939 bzw. im Jänner 1940 kam es zu Besprechungen zwischen den beiden Gruppen, wobei vereinbart wurde, dass sich Breitler zurückziehen und dafür ihr Vertreter Franz Xaver Lackner auf Grund seiner „guten marxistischen Schulung als Instruktor der Gruppe Buchalka mit deren Anhängern Schulungsbesprechungen abhalten sollte.“¹⁹ Zudem sollte es zum Austausch von Flugschriften kommen.

Neben dem Aufbau von Widerstandszellen im Mürztal bzw. der Verbindung nach Leoben bemühte sich Buchalka im November 1939 auch, die abgebrochenen Kontakte zwischen Wien und Graz wieder herzustellen, weshalb er mit Wehofer nach Graz und Leibnitz fuhr.²⁰ Der Kontakt konnte jedoch nicht hergestellt werden, da der Verbindungsmann Franz Kurzman kurz vor dem Treffen festgenommen worden war.²¹ Als es ihm schließlich gelungen war, auch nach Leibnitz eine Verbindung herzustellen und dies Wehofer über seine Kontaktadresse mitteilte, erhielt er Ende Dezember 1939 „die Antwort, daß Wehofer ‚krank‘ sei“,²² was nichts anderes bedeutete, als dass er festgenommen wurde. Nur wenig später, am 30. Jänner 1940, wurde auch Anton Buchalka und bis Oktober über 250 Mitglieder der von ihm aufgebauten Zellen von Mürzzuschlag bis Leoben und Eisenerz festgenommen.

Anton Buchalka wurde am 18. Oktober 1940 vom Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und „Feindbegünstigung“ angeklagt und am 12. Februar

1941 zum Tode verurteilt, da er – wie es im Urteil heißt – „sich nicht darauf beschränkt [hat], in dem Betriebe, in welchem er arbeitete oder in seinem Wohnort Parteigänger zu werben, sondern [...] auch die Umgegend zu erfassen versucht [hat], und sich bemüht [hat], ein Netz kommunistischer Zellen in Steiermark auszuspannen. Er hat dabei das gefährliche Mittel der Flugschriftenverbreitung mit großer Gewandtheit und in weitem Umfange zur Anwendung gebracht.“ Da, wie es weiter heißt, die Abstrafung „der Gruppe Pirker in Graz und Umgebung [...] in keiner Weise abschreckend gewirkt hat“, muss gegen Buchalka zur Abschreckung die Todesstrafe verhängt werden.²³

Seine Frau Christine, mit der er gerade einmal zehn Monate verheiratet war, ehe beide festgenommen wurden, wurde vom Volksgerichtshof Berlin in einem eigenen Verfahren am 18. Februar 1941 wegen „Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, da sie die Flugblätter auf eine Matrize übertrug bzw. größere Mengen von Flugblättern zur Verteilung an Mitglieder der Gruppe weitergab.²⁴ Bevor sie ihre Strafe im Zuchthaus Aichach (Bayern) antreten musste, erhielt sie noch einmal die Erlaubnis, ihren Mann in der Todeszelle zu besuchen, worüber sie später schrieb: „Mit dem Ausdruck seines unbeugsamen Glaubens an die Freiheit, die bald über das arbeitende Volk kommen wird, und mit den Worten ‚Es geht um die Freiheit Österreichs‘ hat er, auch im Gedanken bei all seinen Angehörigen und Freunden, sich von mir für immer verabschiedet.“²⁵ Am 10. Juli 1941 wurde Anton Buchalka in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Nach der Befreiung wurde im Juni 1945 eine Straße in der Hochschwab-Siedlung in Kapfenberg nach ihm benannt.

Anmerkungen:

1/ Brief von Anton Buchalka an seine Eltern, Berlin-Plötzensee, 24.2.1941. Abgedruckt in: Heimo Halbrainer, „In der Gewißheit, daß Ihr den Kampf weiterführen werdet“. Briefe steirischer WiderstandskämpferInnen aus Todeszelle und KZ. Graz 2000, S. 84f.

2/ Die biografischen Angaben stammen, so nicht anders angegeben, aus dem Gerichtsakt gegen Anton Buchalka u.a., 6 J 103/40g; Anklage des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof, 18.10.1940; Urteil des Volksgerichtshofs gegen Anton Buchalka u.a., 12.2.1941. Diese und weitere hier verwendeten Anklageschriften und Urteile finden sich in den beim K.G. Saur-Verlag erschienenen Mikrofiche-Editionen der



Anton Buchalka (1912–1941)

Anklageschriften und Urteile des Volksgerichtshofs, des Oberlandesgerichts Wien und des Reichskriegsgerichts, die in einer Online Datenbank „Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945“ abrufbar sind.

3/ Fapel: Der Trompeter vom Gries, in: *Neue Zeit*, 1.5.1953.

4/ Der Gerichtsakt wurde skartiert. Allein der Umschlag des Tagesbuchs der Staatsanwaltschaft ist erhalten geblieben. StLA, StA Graz 1263/34. Die Angaben zu seinen Haftzeiten stammen aus dem Urteil des Volksgerichtshofs.

5/ *Arbeiter-Zeitung*, 24.2.1935, S. 5.

6/ DÖW 67, Schreiben von Christa Schmeisser (Buchalka), o.D.

7/ Anklage gegen Anton Buchalka, S. 5.

8/ StLA, BH Leibnitz, 14 Schu 32/1938, Verzeichnis der nach der Machtübernahme durch die NSDAP in den Gerichtsbezirken Arnfels, Leibnitz und Wildon in Schutzhaft genommenen Personen.

9/ DÖW 15.909, StLA, BH Leibnitz, 14 Schu 32/1938, Gestapo Graz an alle Bezirkshauptmannschaften, 31.3.1938. Bereits am 17.3.1938 schrieb Heydrich an Gauleiter Josef Bürckel, dass er diese eigenmächtigen Maßnahmen der lokalen Nationalsozialisten nicht dulden werde.

10/ Rede des Gauleiters Josef Bürckel vor KdF-Fahrern, 21.3.1938, in: *Wiener Neueste Nachrichten*, 22.3.1938.

11/ 6 J 103/40g; Anklage des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshofs gegen Rudolf Hermann, Christine Buchalka u.a., 18.10.1940.

12/ 6 J 145/40; Anklage des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshofs gegen Wilhelm Wehofer u.a., 31.1.1941; Urteil des Volksgerichtshofs gegen Wilhelm Wehofer u.a., 14.6.1941.

13/ Siehe dazu: Heimo Halbrainer, August Pirker: Widerstand in Österreich und Griechenland, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 3, S. 14–18.

Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs (Teil 5)

Die US–amerikanische Kinderhilfsaktion

PETER MÄRZ/SABINE FUCHS

Während des Ersten Weltkriegs ordneten die Behörden alle Bedürfnisse der Armee unter. Das Militär zog Millionen junge Männer ein, requirierte Pferde, Vieh und Getreide. So konnte bereits 1916 nur noch die Hälfte der Vorkriegsernte eingebracht werden. Wegfallende Lieferungen aus den ehemaligen Gebieten der Monarchie und der Strom der rückkehrenden Soldaten trugen nach Kriegsende zur katastrophalen Versorgungssituation bei. Mangel an Kleidung, Schuhen und Heizmaterial, eklatante Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit vergrößerten die Not zusätzlich. Noch im Dezember 1921 litten von rund 26.000 untersuchten Schulkindern 78 Prozent an Unterernährung.

Schon während des Kriegs hatte es Hunger- und Friedensdemonstrationen gegeben, die vor allem von Frauen getragen wurden. In den Jahren nach Kriegsende mangelte es in den Städten häufig an Grundnahrungsmitteln, während der grassierende Schleichhandel einigen Profiteuren zu großen Gewinnen verhalf. Wenngleich die Mehrheit der Protestierenden gewaltlos für eine gerechte Verteilung der Güter demonstrierte, entlud sich die Verzweiflung mancher, vor allem jüngerer Teilnehmender auch in Plünderungen, die mit drakonischen Kerkerstrafen belegt wurden. Die schwersten Hungerunruhen in Oberösterreich trugen sich Anfang Februar 1919 in Linz zu – die Anfangs friedlichen Proteste mündeten in Plünderungen. Ein Teil der Demonstranten drang in Spezialitäten-

geschäfte ein, in deren Auslagen schon während des Krieges provokativ die feinsten Delikatessen ausgestellt worden waren. Ein Schusswechsel mit der Gendarmerie ließ einen toten Kriegsinvaliden zurück, in der daraufhin ausbrechenden Panik wurden mehrere Menschen niedergetrampelt. Als Reaktion verhängten die Behörden für einige Tage das Standrecht. Am Abend des 10. Mai 1920 kam es in Linz erneut zu schweren Zusammenstößen. Hungernde Arbeitslose und Bauarbeiter, die höhere Löhne forderten, trafen auf Volkswehr und Gendarmerie, die versuchten, die Demonstration aufzulösen. Am Hauptplatz eskalierte die Situation. An der Ecke Hofgasse feuerte die Exekutive in die Menge. Die Schüsse forderten neun Tote und 24 Verletzte, zwei weitere Personen starben in der Arrestzelle. Die Behörden verhängten das Standrecht, in den darauffolgenden Prozessen erhielten die angeklagten Demonstranten hohe Haftstrafen.

Viele Kinder in Österreich litten nach dem Krieg unter schweren Mangelerscheinungen. Wachstum und körperliche Entwicklung waren eingeschränkt, Tuberkulose, Skorbut und Rachitis weit verbreitet. Abhilfe sollten ausländische Hilfsaktionen schaffen. Die bedeutendste war die AKHA (Amerikanische Kinderhilfsaktion) unter der Leitung von Herbert Hoover und Gilchrist Baker Stockton, die ab Mai 1919 österreichweit täglich 200.000 Kinder mit warmen Mahlzeiten versorgte, davon 15.000 in Oberösterreich.

Tatsächlich verfolgte die *American Relief Administration* (ARA), aus deren Abteilung Children's Relief Bureau (CRB) die von Mai 1919 bis Juni 1922 tätige Amerikanische Kinderhilfsaktion hervorging,¹ eine mehrfache Strategie. Das moralische Gebot, Europa humanitäre Hilfe zu leisten, weil die USA als einzige Nation der Welt über genügend Lebensmittelressourcen verfügten, war nicht der alleinige Grund für den Einsatz. Ebenso wichtig war die Verpflichtung gegenüber der eigenen Landwirtschaft, schon zugesagte Abnahmekontingente einzuhalten, und dafür war der europäische Markt als Abnehmer unbedingt erforderlich.² Vor allem aber war ein ausgeprägter Antibolschewismus Motor der US-Amerikanischen Hilfsaktionen. „Hunger will bring on bolshevikism and anarchy“,³ so der amerikanische Präsident Wilson, und in einem Papier der *American Relief Administration* vom 19. Februar 1919 heißt es: „The whole problem of building a bulwark against encroaching Bolshevism from Russia revolves around larger and larger food supplies to the bordering states [...]“⁴

In Bezug auf Deutschösterreich verstärken sich die Bemühungen der US-Regierung, über die Nahrungsmittellieferungen der American Relief Administration politischen Einfluss zu erlangen, besonders im März und April 1919, als die ungarische Räterepublik die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme in Österreich für die USA besonders drohend erscheinen ließ. In einem weiteren Protokoll der ARA aus dem April 1919 hieß es weiter: „One force alone is responsible for the continued quiet of Austria – that is food.“⁵

Garant gegen die Revolution

Das Programm der AKHA sah zunächst drei Monate lang eine tägliche Mahlzeit für rund 100.000 österreichische Kinder vor. Finanziert werden sollten die Lebensmittellieferungen jeweils zur Hälfte durch die ARA und den österreichischen Staat. Von den 84,6 Millionen US-Dollar, die durch Spendenaktionen und staatliche Zuschüsse zur Verfügung standen, flossen 13,1 Millionen US-Dollar (15,5 Prozent) oder 49.934 Tonnen an Lebensmitteln nach Öster-

14/ Anklage gegen Anton Buchalka u.a., S. 13f.
15/ OJs 154/40: Anklage des Generalstaatsanwalts gegen Alois Pisknik u.a., 1.3.1941; Urteil des Oberlandesgerichts Wien gegen Alois Pisknik u.a., 24.6.1941.

16/ Die Flugschriften sind als Abschrift wiedergegeben in der Anklage gegen Anton Buchalka u.a., S. 31–43.

17/ Biografische Angaben siehe: Heimo Halbrauner: Desideria Breitler, in: Ilse Korotin (Hg.), *biografA. Lexikon österreichischer Frauen*. Bd. 1: A–H, Wien–Köln–Weimar 2016, S. 416f. Siehe auch: 7 J 242/40: Anklage des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen Desideria Breitler u.a., 22.10.1940; Urteil des Volksgerichtshofs gegen Desideria Breitler u.a., 25.2.1941.

18/ Julia Köstenberger: *Kaderschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926–1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen*. Wien 2016. Zu Breitler (geb. Leitner) siehe S. 322–324, 471.

19/ Anklage gegen Breitler u.a., S. 15f.

20/ Anklage gegen Wehofer, S. 11.

21/ OJs 138/40: Urteil des Oberlandesgerichts Wien gegen Karl Kurzmann u.a., 27.6.1941.

22/ Anklage Anton Buchalka u.a., S. 16.

23/ Urteil gegen Anton Buchalka, S. 33f.

24/ Urteil gegen Rudolf Hermann, Christine Buchalka u.a.

25/ DÖW 67, Schreiben von Christa Schmeisser (Buchalka), o.D.

reich. Damit erhielt Österreich nach Polen und Sowjetrußland den dritthöchsten Anteil der 16 beteiligten Staaten.⁶

Gilchrist Baker Stockton sah in diesen Hilfslieferungen einerseits eine menschliche Notwendigkeit, um die Bevölkerung Europas vor einer Hungersnot zu bewahren. Er sah sie allerdings auch als wichtiges Mittel, um eine sozialistische Revolution wie in Rußland im restlichen Europa zu verhindern.⁷ Hans Loewenfeld-Russ, Staatssekretär für Volksernährung in den Jahren 1918 bis 1920, ging davon aus, dass die Warenkredite, die Preisbezuschussung und die verschiedenen Hilfsaktionen alliierter und neutraler Staaten eine Hungersnot und weitergehende soziale Unruhen verhindert hätten: „Der Preis des Brotes war zu allen Zeiten ein Politikum gewesen, und es war somit verständlich, daß weder die Regierung noch die Parteien das Odium einer Verteuerung des Brotpreises, der bei den Wahlen zur Nationalversammlung geradezu die Wahlparole gebildet hatte, auf sich nehmen wollte. Zu jenen Zeiten hatte der Bolschewismus wiederholt vernehmlich an die Tore Österreichs geklopft, und es war keine leichte Sache gewesen, in Österreich die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Fernerstehende konnte leicht weise sein, und die Aufhebung der Lebensmittelzuschüsse und die Einstellung der Notenpresse verlangen, aber, wenn die österreichische Regierung nicht in einer Weise zum Brotpreise beigesteuert hätte, daß auch der Ärmste in der Lage war, es zu kaufen, wäre es wohl sehr fraglich gewesen, ob die soziale Ordnung nicht schwere Erschütterungen erlitten hätte.“⁸

Franz Adlgasser schreibt hierzu, dass die US-Administration, allen voran der Generaldirektor der ARA Herbert Hoover, eine sichere Versorgung mit Lebensmitteln als besten Garant gegen eine möglicherweise bevorstehende sozialistische Revolution angesehen habe. Die Machtübernahme Bela Kuns in Ungarn habe den USA vor Augen geführt, wie rasch eine solche Umwälzung von staten gehen könnte: „Essen wurde als primäre Waffe gegen den Bolschewismus angesehen.“⁹ Belegt werden kann dies durch eine Aktion Hoovers kurz vor dem 1. Mai 1919. Für den Fall von Ausschreitungen und Plünderungen durch linke Demonstranten drohte er, die so dringend notwendigen Lebensmittellieferungen sofort einzustellen. Zu diesem Zweck ließ er in ganz Wien Plakate affichieren.¹⁰ Gleichzeitig wollte die Amerikanische Kinderhilfsaktion die öster-



Spenden aus Amerika für Freistädter Volksschulkinder (hier mit US-Flagge), 1919/1920
(Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt)

reichischen Kinder nicht nur aufpäppeln, sondern auch an die US-amerikanische Lebensweise heranführen: „Für die Kinder sollten die USA immer mit den Worten Essen, Freiheit und Demokratie verbunden bleiben.“¹¹ Stockton ergänzte dazu, dass in jedem österreichischen Dorf mit Schulausspeisungsstelle heute eine US-amerikanische Flagge wehe.¹²

1.254 Ausspeisungsstellen

Die Amerikanische Kinderhilfsaktion war die einzige Initiative, die sich über ganz Österreich erstreckte. Inspektionsreisen österreichischer und US-amerikanischer Funktionäre¹³ sowie Bedarfsmeldungen aus den Ländern mündeten in einem Verteilungsschlüssel. Oberösterreich wurden dabei zunächst 5 Prozent, später 7,5 Prozent aller Lieferungen zugesprochen.

Die ARA war dabei zuständig für den Import und die Verwaltung der Lebensmittel, in erster Linie Mehl, Kondensmilch, Zucker, Fett, Kakao und Hülsenfrüchte. Die Besonderheit der AKHA bestand darin, dass die Lebensmittel nicht in rohem Zustand abgegeben wurden, sondern in eigenen Küchen zubereitet und in den angegliederten Ausspeisungsstellen dann an die Kinder verabreicht wurden. In Frage kamen dafür die Schulküchen sowie Kinderkliniken, Waisenhäuser, Internate und Tagesheime. Gleichzeitig war man penibel darauf bedacht, eine strikte räumliche Trennung von den Kriegs- und Volksküchen einzuhalten. Grundsätzlich sah die Aktion die kostenlose Abgabe der Speisen vor. Die Eltern sollten lediglich einen symbolischen Beitrag leisten.¹⁴

Im Dezember 1920 war der Höchststand an Lebensmittellieferungen erreicht, die Anzahl der Ausspeisungsstellen wuchs bis zu diesem Zeitpunkt kontinuierlich und zum Teil sogar stark an, danach sank die Zahl der Küchen in den so genannten offenen Anstalten (etwa den Schulen) und den geschlossenen (Waisenhäuser, Internate etc.) wieder etwas ab. In Summe waren es 1.254 Ausspeisungsstellen, davon 882 offene und 372 geschlossene, die Mehrzahl davon in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich.¹⁵

Die Auswahl der unterstützten Kinder erfolgte ausschließlich auf Grund ihres Ernährungszustands, finanzielle, soziale, ideologische, religiöse oder nationale Kriterien spielten so gut wie keine Rolle.¹⁶ Vielfach war die körperliche Entwicklung der Kinder stark eingeschränkt, ihr durchschnittlicher Entwicklungsstand lag etwa vier Jahre hinter dem ihrer normal ernährten Alterskollegen.¹⁷ Doch der körperlich schlechte Zustand war nicht das einzige Problem – aus Hunger und Not beteiligten sich auch viele Kinder und Jugendliche an den zahlreichen Hungerunruhen und Plünderungen in ganz Österreich.¹⁸ Auch aus diesem Grund wollte die Amerikanische Kinderhilfsaktion, die in Österreich ihren Fokus auf Schülerspeisungen legte, rasch Abhilfe schaffen.¹⁹

Verwaltungstechnisch wurde Oberösterreich für die Amerikanische Kinderhilfsaktion in die Bezirke Linz Stadt, Linz Land, Steyr, Gmunden, Mauthausen, Kirchdorf und Wels unterteilt – gemäß den Übernahmestellen für die gelieferten Lebensmittel. Die einzelnen



Das „Hoover-Büro“, Büro des Kommissariats in Linz, ehemals Zollamt, neben der Donaubrücke gelegen. (Oberösterreichisches Landesarchiv)

Ausspeisungsstellen eines jeden Bezirks unterstanden dem jeweiligen Bezirksleiter. Zunächst erhielten lediglich die Köchinnen eine Bezahlung, alle anderen Mitwirkenden arbeiteten ehrenamtlich. Erst Ende des Jahres 1919 wurden zumindest die Bezirksleiter mit einer geringen Geldsumme für ihre Arbeit entschädigt.²⁰ Geleitet wurde die Amerikanische Kinderhilfsaktion zunächst von Erwin Larson, der aber bereits im September 1919 auf Befehl der US-Armee in die USA zurückkehren musste.²¹ Im März 1920 wurde durch das Generalkommissariat der AKHA ein oberösterreichisches Landeskommissariat gegründet.

Ab den ersten Monaten des Jahres 1920 gab es zwei weitere Hilfsaktionen, die organisatorisch dem Landeskommissariat der AKHA angegliedert wurden.²² In enger Zusammenarbeit mit den Ortsfürsorgeausschüssen, den Werbeausschüssen, Jugendämtern, Mütterberatungsstellen und Generalvormundschaften organisierte das Landeskommissariat der AKHA eine Bekleidungsaktion für Kinder. Insgesamt kam es zur kostenlosen Verteilung von 18.400 Paar Schuhen und Schuhbändern, 14.100 Paar Strümpfen, 10.000 Mänteln, 10.080 Knabenhemden, 5.720 Mädchenhemden, 6.720 Knabenhosen und 5.040 Mädchenhosen.²³

Zudem wurden die so genannten Dollarpakete eingeführt, die über ein System indirekter Geldspenden funktionierten. Der Spender deponierte einen gewissen Dollarbetrag auf eigens eingerichteten Konten in einer der beteiligten

Banken zugunsten eines namentlich bekannten Empfängers in Mitteleuropa. Der ARA-European Children's Fund übernahm das Geld, kaufte dafür etwa aus dem Zentrallager Linz Lebensmittel ein und leitete diese an den Empfänger weiter. Die Pakete hatten einen Preis zwischen zehn und 50 US-Dollar, außerdem gab es „christliche“ und „jüdische“ Varianten.²⁴ Mit Hilfe einer breit angelegten Werbekampagne in Österreich wurde die Bevölkerung auf die neue Möglichkeit hingewiesen, über Verwandte und Bekannte in den USA an zusätzliche Lebensmittelpenden zu gelangen.²⁵ Die Aktion brachte für Oberösterreich Lebensmittelpakete für 3.000 Haushalte im Wert von 61.960 US-Dollar (rund 40,893.000 Kronen) und dauerte bis Juli 1921.²⁶

27.000 Kostanteile

Die Lieferung der Lebensmittel erfolgte in den ersten Monaten noch direkt über Wien. Über den Seeweg gelangten die Pakete nach Triest, von dort wurden sie per Bahn nach Wien und Graz transportiert, dort erfolgte die Aufteilung an die einzelnen Bundesländer. Später wurden die Lieferungen über die Seehäfen Hamburg und Rotterdam geleitet, anschließend weiter per Bahn nach Regensburg, und von dort per Zug oder per Schiff über die Donau nach Österreich. Aus diesem Grunde entschlossen sich die Verantwortlichen, in Linz ein Zentrallager zu errichten, das nun für die Weiterleitung der Lebensmittel an alle Bundesländer (außer Wien und Teile

Niederösterreichs) zuständig war. Eröffnet wurde dieses Zentrallager am 15. Dezember 1919 im ehemaligen Lagerhaus der „Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts AG“.²⁷ Es fasste Vorräte für insgesamt 121.300 Kinder und belieferte 28 Stationen in den westlichen und südlichen Bundesländern. Die Belieferung erfolgte monatlich per Bahn. 28 Teillieferungen in den ersten drei Wochen des Monats waren notwendig, um die riesigen Mengen anzuliefern. Die Güterwaggons wurden von rund 30 Militärgagisten begleitet. In einem Jahr wurden insgesamt 600 Waggons mit durchschnittlicher Ladung von 15 Tonnen pro Waggon in das Zentrallager gebracht, das entspricht einer Menge von mehr als sechs Millionen Tonnen an Lebensmitteln und Bekleidung. Per Schiff kamen nochmals zehn Schleppladungen mit 1,5 Millionen Tonnen an Lebensmitteln hinzu.²⁸ Ein Großteil der Waren war für Österreich bestimmt, nur ein kleiner Teil der Lebensmittel wurde an andere Staaten weiter verschickt.

Die Amerikanische Kinderhilfsaktion begann in Oberösterreich im Zeitraum zwischen dem 18. und dem 25. Juni 1919, je nachdem, wie rasch die Lebensmittellieferungen in die einzelnen Bezirke erfolgten. Zunächst konnten 6.500 Mahlzeiten täglich in der Stadt Linz und weitere 6.500 Kostanteile für das übrige Bundesland verteilt werden, zu Beginn ausschließlich in Steyr und Gmunden. Ab 15. Juli 1919 wurden die Mahlzeiten auf 15.000 täglich erhöht, wodurch die Industriegebiete rund um Linz eingebunden werden konnten. Ab September 1919 stieg die Zahl der Kostanteile auf 17.000. Nun wurden das obere Krems- und Steyrtal sowie das Steinbruchgebiet rund um Mauthausen einbezogen. Ab 1. März 1920 stockte die AKHA die Mahlzeiten auf 20.000 auf, nun profitierten auch Wels und Umgebung von den Lieferungen. Am 24. März stieg die Zahl der Mahlzeiten auf 22.000, im Mai dann auf 23.000 und im Oktober 1920 auf 26.000. Am 15. November 1920 schließlich wurde der Höchststand von 27.000 täglichen Kostanteilen erreicht. Zugleich wurde das amerikanisch-österreichische Kinderhilfswerk stark ausgebaut und steuerte weitere 7.000 Anteile zu. Insgesamt wurden demnach 34.740 tägliche Mahlzeiten ausgeteilt.²⁹ Verteilt wurden die Portionen über die zu diesem Zeitpunkt bestehenden insgesamt 183 Ausspeisungsstellen in 150 Orten Oberösterreichs, davon 23 in Linz-Stadt (mit 9.000 Kostanteilen), 38 in Linz-Land (5.090),

22 in Steyr (4.320), 33 in Wels (6.170), 33 in Gmunden (6.290), 18 in Kirchdorf an der Krems (1.980) und 16 in Mauthausen (1.890).³⁰

Die Zahl der Ausspeisungsstellen wuchs kontinuierlich an. Im Juni 1919 gab es lediglich rund 20 Küchen, im Juli bereits 43,³¹ im Jänner 1920 stieg die Zahl der Küchen auf 92 in 68 oberösterreichischen Gemeinden.³² Der Höchststand in Oberösterreich wurde im Dezember 1920 mit 192 Küchen erreicht,³³ danach sank die Zahl wieder. Zwischen Mai 1919 und April 1921 wurden so mehrere Millionen Tonnen an Lebensmitteln verkocht und an die Schulkinder verabreicht.³⁴ Bei 560 Betriebstagen ergab das einen Tagesdurchschnitt von 21.428 Ausspeisungen. Hinzu kamen 5.606 Kilogramm Lebertran für kranke Kinder und 17.241 Kilogramm Seife für Pflinglinge in so genannten geschlossenen Ausspeisungsstellen, etwa in Waisenhäusern.³⁵

Insgesamt sechs Mal wurden die oberösterreichischen Schulkinder von ärztlichen Kommissionen untersucht. Bei der vierten Untersuchung im April 1921 etwa wurden von den rund 200.000 oberösterreichischen Schulkindern³⁶ 119.300 Kinder im Alter zwischen sechs und 14 Jahren überprüft. Dabei fielen 73.600 in die Gruppe der unterernährten Kinder, 45.700 waren normalgewichtig. Auffallend ist dabei, dass die Ergebnisse der einzelnen Regionen stark voneinander abwichen. So waren in den südlichen Landesteilen sowie im Salzkammergut mehr Kinder unterernährt als im Rest Oberösterreichs.³⁷ Das Salzkammergut insgesamt galt zu diesem Zeitpunkt gemeinhin als Krisengebiet. Im Dezember 1921 stellte das Landeskommissariat der AKHA fest, dass in Oberösterreich 78,5 Prozent der oberösterreichischen Schulkinder unterernährt waren, gegenüber 65 Prozent bei der vorangegangenen Zählung. Diese Verschlechterung wurde zum einen auf die hohe Inflationsrate zurückgeführt, die Lebensmittel in einem so hohen Ausmaß verteuert hatte, dass viele Eltern schlicht nicht mehr in der Lage waren, die erforderlichen Mengen an hochwertigen Lebensmitteln zu kaufen.³⁸ Zum anderen ging das Landeskommissariat davon aus, dass der drastische Rückgang der Schulausspeisungen ebenso bedeutsam für diese Verschlechterung war. Die täglichen Mahlzeiten gingen von einem Höchststand von knapp 35.000 im April 1921 auf nur noch 18.000 im Oktober zurück. Erneut waren die Städte sowie das Salz-

kammergut die am stärksten betroffenen Gebiete. In Linz waren 9.985 von 12.578 untersuchten Kindern unterernährt (79 Prozent), in Steyr waren es 2.500 von 3.700 (67 Prozent), in Wels 1.950 von 2.700 (83 Prozent) und im Salzkammergut 5.800 von 7.000 (83 Prozent).³⁹ Bei den Untersuchungen im Winter 1920/21⁴⁰ bzw. im Frühjahr 1922⁴¹ – letztere anlässlich des nahenden Endes der AKHA – hatte sich daran in ganz Oberösterreich wenig geändert.

Im November 1921 veröffentlichte das Landeskommissariat der AKHA Oberösterreich die Ergebnisse einer Umfrage unter den Eltern jener Kinder, die an den Ausspeisungen teilgenommen hatten. Die Rücklaufquote war enorm hoch. So konnte erhoben werden, dass die Kinder durchschnittlich acht Monate an dem Programm teilnahmen. 89 Prozent der Eltern bejahten die Frage, ob durch die Aktion eine wohltätige Wirkung bei ihrem Kind bzw. ihren Kindern erzielt worden sei, lediglich sieben Prozent verneinten dies. 91 Prozent wünschten sich eine Verlängerung des Programms und 71 Prozent konnten sich eine Schulausspeisung auch nach dem Auslaufen der AKHA vorstellen.

Aus Dankbarkeit für die Initiierung der Amerikanischen Kinderhilfsaktion beschloss der Gemeinderat von Steyr am 24. März 1921 einstimmig die Benennung einer Straße nach Herbert Hoover. Die Straße liegt in unmittelbarer Nähe des Schlossparks, dem Standort der großen Kinderküche, die kurz zuvor mit einem Preis für die beste Ausspeisungsstelle Oberösterreichs ausgezeichnet worden war.⁴²

Die Amerikanische Kinderhilfsaktion wurde bis Mitte des Jahres 1922 durchgeführt; bis Ende 1923 war das *Amerikanisch-österreichische Kinderhilfswerk* für die Verteilung der restlichen noch vorhandenen Lebensmittel zuständig. Auch danach wurden die Schulausspeisungen weitergeführt, allerdings trugen nun die einzelnen Gemeinden die Finanzierung.

Anmerkungen:

- 1/ Adlgasser, Franz: Brot für Kinder und Erwachsene. Die American Relief Administration und Österreich, 1919–1923. Diplomarbeit Universität Salzburg 1989, S. 26.
- 2/ Adlgasser, Franz: American individualism abroad: Herbert Hoover, die American Relief Administration und Österreich, 1919–1923. Wien 1993, S. 8.
- 3/ Ebd., S. 51.
- 4/ Ebd., S. 50.

5/ Ebd., S. 56.

6/ Adlgasser: Brot, S. 65f.

7/ Ebd.

8/ Loewenfeld-Russ, Hans: Im Kampf gegen den Hunger. Aus den Erinnerungen des Staatssekretärs für Volksernährung 1918–1920. Wien 1986 (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, Bd. 6), S. 270f.

9/ Adlgasser: Brot, S. 9.

10/ Ebd., S. 10.

11/ Costigliola, Frank: Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europa, 1919–1933. Ithaca 1984, S. 42

12/ Mitteilungen der American Relief Administration: Die Amerikanische Hilfsaktion in Wien. Band 2. Redigiert von Regierungsrat Friedrich Reischl. Wien 1921, S. 210.

13/ Mitteilungen des Generalkommissariates der A.K.H.A., Nr. 2–5, August 1920, Bd. I. Wien 1920 S. 12.

14/ Adlgasser: Brot, S. 45f.

15/ Mitteilungen Bd. 2, S. 73–107.

16/ Adlgasser: Brot, S. 46.

17/ Pirquet, Clemens: Ernährungszustand der Kinder in Österreich während des Krieges und der Nachkriegszeit, in: ders.: Volksgesundheit im Krieg, 1. Teil. Wien–New Haven 1926, S. 151–153.

18/ Auer, Werner: Kriegskinder, Schule und Bildung in Tirol im Ersten Weltkrieg. Innsbruck 2008, S. 264f.

19/ Steiner, Gudrun: Vöcklabruck 1914–1920. Die Versorgungslage einer österreichischen Kleinstadt. Diplomarbeit Universität Salzburg 2012, S. 83.

20/ Mitteilungen, Bd. 3, S. 77.

21/ Oberösterreichisches Landesarchiv, BH Steyr Land, Kt. 79 (1881–1909), Ga Handel Jahrmarkt, 1919, Zl. 15.344, Amerikanische Kinderhilfsaktion, Lebensmittelverteilung, Statistik.

22/ Ebd.

23/ Mitteilungen, Bd. 3, S. 79.

24/ Adlgasser: Brot, S. 92f.

25/ Ebd., S. 93.

26/ Mitteilungen, Bd. 4, S. 300.

27/ Mitteilungen Bd. 2, S. 117f.

28/ Ebd.

29/ Mitteilungen, Bd. 3, S. 84f.

30/ Ebd., S. 88–95.

31/ Ebd., S. 84f.

32/ Mitteilungen, Bd. 1, S. 146.

33/ Mitteilungen, Bd. 2, S. 73–107.

34/ Mitteilungen, Bd. 3, S. 79.

35/ Ebd., S. 78.

36/ Mitteilungen, Band 1, S. 179.

37/ Steiner: Versorgungslage, S. 85.

38/ Ebd., S. 395.

39/ Mitteilungen, Bd. 4, S. 392.

40/ Mitteilungen, Bd. 3, S. 9.

41/ Mitteilungen, Bd. 4, S. 547.

42/ Mitteilungen, Bd. 4, S. 11.

Die Kinder von Buchenwald

HELMUT RIZY

Es war ein langer und schwerer Weg gewesen bis zum Erfolg, den Bruno Apitz 58-jährig schließlich mit seinem Roman „Nackt unter Wölfen“ verbuchen konnte. Er, der „mit dem Jahrhundert gegangen ist“, machte 17-jährig erstmals Erfahrung mit dem Gefängnis, nachdem er vor streikenden Arbeitern einer Munitionsfabrik in Leipzig eine Rede gegen die Fortdauer des Kriegs gehalten hatte. Nach neun Monaten Untersuchungshaft wurde er im Mai 1918 wegen „versuchten Landesverrats“ zu einer Jugendhaftstrafe von einem Jahr und sieben Monaten verurteilt. Aus der Haft, in der er sich intensiv mit Literatur beschäftigte und auch erste Gedichte verfasste, wurde er allerdings schon im darauffolgenden Oktober frühzeitig entlassen.

Eine Buchhändlerlehre fand ein jähes Ende, da Apitz an einer Streikkundgebung teilgenommen hatte. Danach arbeitete er als Hilfsarbeiter, nahm Schauspielunterricht, während erste gesellschaftskritische Gedichte und Erzählungen von ihm in Zeitschriften veröffentlicht wurden. Für ein halbes Jahr war er am Stadttheater Hamburg-Harburg engagiert und schrieb nun auch ein erstes Theaterstück: „Der Mensch im Nacken“, eine Tragikomödie über den Abtreibungsparagrafen 218. 1927 trat er der KPD bei, arbeitete bei der *Roten Hilfe* und für die Zeitschrift *Tribüne* und wurde als Mitglied des *Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller* Vorsitzender der Bezirksgruppe Leipzig.

Bruno Apitz schrieb mit „Fleck und Barb, die Unrasierten“ noch einen satirischen Roman über die antikommunistische Spitzeltätigkeit in Betrieben, bevor er bald nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 17. Mai 1933 verhaftet wurde. Drei Monate verbrachte er in den Konzentrationslagern Colditz und Sachsenburg. Im November 1934 folgte die nächste Verhaftung, diesmal wegen illegaler politischer Betätigung, und im Mai 1935 die Verurteilung zu zwei Jahren und zehn Monaten Zuchthaus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Als „politisch rückfälliger“ wurde er schließlich im November 1937 mit einem „Schutzhaftbefehl“ ins Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, wo Apitz siebeneinhalb Jahre als Häftling Nr. 2417 inhaftiert blieb.

Nach der Befreiung im April 1945 kehrte er nach Leipzig zurück, wo er mehrere Erzählungen schrieb, in denen er Erinnerungen an das Konzentrationslager Buchenwald aufarbeitete. Dann dauerte es jedoch noch zehn Jahre, bis er sich entschloss, sich mit dem Thema in einem Roman auseinanderzusetzen – und noch einmal drei Jahre, bis der Mitteldeutsche Verlag in Halle/Saale diesen Roman unter dem Titel „Nackt unter Wölfen“ herausbrachte.

Überraschender Erfolg

Überrascht von dem großen Erfolg, den das Buch sogleich fand, waren wahrscheinlich nicht nur der Autor selbst und der Verlag, sondern auch der Schriftstellerverband der DDR, von dem Apitz' Ansuchen um ein Stipendium – da er, um den Roman schreiben zu können, bei der DEFA gekündigt hatte – 1955 abgelehnt worden war. Im Frühsommer 1958 war die erste Auflage von 10.000 Exemplaren sofort vergriffen und bis Ende 1959 waren schon 200.000 Exemplare verkauft. 1963 wurde der Roman von der DEFA verfilmt; Regie führte Frank Beyer und in Hauptrollen waren Armin Mueller-Stahl, Erwin Geschonneck und Gerry Wolff zu sehen. Mittlerweile war der Roman auch schon in viele Sprachen übersetzt – und 1961 erschien er sogar in der BRD.

Im Vordergrund des Romans steht ein etwa dreijähriges jüdisches Kind aus Polen, das in einem Todesmarsch von Auschwitz nach Buchenwald gebracht wird und hier von deutschen „Funktionshäftlingen“, in erster Linie Kommunisten, die auch im Internationalen Lagerkomitee (ILK) tätig sind, gerettet wird. Die Handlung beginnt zu einem Zeitpunkt, als die US-Truppen bei Remagen den Rhein überschritten haben und sowjetische Einheiten auf Küstrin und Stettin vorrückten. Die Fronten waren noch fern, doch für das ILK, das im Untergrund arbeitete, ging es darum, auf Gewaltaktionen der SS gegen Ende des Nazi-Regimes hin vorbereitet zu sein und das Leben möglichst vieler Häftlinge bis zur Befreiung zu erhalten.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachten manche der Verantwortlichen den Wunsch einiger Genossen, das Kind zu verstecken und sein Leben zu retten, als Störfaktor, durch den Genossen in Ge-

fahr geraten würden. Das Kind sollte deshalb gemeinsam mit dem Mann, mit dem es gekommen war, in ein Außenlager abgeschoben werden, auch wenn man sich bewusst war, dass es das nicht überleben würde. So heißt es im Roman: *„Ein Bedauern wollte Bochow übermannen, von dem er nicht wußte, wem es galt, Höfel oder dem Kind oder jenem fremden Polen, dem es unbekannt war, daß über sein Schicksal in diesem Augenblick entschieden worden war. Entschieden durch Häftlinge, durch seinesgleichen, die aus dem Zwang einer Situation heraus Gewalt über ihn hatten.“*¹

„Menschlicher Widerstand“

Einige Genossen, wie der genannte André Höfel, widersetzten sich jedoch dem Befehl und versteckten das Kind. Damit müssen sich schließlich auch die anderen abfinden: *„Vielleicht hätte er sich selber darum kümmern müssen, daß das Kind tatsächlich aus dem Lager geschafft wurde [...] Hätte er Höfel bis zur letzten Minute hart kontrollieren sollen? Vielleicht hatte er Höfel nur darum sich selbst überlassen, weil in ihm, dem so verstandeskühlen Bochow, der gleiche menschliche Widerstand gewesen war wie in Krämer, der beide Augen zugeedrückt hatte, nachdem der Auftrag gewissenhaft erfüllt worden war. Von allen allein gelassen, hatte Höfel die ganze Last auf seine Schultern nehmen müssen. Wer hatte schuld? Wer hatte den Fehler gemacht? Keiner! Alle!“*²

Apitz gab in seinem Roman dem Leiter der im Lager wirkenden KPD-Organisation und Vorsitzenden des Internationalen Lagerkomitees den Namen Walter Krämer. Tatsächlich hatte es im KZ Buchenwald einen Häftling namens Walter Krämer gegeben. Dieser war als KPD-Abgeordneter 1933 verhaftet worden und ab 1937 in Buchenwald gewesen; zuletzt Kapo im Krankenbau, der unter seiner Leitung zu einem Refugium für gefährdete Häftlinge und darüber hinaus einem der Stützpunkte im Widerstand gegen die SS wurde. Auf Anweisung des Lagerkommandanten Koch wurde der echte Krämer 1941 auf dem Weg zum KZ-Außenlager Goslar von der SS „auf der Flucht erschossen“.

Bruno Apitz stellt in einer Vorbemerkung zum Roman fest: „Ich grüße mit dem Buch unsere toten Kampfgenossen

aller Nationen, die wir auf unserem opferreichen Weg im Lager Buchenwald zurücklassen mussten. Sie zu ehren, gab ich vielen Gestalten des Buches ihre Namen.“ So findet hier auch der Leipziger Otto Runki, der zwei Tage vor der Befreiung im Nebenlager Mittelbau-Dora hingerichtet wurde, einen Platz wie auch Willi Pippig, seit 1938 im KZ Buchenwald und ebenfalls Mitglied des ILK.

Im Roman werden André Höfel und Marian Kropinski, die in der Effektenkammer das Kind ursprünglich versteckt hatten, dann auch festgenommen, im Bunker eingesperrt und brutal gefoltert. Höfel weiß um Waffenverstecke des Lagerkomitees – eine zusätzliche Gefahr. Er gibt allerdings nichts preis. Und auch Herbert Bochow denkt um: „Bochow spürte, daß es jenseits des Verstandes eine unergründbare Tiefe gab, in der alle Worte und Gedanken ohne Echo waren und aus der keine Antwort kam. Vielleicht hatte Höfel in diese Tiefe hineingesehen und das Selbstverständliche getan ohne Fragen und Antwort. Ein Mensch, der Anspruch erhebt, diesen Namen zu tragen, muß sich in all seinem Tun stets für die höhere Pflicht entscheiden.“³

Und später lässt ihn Bruno Apitz gegenüber anderen Genossen feststellen: „Als ich hier eingeliefert wurde, da habe ich mein Herz mit den Effekten an der Kammer abgegeben, ein unnütz und gefährliches Ding schien es mir, das ich hier nicht gebrauchen konnte. Das Herz macht nur schwach und weich, glaubte ich.“⁴

Bienen haben einen Stachel

Zu den Hauptfiguren des Romans aus dem Kreis des Internationalen Lagerkomitees gehört auch der Russe Leonid Bogorski, der bei einer geheimen Zusammenkunft in Bezug auf Höfel und Kropinski meint: „Ja, sie werden stark bleiben! Solange wir es auch sind, werden die Faschisten die verborgene Kraft nicht entdecken, aber sie werden sie spüren. Laßt sie suchen, sie werden nichts finden. Keine Patrone und keinen Mann.“ [...] „Die Faschisten“, fuhr er beherrscher fort, „haben uns die Köpfe kahl geschoren, haben uns das Gesicht genommen und den Namen. Haben uns eine Nummer gegeben, haben uns die Kleider ausgezogen und uns in Streifen gesteckt ...“.

Er zerzte an seiner gestreiften Jacke. „Fleißige Arbeitsbienen sind wir ihnen, bauen ihnen die Häuser und die Gärten. Summ, summ, summ! Jedes Bienchen hat seine Streifen. Ich sehe aus wie du, und du siehst aus wie ich.“ Seine

Fäuste öffneten und schlossen sich. „Carascho“, flüsterte er hintergründig. „Bienen haben aber auch einen Stachel. Summ, summ, summ. Nun soll Kluttig einmal hineingreifen in den Schwarm ... Sieht einer aus wie der andere ... Wie gut, daß sie uns das Gesicht genommen haben, wie gut. Ihr verstehen, Genossen?“⁵

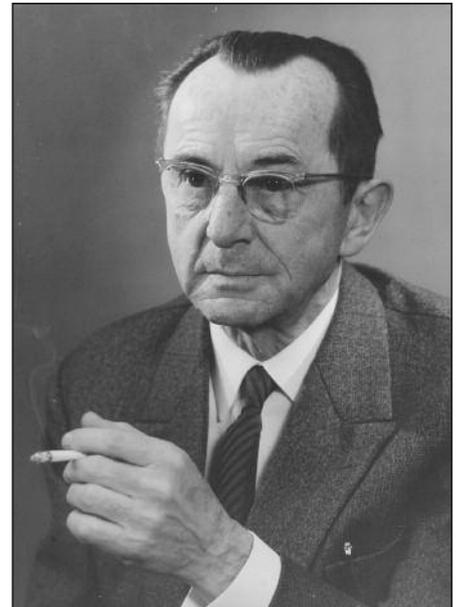
Dieser Hauptsturmführer Kluttig aus dem Roman ist stellvertretender Lagerkommandant, der zuletzt alle Häftlinge ermorden lassen möchte, während der Lagerkommandant Schwahl diese lieber auf einen Todesmarsch Richtung Dachau schicken will, was dann ja auch zum Teil geschieht. Für die Leitung des Internationalen Lagerkomitees geht es angesichts der Bedrohung darum, wie man am effektivsten Widerstand leisten kann.

„Keiner mochte sterben kurz vor dem Ende! – Verflucht! Vor welchem Ende? Wüßte man es nur! Auf einmal entdeckte so mancher, daß die Hornhaut, mit der sich die Brust in all den Jahren gepanzert hatte, dem, was da drinnen pochte, nicht mehr genug Widerstand entgegenzusetzen vermochte, und mancher entdeckte, daß er sich die Gewöhnung an den Tod, der all die Jahre hinter ihm gestanden hatte wie ein Posten mit dem Gewehr, daß er sich die Gewöhnung nur eingebildet hatte, daß es ein Trugschluß gewesen war, erhaben über den Tod zu sein.“⁶

Bruno Apitz wird später in einem Interview erklären, er sei beim Schreiben des Romans jede seiner Figuren gewesen. Als er die Szene „Höfel im Bunker“ geschrieben habe, sei er im Bunker gewesen, sei er Höfel gewesen. „Ich war auch der Kluttig. Wie soll ich denn einen Schurken darstellen, wenn ich nicht das schurkische Erlebnis in mir habe? Dann wird es ja nur Papier. Ich habe auch versucht, die Faschisten als Menschen darzustellen. Bloß als was für Menschen!“, stellte Apitz fest.⁷

„Lebensnah“

Das ist eine der Besonderheiten am Roman „Nackt unter Wölfen“; Apitz konnte die SS-Führungsmannschaft in Buchenwald „lebensnah“ schildern und nicht nur als Stereotype. Denn viele der SS-Offiziere kannte er „persönlich“. Das lag daran, dass er nach den ersten sechs Monaten im KZ, in denen er im Baukommando Schwerstarbeit hatte leisten müssen, in die Künstler-Werkstätte übersiedelt war, die der Lagerkommandant Koch für sich eingerichtet hatte. Der Soziologe Eugen Kogon, der gleich nach der Okkupation Österreichs verhaftet und 1939 ins KZ Buchenwald deportiert



Bruno Apitz (1900–1979)

worden war, schreibt in seinem Buch „Der SS-Staat“ zu diesen Arbeitsstätten unter dem Titel „Das Drohnendasein der SS“: „Da waren die Bildhauereien. In ihnen arbeiteten Architekten, Stein- und Holzbildhauer, Kunstschnitzer, Steinmetzen, Gold- und Silberschmiede, Kunstmaler, Kunsttöpfer und Graphiker. Sie besorgten für die Wohnungen der SS-Führer die künstlerische Inneneinrichtung, verfertigten die unzähligen Geschenke, die sich die Clique gegenseitig spendete, und schufen die Prunkfassade des Lagers, hinter der sich das Elend ausbreitete.“⁸

Der Arzt Fritz Lettow – Anfang 1935 von der Gestapo verhaftet, weil er politisch Verfolgten geholfen hatte, außer Landes zu kommen, zu drei Jahren Haft verurteilt und danach in vier Konzentrationslagern eingesperrt – schreibt in seinem Buch „Arzt in den Höllen“, dass er im KZ Buchenwald, wo er nach der Gefängnishaft von 1938 bis 1942 interniert war, gerne Abende in der Künstler-Werkstätte im Keller der Tischlerei verbracht habe. Dabei geht er auch auf Bruno Apitz ein, den er als den Talentiertesten der dort Beschäftigten bezeichnet: „Buchhändler von Beruf, Dichter aus Neigung und zum Zeitvertreib, hatte er sich auch mit dem Meißel versucht, und nach einigen Anfängen war ihm der Durchbruch gelungen. Er war ein echter Autodidakt, und seine Holzskulpturen wurden von Mal zu Mal kühner und besser, bis er schließlich wirkliche Ausstellungsreife erlangte. Und wie lebte er mit seinem Werk! Tage und halbe Nächte an der Arbeit, sah er seine Figuren plastisch vor sich, an dem Werk Georg Kolbes sich begeisternd, studierte er nach

einigen Büchern und Bildern Anatomie. Ohne Modelle, ohne Vorbilder waren seine Akte von wunderbar realer Wirklichkeit, und alles, was er verloren hatte und jetzt entbehrte, legte er in die Anmut und die Bewegtheit seiner modellierten Körper. Er war stolz auf seine Plastiken, aber nie hochmütig, nur froh.“⁹

Und weiter: „Aber Bruno war nicht einseitig, seine Verse flossen genauso flink wie sein Meißel arbeitete, so daß ihn sogar die SS zu Dichtungen und Satiren für ihre Kameradschaftsabende heranzog. Er sah und hörte Dinge, die sich bei der SS zugetragen hatten. Und durch ihn erfuhren staunend auch andere Häftlinge davon.“¹⁰

Bruno Apitz schnitzte aber nicht nur Figuren, sondern auch Tischlampen, und anlässlich der Geburt des zehnten Kindes von Fritz Sauckel, dem Gauleiter von Thüringen und späteren Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, zuständig also für Deportation und Sklavenarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland, ließ man von Apitz eine Kinderwiege anfertigen. Mit der Versetzung Kochs ins KZ Majdanek Ende 1941 wurde die Künstler-Werkstätte zugesperrt, doch erhielt Apitz einen neuen Arbeitsplatz in der Pathologie, wo medizinische Lehrmodelle hergestellt wurden und der Autor auch eine Schreibmaschine und Papier vorfand.

Ein gefährlicher Zeuge

Hier wurde er allerdings auch Zeuge von medizinischen Versuchen an Häftlingen, der systematischen Ermordung von Kranken durch Gift-Injektionen, aber auch der Massenhinrichtungen von sowjetischen Kriegsgefangenen durch Genickschuss. Das mag mit ein Grund dafür gewesen sein, dass sich sein Name auf der Liste jener 46 Häftlinge befand, die die SS kurz vor der Befreiung noch liquidieren wollte. Das Internationale Lagerkomitee versteckte sie allerdings; so gut, dass keiner von ihnen seitens der Suchtrupps und Hundestaffeln gefunden wurde. Bruno Apitz war in einem drei bis vier Meter tiefen Kanalschacht versteckt, wo er die fünf Tage bis zur Befreiung mit Essen und Getränken versorgt wurde. Später erzählte er mit einem gewissen Bedauern, dass er daher von der Befreiung selbst nichts mitbekommen habe. Als er aus seinem Versteck herauskam, sei alles schon vorbei gewesen.

Am Schluss des Romans tritt dann doch das gerettete Kind noch einmal in den Vordergrund: „Krämer lachte und schimpfte in einem: ‚Vergessen haben sie

uns, die Kerle, die verdammten, vergessenen mitzunehmen!‘ So ungestüm schrie er das Wurm an, daß es weinte, laut und voller Angst. ‚Brülle, ja, brülle! – Komm, brülle draußen mit den andern! Sie brüllen ja alle! Hörst du’s nicht?‘ Seine Schwäche vergessend, packte er das schreiende Kind wie ein Bündel unter den gesunden Arm und torkelte hinaus.“¹¹

Krämer muss das Kind an Höfel abgeben und dieser gibt es schließlich an Kropinski weiter, womit auch der dritte, der im Roman direkt an der Rettung beteiligt gewesen war, zum Zug kommt: „Kropinski hob das schreiende Bündel über sich, damit es nicht erdrückt werde von der brodelnden Flut. Einer Nußschale gleich schaukelte das Kind über den wogenden Köpfen. Im Gestau quirlte es durch die Enge des Tores, und dann riß es der Strom auf seinen befreiten Wellen mit sich dahin, der nicht mehr zu halten war.“¹²

Das „echte“ Kind

Tatsächlich hat es unter den hundert Kindern im KZ Buchenwald auch einen etwa dreijährigen jüdischen Bub gegeben, der im August 1944 gemeinsam mit seinem Vater in einem Transport aus einem Konzentrationslager in Polen hergebracht worden war und – beschützt von kommunistischen Häftlingen – bis zur Befreiung überleben konnte. In seinem Buch „... ich kann dich nicht verlassen.« Erinnerungen an Buchenwald“ erwähnt der aus dem oberschlesischen Bergwerksrevier stammende Władysław Koźdoń, der 17-jährig verhaftet und ins KZ Buchenwald deportiert worden war, dieses Kind. Koźdoń arbeitete damals im Lager als Friseur und nach dem Eintreffen eines neuen Transports hieß es dann immer: „Friseure zum Bad!“ Bei einem dieser Einsätze rief mir jemand aus der Kleiderkammer zu: „Władek, schau dir das mal an! Hier sitzt ein kleines Kind.“ Und tatsächlich saß auf dem Tisch zwischen den Häftlingskleidern ein Junge, er mochte ungefähr zwei Jahre alt gewesen sein. Bereits angezogen und mit einer Häftlingsnummer versehen blickte er um sich. Ein SS-Mann stand daneben und bewachte ihn. Das Kind war Jerzy Zweig, dessen Schicksal später durch das Buch „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz bekannt wurde. Im Roman wird allerdings geschildert, dass er in einem Koffer eingetroffen sei. Bei derselben Gelegenheit entdeckte ich im Sommer 1944 Janek, meinen kleinen Bruder. Er kam aus Auschwitz, in einer großen Gruppe.¹³

Man muss jedoch davon ausgehen, dass – im Gegensatz zu Koźdoń – Bruno Apitz dem realen Jerzy Zweig im KZ Buchenwald nie begegnet ist. Jedenfalls hat er in keinem der vielen Interviews und Gespräche je davon berichtet. Er begegnete ihm erst im Februar 1964, als dieser bereits ein erwachsener 23-jähriger Mann war.

Der Bericht des Zacharias Zweig

Nachdem die Verfilmung des Romans die Geschichte von dem im KZ geretteten Kind weiter bekannt gemacht hatte, wobei mittlerweile publik war, dass es da einen wahren Hintergrund gab, hatten sich DDR-Journalisten auf die Suche gemacht. Eine Korrespondentin der *B.Z. am Abend* spürte schließlich in Tel Aviv Zacharias Zweig auf, der zu jenem Zeitpunkt selbst schon einen Bericht über die Rettung seines damals vierjährigen Sohnes Stefan Jerzy im KZ Buchenwald durch deutsche Kommunisten für die israelische Gedenkstätte Yad Vashem verfasst hatte.

Getrennt von Mutter und Schwester – die in Auschwitz ermordet wurden – war der Bub mit seinem Vater aus dem Krakauer Ghetto erst in mehrere Konzentrationslager in Polen und von dort weiter ins KZ Buchenwald deportiert worden, wo das Kleinkind sogleich Aufsehen erregte, wie sein Vater schrieb: „Man stellte uns in Fünferreihen auf. Mein Sohn galt als einer in der Fünferreihe. Als unter den SS-Männern bekannt wurde, dass sich im Transport ein Kind befände, setzte bei ihnen großes Staunen ein. Ich schaute auf sie und sah ihre Verblüffung darüber. Sofort verbreitete sich auch im Lager die Nachricht, dass sich unter den angekommenen Männern auch ein Kleinkind befand. Die Häftlinge wollten das Kind sehen und schauten es durch die Stacheldrähte an. Als wir uns dem Lagertor näherten, sah ich dort auf uns wartende SS-Männer; ich sah auch SS-Frauen, wie sie aus der Kaserne und der Kanzlei in Richtung des Tores liefen.“¹⁴

Bevor die neuangekommenen Häftlinge in die Baderäume geführt wurden, brachten Häftlinge der internen Lagerleitung Vater und Sohn beiseite, da sie schon mittels der Karteikarten identifiziert worden waren. Schließlich besaß auch der Bub eine eigene Häftlingsnummer – P 67509. Und wenn sich in Apitz’ Roman die Frage stellt, welche Bedeutung das Kind für die Männer hatte, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um es zu retten, dann findet man die Antwort im Bericht des Zacharias Zweig: „Es erwies sich, dass die Führung der politischen



Begegnung von Bruno Apitz mit Stefan Jerzy Zweig.

tschechischen, deutschen und polnischen Häftlinge – hauptsächlich Kommunisten – erstaunt darüber war, dass sich im Konzentrationslager Buchenwald ein Kleinkind befand, und dass sein Name auch auf der Transportliste verzeichnet war. Ohne Rücksicht darauf, dass es ein Jude war, hatten sie beschlossen, das Kind zu retten. Wenn ein solches Kind – wie sie mir erklärten – bisher gerettet worden sei und ich es behüten konnte, sei es ein Symbol des Widerstandes gegen Hitler und verdiene, gerettet zu werden. Übrigens verkörpere es für sie einfach das Leben.¹⁵

Und er stellt auch gleich fest: „Anmerken möchte ich noch, dass die Bezeichnung ‚Capo‘ in Buchenwald, im Gegensatz zu anderen Lagern, keine negative Bedeutung hatte, weil diese Männer durch ihr äußerst korrektes Verhalten anderen Häftlingen gegenüber bekannt waren.“¹⁶

Der kleine Stefan Jerzy Zweig lebte dann von seinem Vater getrennt im deutschen Block und war keineswegs wie das Kind in Apitz' Roman ständig versteckt, wurde vielmehr richtig herausgeputzt, wie sein Vater feststellte: „Ich traute meinen Augen nicht! Mein Kind war schön angezogen. Es trug einen extra für ihn zugeschnittenen und in den Werkstätten von Häftlingen genähten Anzug. Es hatte eine gut zugeschnittene Bluse aus neuem Stoff an, dunkelblau mit weißen Streifen. Es trug kurze Höschen und extra für ihn angefertigte neue Schühchen. Als ich kam, war es mit Spielzeug beschäftigt, das für ihn in den SS-Muniti-
onswerken, der sogenannten ‚Rüstungs-

industrie‘ in Buchenwald extra angefertigt worden war.“¹⁷

Und weiter: „Auf seiner Bluse hatte man eine Nummer aufgenäht, ähnlich wie bei jedem anderen Häftling. Es war ein rotes Dreieck, auf dem der Buchstabe ‚P‘ aufgedruckt war. Die im Lager befindlichen Juden sollten neben dem Dreieck auch eine gelbe Binde tragen. Die politische geheime Organisation kämpfte jedoch gegen diese Vorschrift und schaffte sie ab. Die SS-Männer, die sich im Lager befanden, duldeten diesen Beschluss. Für den Winter bekam das Kind auch warme Wäsche und Pullover, die in den Lagerwerkstätten angefertigt wurden. Außerdem trug es für Propagandazwecke oder aus satirischem Grund eine Armbinde als ‚Capo‘. Diese Binde verpassten ihm seine Betreuer, um das ganze System ad absurdum zu führen und es mit dieser Ironie zu entlarven.“¹⁸

Obst und Bonbons von SS-Männern

Stefan Jerzy Zweig genoss im KZ Buchenwald gewiss einen Sonderstatus, wie sein Vater berichtet: „Es gab auch SS-Männer, die meinen Sohn wie ein Kind behandelten oder auch vergaßen, dass er ein Jude war. Sie brachten ihm Obst, Bonbons und spielten mit ihm. Aber es gab auch andere unter den SS-Männern, die mit scheelen Augen auf das Kind schauten.“¹⁹

Als Stefan Jerzy eines Tages krank wurde, erhielt ein holländischer Arzt, der als jüdischer Häftling im KZ nicht als solcher arbeiten durfte, von der internen Lagerleitung den Auftrag, es zu betreu-

en. Er konnte sogar Rezepte ausschreiben, die am folgenden Tag – wie Zacharias Zweig annahm – von SS-Männern in privaten Apotheken in Weimar eingelöst wurden. Ob diese allerdings wussten, für wen die Medikamente bestimmt waren, erfuhr er nicht. Jedenfalls wurde sein Sohn wieder gesund.

Doch dann schien er plötzlich am 25. September 1944 auf einer Transportliste von 200 Kindern auf, die aus dem KZ Buchenwald nach Auschwitz verschickt werden sollten. Alle Interventionen blieben erfolglos. Der SS-Offizier, der für die Häftlingsstatistik zuständig war, beharrte auf dem Befehl. Dennoch ging der Transport ohne Stefan Jerzy Zweig ab. Um ihn zu retten, erhielt er eine Injektion mit einem Mittel, das hohes Fieber verursachte. Damit war er transportunfähig. Und ab da war er im so genannten Kleinen Lager versteckt, das von den SS-Männern wegen der Infektionsgefahr weitgehend gemieden wurde. Als die SS am 10. April 1945 den Häftlingen des Kleinen Lagers befahl, zur Evakuierung anzutreten, musste Zacharias Zweig seinen Sohn nochmals retten, indem er sich mit ihm kurz vor dem Abmarsch auf der Latrine versteckte. Zwei Tage später war das Konzentrationslager Buchenwald befreit.

Zacharias Zweig kehrte mit seinem Sohn nach Polen zurück, da er noch immer hoffte, seine Frau und seine Tochter wiederzusehen. Als jedoch klar war, dass die beiden ermordet worden waren, wanderte er mit einem Umweg über Frankreich, wo Stefan Jerzy wegen seiner angegriffenen Lunge in Sanatorien behandelt wurde, nach Israel aus. Dass „ihre Geschichte“, die Geschichte von einem kleinen jüdischen Kind, das im KZ Buchenwald zum Symbol des Widerstands gegen das NS-Regime wurde, mittlerweile durch Bruno Apitz' Roman „Nackt unter Wölfen“ und dessen Verfilmung durch Frank Beyer einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt hatte, erfuhren sie erst, nachdem Zacharias Zweig in Tel Aviv aufgespürt worden war.

Begegnung mit den Rettern

Selbstverständlich wollte man in der DDR die Entdeckung des „Kindes von Buchenwald“ entsprechend begehen, und man ging daran, ein Zusammentreffen von ihm mit jenen Männern, die vor allem an seiner Rettung beteiligt gewesen waren, zu arrangieren: Einer davon, Willi Bleicher, war inzwischen prominenter Gewerkschaftsfunktionär der IG Metall in Baden-Württemberg. Walter

Bartel, im KZ Buchenwald ab 1943 Vorsitzender des Internationalen Lagerkomitees, war inzwischen Professor für Neuere und Neueste Geschichte sowie Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte in Berlin und hatte auch Bruno Apitz beraten, als dieser „Nackt unter Wölfen“ schrieb. Dazu noch Robert Sievert, im KZ Buchenwald einst Kapo im Baukommando I und nach dem Krieg kurzfristig Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, der nun als Abteilungsleiter im Ministerium für Bauwesen der DDR wirkte. Er war auch von der zuständigen Kulturbehörde als einer der Begutachter von Apitz' Roman beigezogen worden. Und selbstverständlich durfte auch der Autor von „Nackt unter Wölfen“ nicht fehlen.

Stefan Jerzy Zweig wurde damit in der DDR eine populäre Person. 1964 erhielt er, der sein Mathematik-Studium in Lyon abgebrochen hatte, ein Stipendium, um sich in Berlin-Babelsberg zum Kameramann ausbilden zu lassen. Er heiratete eine DDR-Bürgerin, übersiedelte allerdings 1972 mit seiner Familie nach Wien, wo er schließlich beim ORF beschäftigt war.

Nach der „Wende“

Im Oktober 1990 kam dann das Ende der DDR, und im Deutschen Bundestag wurde eine Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“ eingerichtet; darin integriert: „Gedenkstättenarbeit für Nachgeborene“. Das betraf vor allem die Gedenkstätte Buchenwald, die 1994 mit Volkhard Knigge einen neuen Leiter bekam. In erster Linie galt es, den Nimbus zu zerstören, hier hätten unter den unmenschlichen Bedingungen eines Nazi-Konzentrationslagers Kommunisten Menschlichkeit bewiesen und tatkräftigen Widerstand geleistet. Was lag näher, als den Opfern des Hitler-Faschismus jene Häftlinge gegenüberzustellen, die bis 1950 im „Speziallager 2“ einsaßen, das die sowjetischen Behörden im ehemaligen KZ eingerichtet hatten. Dies waren zumeist ehemalige Funktionäre und Propagandisten des Nazi-Regimes, aber auch Gegner der Besatzungsmacht, wobei es auch hier viele Tote durch mangelhafte Ernährung und Krankheiten gegeben hat.

Im Rahmen der „Gedenkstättenarbeit für Nachgeborene“ war für 1996 sogar ein Zusammentreffen von ehemaligen KZ-Häftlingen mit Insassen des sowjetischen Speziallagers geplant. Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora, die

Vertretung der KZ-Opfer, erklärte allerdings dazu: „Wir werden uns nicht mit den Vertretern unserer Henker an einen Tisch setzen.“ Was den Leiter der Gedenkstätte, Volkhard Knigge, zur Bemerkung veranlasste: „Wie kommt es, daß die Altstalinisten immer wieder handlungsfähig sind?“²⁰

„Opfertausch“

Knigge war es auch, der in Bezug auf die Rettung Stefan Jerzy Zweigs im September 1944 den Begriff „Opfertausch“ kreierte. Als Fieberkranker war dieser von der Liste jener 200 Kinder gestrichen worden, die vom KZ Buchenwald nach Auschwitz verschickt werden sollten. Da jedoch die Anzahl stimmen musste, war der 16-jährige Sinto Willy Blum als die Nummer 200 auf die Transportliste gekommen. Wenn also von „Opfertausch“ die Rede war, sollte damit einerseits unterstellt werden, dass die kommunistischen Retter Stefan Jerzy Zweigs Leben mit dem Tod des Sinto Willy Blum erkaufte hätten. Andererseits beinhaltete dies aber auch einen Vorwurf gegenüber dem Geretteten. So erzählt Stefan Jerzy Zweig, er sei, als er einmal dem Vorsitzenden des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma, Romani Rose, begegnete, von diesem mit den Worten begrüßt worden: „Ah, sie sind derjenige, der ausgetauscht wurde.“²¹

Die Geschichte des „geopferten“ Willy Blum wurde in den Medien, allen voran *Der Spiegel*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wie auch ZDF, groß aufbereitet. Dabei wurde wohlweislich vergessen, dass Stefan Jerzy Zweig eines von zwölf Kindern war, die von der Transportliste gestrichen und durch andere ersetzt worden waren. Doch er war eben jenes „Kind von Buchenwald“, das durch Apitz' Roman und Beyers Film ganz besonders mit der ehemaligen DDR verbunden war. Unter jenen, die dem Transport nach Auschwitz entkamen, befand sich jedenfalls auch der damals 13-jährige österreichische Sinto Karl Stojka. In seinem Buch „Auf der ganzen Welt zuhause“ beschreibt er, der Ende August 1944 mit einem Transport von Auschwitz nach Buchenwald gekommen war, wie er jenen 25. September 1944 erlebte: „Ende 1944 hieß es auf einmal, alle Kinder unter 14 Jahren sofort antreten. 81 Kinder waren wir damals, die aufgestellt wurden. Ich war auch in der Reihe, aber nicht mein Bruder. Er suchte mich und verwendete unseren Pfiff. Ich habe zurückgepfiffen, und so hat er mich unter den Tausenden Menschen gefunden. Als

mein Bruder gesehen hat, daß ich unter den Ausselektierten war, ist er sofort zu meinem Onkel gelaufen und hat ihn um Hilfe ersucht. Sie sind zur Selektion gelaufen, und mein Onkel hat sich an den SS-ler gewendet und hat gesagt: ‚Bitte, Herr General, dort steht mein Enkel, der ist schon älter als 14, aber er ist ein Zwerg, der gehört nicht dazu.‘ Der SS-Mann hat gelacht und hat gesagt, ich soll verschwinden. Geglaubt hat er meinem Onkel sicher nicht, aber der war ein richtiger Zigeuner und hat ein Auftreten gehabt wie ein alter Fürst, und vielleicht hat das dem SS-Mann gefallen.“²²

Auch für Karl Stojka wurde ein anderes Kind auf die Transportliste gesetzt. Dennoch wurde bei ihm und den zehn weiteren niemals von „Opfertausch“ gesprochen. Dabei gab es bei diesen Transporten tatsächlich auch einen Tausch zwischen zwei Opfern, wie der Sinto Otto Rosenberg erzählt, der ebenfalls zusammen mit seinen Cousins Oskar und Bodo am 3. August 1944 in einem Transport von 918 Sinti und Roma, darunter 105 Buben von neun bis 14 Jahren, von Auschwitz-Birkenau nach Buchenwald gebracht worden war: „In Buchenwald wurden wir vor einen Lagerarzt gestellt. Er saß an einem Tisch. Wir mußten uns anstellen und alles ablegen. Er musterte uns und wies uns durch Zeichen eine Seite zu. Oskar kam mit mir auf eine Seite und Bodo auf die andere. Dann hieß es: Die auf der Seite, wo Bodo war, kommen zurück nach Auschwitz. Er war wahrscheinlich zu schwächlich. Aber er war höchstens ein Jahr jünger als wir. Bodo fing an zu jammern. Er war ja immer mit seinem Bruder zusammengewesen. Da ging Oskar zu seinem Bruder hinüber und tauschte mit einem anderen Jungen, der lieber in Buchenwald bleiben wollte, seine Nummer. Die Nummer aus Auschwitz hatte in Buchenwald keine Gültigkeit mehr. Wir hatten schon neue Nummern bekommen. Ich hatte die Nummer 74669. Aber die Nummer war nicht eintätowiert, sondern kam nur auf die Kleidung. Wir hatten sie auf die Hose nähen müssen und auf die Jacke oben links. Oskar vertauschte diese Nummern und ging dann mit seinem Bruder Bodo zurück nach Auschwitz, in den Tod. Meiner Meinung nach wußte er das. Die jüngeren Leute, die nach Auschwitz zurückgingen, wurden dort alle der Vernichtung zugeführt.“²³

Auch der serbische Schriftsteller Ivan Ivanji, der 15-jährig 1944 erst ins KZ Auschwitz und von dort ins KZ Buchenwald und ins KZ Magdeburg depor-

tiert wurde, stellt in seinem Roman „Der Aschenmensch von Buchenwald“ fest, er sei nur durch einen Tausch gerettet worden: *„Nie habe ich erfahren, wer mich im Herbst 1944, als ich aus Magdeburg zurück nach Buchenwald gekommen war, aus dem Transport nach Auschwitz herausgenommen und nach Niedersorschel geschickt hat, wo ich dank Herrmann und Dr. Odic anstatt vergast zu werden, Nietzsche und Pirandello gelesen habe. Nach der Antwort auf diese Frage habe ich mein ganzes Leben lang vergeblich gesucht.“*²⁴

Und weiter: *„Wäre ich ein Gläubiger, würde ich sagen, gesegnet sei sein Name! Jemand, der auch eine Buchenwalder Nummer trug, nur auf einem besseren Anzug, als es meine Häftlingsuniform war, und der über Leben und Tod entscheiden durfte. Über mein Leben. Über meinen Tod. Der sicher schon vorher gegen den Nationalsozialismus gekämpft, also Verdienste zu verzeichnen hatte, während ich ein Niemand war und geblieben wäre, eine Aschenflocke in Auschwitz, hätte mich dieser unbekannt gebliebene Mithäftling nicht aus der Masse herausgeholt, um mir zu ermöglichen, 54 Jahre später dieses Buch zu schreiben. Er hätte das, was er mit mir gemacht hat, wahrscheinlich nicht Opfertausch genannt, aber dieses Wort benützen heute Historiker. Ich, das Opfer, wurde ausgetauscht unter dem Messer, wie Isaak, als ihn sein Vater opfern wollte.“*²⁵

„Gefälscht“

2003 erschien bei Rowohlt der Roman „Anders“ von Hans Joachim Schädlich. Dieser, Jahrgang 1935, war einst Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR gewesen, blieb allerdings trotz einiger Versuche dort literarisch erfolglos. 1977, ein Jahr nachdem er wie andere auch gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestiert hatte, übersiedelte er mit seiner Familie legal in den Westen, wo er nun als Schriftsteller Furore machte. In „Anders“ lässt er zwei pensionierte Meteorologen Geschichten von „Täuschungskünstlern“ sammeln und diese einer von beiden verehrten Architektin erzählen.

Als ersten nennt er dabei Bruno Apitz, der ja mit seinem Roman „Nackt unter Wölfen“ die Geschichte von dem Kind in Buchenwald gefälscht habe. Als Beweis dafür zitiert er über viele Seiten ziemlich wortwörtlich den Bericht des Zacharias Zweig. Es mag schon stimmen, dass viele Leser des Romans ge-

glaubt hatten, alles habe sich genau so zugetragen. Das hat Apitz allerdings nie behauptet, und wenn es ihm darum gegangen wäre, hätte er keinen Roman, sondern eine Dokumentation schreiben müssen, in der er dann auch keine geänderten Namen hätte verwenden müssen. Vielleicht hätte der Autor seinem Roman den früher üblichen Satz voranstellen sollen: „Jede Ähnlichkeit mit noch lebenden Personen ist rein zufällig.“ Wenn eine Germanistin und Kulturredakteurin davon spricht, Apitz habe „einen Roman mit vielen erfundenen Details“ geschrieben, mag das zwar verwundern, ein Roman-Autor sollte allerdings um die Kriterien, die einen Roman auszeichnen, Bescheid wissen. Besonders perfide an Schädlichs Werk ist, dass er Apitz hier in eine Reihe mit dem einst überaus einflussreichen Nazi-Funktionär Hans Ernst Schneider stellt, der nach dem Krieg mittels gefälschter Papiere als Hans Schwerthe in der BRD zum renommierten Germanisten aufstieg.

Stefan Jerzy Zweig hat sich Bruno Apitz gegenüber bestimmt nicht freundschaftlich verbunden gefühlt, aber er wäre wohl kaum auf die Idee gekommen, ihn anzuklagen, er habe im Roman, seine Person falsch dargestellt. Aber er klagte Hans Joachim Schädlich im Jahr 2007, da er sich durch Bemerkungen in dessen Buch „Anders“ beleidigt fühlte. Hieß es doch im Klappentext: „Ein Überlebender der Lager kann die verdrehte Legende um seine Rettung nicht mehr von der eigenen Biografie unterscheiden.“ Und im Roman selbst: „Wahrscheinlich kann Jerzy Zweig seine wahre Geschichte nicht gelten lassen, daß er lebt, weil statt seiner der Zigeunerjunge Willy Blum ins Gas geschickt wurde.“ Dabei wurde auch hier der Begriff „Opfertausch“ verwendet.

Der Vorsitzende Richter am Berliner Landgericht meinte zwar, dass man menschlicher Betroffenheit nicht mit Mitteln des Rechts gerecht werden könne, verbot jedoch, dass die beiden inkriminierten Sätze weiter verwendet werden. Dass Hans Joachim Schädlich seitensweise Passagen aus dem Bericht von Zacharias Zweig abgeschrieben hatte, wurde vom Gericht allerdings nicht als Plagiat gewertet. „Anders“ ist schließlich keine wissenschaftliche Arbeit.

Karl Stojka ist 2003, dem Jahr, in dem Schädlichs Buch erschien, verstorben. Vielleicht hätte er sich, wenn er das Buch gelesen hätte, Zweigs Klage angeschlossen. Denn im Roman heißt es auch: *„Der 3½-jährige Jerzy war das Maskottchen der deutschen Kommunisten.“* / *„Das klingt verächtlich“, sagte ich.* / *„Aber warum wurden ausgerechnet diese 11 anderen zurückgehalten.“* / *„Vielleicht waren es ‚Puppenjungen‘.“* / *„Was?“* / *„Spielgefährten von einflussreichen politischen Häftlingen.“*²⁶ „Puppenjungen“ wurden in den Konzentrationslagern die Opfer homosexueller Kapos genannt – ganz gleich, ob sie dazu gezwungen wurden oder sich „freiwillig“ dazu hergaben, weil sie sich davon Vorteile versprochen.



Im Prozess im Berliner Landgericht äußerte Stefan Jerzy Zweig die Vermutung, an seiner Person werde der Antifaschismus der DDR thematisiert. Volkhard Knigge hatte schon bald nach Amtsantritt in der Gedenkstätte Buchenwald eine Tafel von der ehemaligen Effektenkammer abnehmen lassen, auf der des von Kommunisten geretteten Kindes namentlich gedacht worden war.

Verständnis dafür erfuhr er bei Ruth Klüger, die selbst noch ein Kind war, als sie elfjährig gemeinsam mit ihrer Mutter erst ins KZ Theresienstadt und dann weiter nach Auschwitz-Birkenau und ins KZ Christianstadt deportiert wurde. Schreibt sie doch in ihrem Buch „weiter leben“: *„Die Agitprop-Burschen, die das Schild vom geretteten Kind anbrachten, infantilisierten, verkleinerten und verkitschten damit den großen Völkermord, die jüdische Katastrophe im 20. Jahrhundert. Das ist mir der Inbegriff von KZ-Sentimentalität. Und der Roman über dieses Kind ist trotz der Achtung, die er genießt, ein Kitschroman.“*²⁷

Da der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald ungeachtet aller Einwände auch weiterhin auf dem Begriff „Opfertausch“ beharrte, strengte Stefan Jerzy Zweig schließlich auch gegen ihn einen Prozess an – den er allerdings in erster Instanz verlor, da das Gericht lapidar feststellte, der Begriff „Opfertausch“ könne nicht verboten werden.

Der Richter am Kammergericht Berlin, wo im Februar 2012 in zweiter Instanz verhandelt wurde, legte es hingegen auf einen Vergleich an. So gab er Knigge zu bedenken, zur Führung einer Gedenk-

stätte gehöre nicht nur wissenschaftliche Akribie, sondern auch Empathie. Außerdem sei das Wort „Opfertausch“ kein Standardbegriff der Forschung. Deshalb verstehe er nicht, warum man nicht darauf verzichten könne, wenn man damit einen Mann mit einem Schicksal wie dem von Zweig verletze.

„Ich weiß, wie man mit Überlebenden umgeht“,²⁸ stellte der Gedenkstättenleiter dem gegenüber fest, er müsse jedoch dafür sorgen, dass die Legenden ein Ende nähmen, worauf ihm Stefan Jerzy Zweig entgegnet: „Ich bin keine Legende!“ Zuletzt erklärte sich Knigge doch bereit, in Interviews nicht mehr das Wort „Opfertausch“ zu verwenden.

Anmerkungen:

- 1/ Bruno Apitz: Nackt unter Wölfen. Halle (Saale) 1958, S. 37.
- 2/ Ebd., S. 183f.
- 3/ Ebd., S. 184.
- 4/ Ebd., S. 373.
- 5/ Ebd., S. 243.
- 6/ Ebd., S. 322f.
- 7/ Josef-Hermann Sauter: Interviews mit Schriftstellern. Bruno Apitz. Berlin 1982, S. 147.
- 8/ Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 2015, S. 309.
- 9/ Fritz Lettow: Arzt in den Höllen. Erinnerungen an vier Konzentrationslager. München 2001, S. 125.
- 10/ Ebd.
- 11/ Apitz: Nackt unter Wölfen, S. 529.
- 12/ Ebd., S. 530.
- 13/ Władysław Koźdoń: „... ich kann dich nicht vergessen“. Erinnerungen an Buchenwald. Göttingen 2007, S. 92.
- 14/ Zacharias Zweig/Stefan Jerzy Zweig: Tränen allein genügen nicht. Wien 2005, S. 51f.
- 15/ Ebd., S. 53.
- 16/ Ebd., S. 56.
- 17/ Ebd., S. 59f.
- 18/ Ebd., S. 60f.
- 19/ Ebd., S. 65.
- 20/ Die Zeit, Nr. 44/1996.
- 21/ Zweig/Zweig: Tränen, S. 164.
- 22/ Karl Stojka/Reinhard Pohanka: Auf der ganzen Welt zu Hause. Das Leben und Wandern des Zigeuners Karl Stojka. Wien 1994, S. 47.
- 23/ Otto Rosenberg: Das Brennglas. Berlin 2012, S. 88.
- 24/ Ivan Ivanji: Der Aschenmensch von Buchenwald. Wien 1999, S. 83.
- 25/ Ebd., S. 85f.
- 26/ Hans Joachim Schädlich: Anders. Reinbek 2003, S. 73.
- 27/ Ruth Klüger: weiter leben. München 2016, S. 74f.
- 28/ *Süddeutsche Zeitung*, 26.2.2012.

Hans Hautmann (1943–2018)

Der Tod von Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann am 3. Juli 2018, wenige Wochen vor seinem 75. Geburtstag, reißt eine gewaltige Lücke in die kleine Schar marxistischer WissenschaftlerInnen in Österreich. Die Geschichtsschreibung der österreichischen ArbeiterInnenbewegung aus kommunistischer Sicht verliert mit ihm ihren wichtigsten Vertreter.

Hans Hautmann wurde am 22. August 1943 als jüngerer der beiden Söhne von Leopoldine und Rudolf Hautmann in Wien geboren. Die beherzten Aktionen seines Vaters, eines Simmeringer Autoschlossers, während der Kämpfe um Wien im April 1945 zur Sicherung der Infrastruktur und Versorgung veranlassten die sowjetische Kommandantur, ihn mit dem Aufbau eines „polizeilichen Hilfsdienstes“ zu beauftragen – damit wurde Rudolf Hautmann erster Polizeipräsident des befreiten Wien. Die jahrzehntelange starke Präsenz von Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei sowie der Aufbau einer „Kulturvereinigung der Polizeibediensteten“ waren maßgeblich auf jene frühen Initiativen von Rudolf Hautmann zurückzuführen. Hans Hautmanns Vater war auch eine wichtige Persönlichkeit der Sportpolitik der KPÖ und erster Präsident des neu gegründeten Österreichischen Volleyballverbands. Hans selbst bestritt in den 1960er Jahren mehrere Spiele für die österreichische Volleyballnationalmannschaft.

Wissenschaftliche Laufbahn

Nach der Matura am Bundesrealgymnasium Stubenbastei begann Hans Hautmann ein Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien. Seine Sozialisation und politische Prägung im kommunistischen ArbeiterInnenmilieu widerspiegelte sich auch in seiner 1968 fertiggestellten Dissertation über die Frühgeschichte der KPÖ, die 1970 gedruckt erschien. Hautmann verfasste damit eine der ersten Dissertationen, die sich mit der Geschichte der KPÖ beschäftigten, und eines der ersten Werke über die Parteigeschichte auf quellenkritischer Grundlage. Die 1971 unter dem Titel „Die verlorene Räterepublik“ veröffentlichte Neuauflage stellt bis heute ein breit rezipiertes Standardwerk dar. Hautmanns berufliche Tätigkeit als Historiker hatte schon 1966 begonnen –

als ehrenamtlicher Mitarbeiter des 1963 gegründeten *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes*, wo er bis 1968 am Aufbau der Bibliothek mitwirkte. Der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Herbert Steiner, war es auch, der Hans Hautmann 1969 an den Linzer Universitätsprofessor Karl R. Stadler „vermittelte“, der ihn als Assistent am neu gegründeten Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Johannes-Kepler-Universität Linz engagierte und fortan seine wissenschaftliche Laufbahn begleitete (und gegen zahlreiche Angriffe aus dem konservativen Lager schützte).

Hans Hautmanns akademische Laufbahn in den 1970er Jahren fiel mit dem Aufstieg der ArbeiterInnenbewegungsgeschichte in Österreich zusammen. Gleichzeitig mit seiner Lehrtätigkeit an der Universität Linz war Hautmann auch am dort angesiedelten Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung aktiv. In der Buchreihe dieses Instituts erschien 1974 sein gemeinsam mit Rudolf Kropf verfasstes Werk „Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945“, das zu einem Klassiker wurde und bis 1978 drei Auflagen erlebte. Die Einordnung historischer oder kultureller Detailstudien in allgemeine gesellschaftliche Zusammenhänge, die Hautmanns Arbeiten charakterisierte, hat er mehrfach explizit erläutert – so im Vorwort zu dem umfangreichen Band über „Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919–1934“, den er 1980 gemeinsam mit seinem Bruder Rudolf, einem Architekten, im Schönbrunn-Verlag der KPÖ herausbrachte. Die von der Gemeinde Wien aus Mitteln einer sozial gestaffelten Wohnbausteuer errichteten Wohnungsanlagen seien „unmöglich zu verstehen, geschweige denn richtig zu deuten“, wenn die Entwicklung der Epoche des „Roten Wien“ so, wie sie sich „aus dem realen Verlauf der Klassenauseinandersetzungen der 1. Republik ergab“, unberücksichtigt bleibt. Eine „unpolitische“ Architekturgeschichte führe „unvermeidlich in eine Sackgasse“ – zumal bei „einem Gegenstand wie den Gemeindebauten, die nichts weniger als ein unvermeidliches Resultat und eine direkte Widerspiegelung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der 1. Republik waren“.

1982 habilitierte sich Hans Hautmann an der Universität Linz zum Univer-

sitätsdozenten. Seine über 800 Seiten starke Habilitationsschrift über die „Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924“ erschien 1987 im Europa-Verlag in Buchform und ist bis heute eine der umfassendsten Darstellungen der Rätebewegung außerhalb Russlands überhaupt. 1988 erfolgte die Ernennung zum Assistenzprofessor. In diesem Jahr wurde Hautmann mit dem Victor-Adler-Staatspreis für Geschichte der Arbeiterbewegung ausgezeichnet. 1997 wurde ihm der Titel eines außerordentlichen Universitätsprofessors verliehen. 1996 bis 1998 sowie 2000 bis 2005 war Hautmann Vorstand des Instituts für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Linz – ein seltenes Beispiel einer akademischen Karriere eines Historikers mit kommunistischem Hintergrund in Österreich.

Kommunistischer Historiker

Schon seit 1967, noch vor Hautmanns Beitritt zur KPÖ, hatte Herbert Steiner – als damaliger Sekretär der Historischen Kommission der KPÖ – die informelle Teilnahme von Hans Hautmann an den Sitzungen der Kommission ermöglicht, der er seit dem 22. Parteitag im Jahr 1974 formell angehörte. Auch nach seiner Übersiedlung nach Linz blieb Hautmann Mitglied der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ. Er war einer der Autoren der (wegen der Farbe ihres Einbands so bezeichneten) „roten“ Parteigeschichte von 1977, die als Gemeinschaftswerk von akademisch ausgebildeten Historikern (Hans Hautmann und Winfried R. Garscha) und „Parteiveteranen“ (Erwin Zucker-Schilling, Max Stern, Albert Hirsch, Friedl Fürnberg) erschien. Gemeinsam mit Friedl Garscha war er in den folgenden Jahren verantwortlich für eine „Professionalisierung“ der Parteigeschichtsschreibung. Er war einer der Hauptautoren der 1987 erschienenen „grauen“ Parteigeschichte, für die er das Kapitel über die Frühgeschichte der KPÖ und (als Ko-Autor) jenes über die Jahre der austrofaschistischen Diktatur 1934–1938 schrieb.

1984 erschien als Gemeinschaftsausgabe des Berliner Dietz-Verlags und des Globus-Verlags der KPÖ das – gemeinsam mit Garscha verfasste – Buch über den Februar 1934 in Österreich. 1969 war in der theoretischen Zeitschrift der KPÖ die erste veröffentlichte wissenschaftliche Arbeit von Hautmann zum Thema „Die ungarische Räterepublik und die österreichische Sozialgesetzgebung“ publiziert worden. Bis 1991 er-

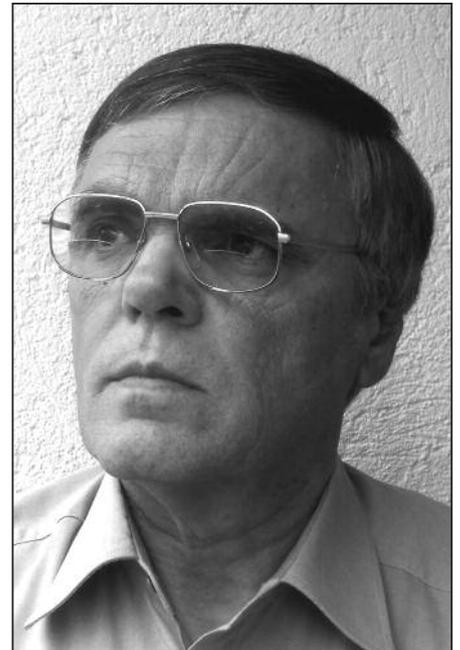
schiene in Weg und Ziel insgesamt zwanzig geschichtswissenschaftliche Beiträge von ihm. In unzähligen Parteiversammlungen wurde Hautmann als Referent angefragt, zumeist zu Jahrestagen bedeutender Ereignisse der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung, etwa zum Jännerstreik 1918, zur Gründung der KPÖ im November 1918, zum Juli 1927, zum Februar 1934, zum März 1938 oder zum Oktoberstreik des Jahres 1950. Er leistete dabei marxistische Bildungsarbeit im besten Sinn des Wortes. Einen besonderen Stellenwert hatten die „Linken Gespräche“ der KPÖ Linz, bei denen Hautmann auf ein treues Publikum zählen konnte.

Wenn die KPÖ zu Jahrestagen, die in der geschichtspolitischen Debatte eine größere Rolle spielten, zu intervenieren versuchte, so war es Hans Hautmann, der dafür Beiträge lieferte: etwa 1988 zum 70. Jahrestag der Gründung der Republik, als die KPÖ eine von Hautmann verfasste Broschüre unter dem Titel „Was hat uns der November 1918 heute zu sagen?“ herausbrachte. 2014 verfasste er die von der KPÖ herausgegebene Broschüre „Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich“. Erst wenige Wochen vor seinem Tod brachte der Globus-Verlag sein „Marx-Engels-Handbuch“ neu heraus – als Beitrag der KPÖ zum 200. Geburtstag von Karl Marx.

Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft

Als marxistischer, herrschaftskritischer Historiker war Hautmann neben seiner akademischen Laufbahn stets auch im außeruniversitären Bereich aktiv. Er war bis 1990 in der *Gesellschaft Österreich-DDR* engagiert, er gehörte der Historikerkommission der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* an und war Vorstandsmitglied und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der ITH, die alljährlich in Linz die Internationale Tagung der Historiker der ArbeiterInnenbewegung abhält. Von 1998 bis 2007 war Hautmann Präsident des *Vereins zur Förderung justizgeschichtlicher Forschungen*, einer der beiden Gründungsvereine der *Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz*, deren Kuratorium er angehörte.

Als 1993 die *Alfred Klahr Gesellschaft* gegründet wurde, um das Archiv der KPÖ wissenschaftlich zu erschließen, gehörte Hautmann zu den ProponentInnen und Gründungsmitgliedern. Bis



2005 fungierte er als erster Präsident. Wie kein anderer hat Hautmann das öffentliche Erscheinungsbild der *Alfred Klahr Gesellschaft* geprägt, sei es durch seine Beiträge in den Mitteilungen oder durch seine zahlreichen Vortragsabende und Referate auf Symposien. Aus seinen zahlreichen Beiträgen in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* ragen jener über die Kommunistinnen und Kommunisten in der Wiener Polizeidirektion nach 1945, jener über die Parlamentspolitik der KPÖ, sein Beitrag über die Geschichtslegende vom „Oktoberputsch“ des Jahres 1950 und jener über die Verbrechen der Habsburger-Monarchie im Ersten Weltkrieg heraus.

Als er 2005 an der Universität Linz in den Ruhestand trat und seine Funktion als Präsident unserer Gesellschaft zurücklegte, bedeutete dies keine Einschränkung seiner Aktivitäten. Im Gegenteil: Nachdem Hautmann seinen Lebensmittelpunkt nach Wien verlegt hatte, konnte er sich hier ganz auf seine wissenschaftliche Arbeit konzentrieren, was der *Alfred Klahr Gesellschaft* in besonderem Maße zu Gute kam. Es gab seither kaum eine Ausgabe der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, in der kein Beitrag von Hautmann zu finden ist. Insgesamt veröffentlichte Hautmann in unserem Periodikum 50 größere wissenschaftliche Beiträge, hinzu kommen zahlreiche kleinere Texte, Berichte und Rezensionen. Hautmanns Aufsätze sind hauptverantwortlich dafür, dass sich die Mitteilungen von einem anfangs schmalen Vereinsorgan zu einem respektablen wissenschaftlichen Periodikum entwickelt haben, die über die engeren Kreise der *Alfred Klahr Gesellschaft* hin-

aus gelesen und geschätzt werden. Bei den jährlich gemeinsam mit dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark veranstalteten Konferenzen war Hautmann stets als Referent vertreten. Vier der bisher 16 erschienenen Bände der von der *Alfred Klahr Gesellschaft* herausgegebenen Reihe „Quellen und Studien“ wurden von ihm verfasst, darunter zwei ideengeschichtliche Arbeiten: ein Handbuch über Karl Marx und Friedrich Engels sowie ein „Vademekum“ zur Ideengeschichte des Sozialismus und Kommunismus von der Antike bis Marx.

Ohne Hautmanns Ideenreichtum, ohne seine vorausschauenden Initiativen und ohne seine Hilfsbereitschaft wären die meisten Aktivitäten der *Alfred Klahr Gesellschaft* in den letzten 25 Jahren nicht vorstellbar gewesen. Hervorzuheben ist auch die integrative und konstruktive Rolle Hautmanns im Vorstand unserer Gesellschaft. Sein Agieren war maßgeblich dafür verantwortlich, dass zu verschiedenen Zeitpunkten auftauchende Differenzen überbrückt werden konnten und letztlich das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt wurde. Als nach der Enteignung der KPÖ durch die deutsche Treuhänder auch die *Alfred Klahr Gesellschaft* in parteiinterne Auseinandersetzungen hineingezogen wurde, war es der großen politischen und moralischen Autorität Hautmanns zu verdanken, dass die *Alfred Klahr Gesellschaft* als relevanter Faktor im Umfeld der KPÖ erhal-

ten blieb und nicht ins Abseits manövriert werden konnte.

Breites Forschungsfeld

Neben der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung waren Hautmanns Forschungsschwerpunkte die Justizgeschichte, die Theoriegeschichte des Sozialismus sowie ganz allgemein die österreichische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zahlreiche seiner Arbeiten nahmen sich Themen an, die von der österreichischen Geschichtswissenschaft wenig beachtet wurden, wie etwa die Verbrechen der k.u.k. Militärjustiz im Ersten Weltkrieg. In mehreren Beiträgen entzauberte Hautmann den Habsburg-Mythos mit seinen von der heimischen Tourismuswirtschaft tradierten Klischeebildern. Zu seinem 70. Geburtstag im Jahr 2013 erschien eine Festschrift mit Beiträgen von FachkollegInnen, MitarbeiterInnen und FreundInnen Hautmanns aus vier Jahrzehnten gemeinsamer Arbeit mit dem Titel „Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert“. Die Festschrift enthält auch ein detailliertes Schriftenverzeichnis all seiner Publikationen.

Hans Hautmann war sich über seine Sonderstellung als kommunistischer Historiker im Bereich der etablierten Geschichtswissenschaft im Klaren. Bereits

bei seiner Habilitation im Jahr 1982 gab es politisch motivierte Widerstände seitens konservativer Professoren, die sich aber nicht durchsetzen konnten. Nach seiner Pensionierung im Jahr 2005 musste er zur Kenntnis nehmen, dass er im universitären Bereich nur noch selten angefragt wurde, während sich seine Wirkungsmöglichkeiten und seine Aktivitäten im außeruniversitären Raum massiv verbreiteten. 2014, zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs, konnte sich Hautmann der Anfragen fortschrittlicher Vereine und Institutionen kaum erwehren und hielt letztlich knapp 30 Vorträge über den Ersten Weltkrieg (etwa bei der *Solidarwerkstatt* in Linz, im *Aktionsradius Augarten* in Wien oder beim Geschichtsverein *Clio* in Graz), jedoch keinen im universitären Kontext. Es hat Hautmann auch zu Recht irritiert, dass er – der wichtigste Historiker über die Militärjustiz im Ersten Weltkrieg und der erste Historiker, der die Verbrechen der Habsburger-Monarchie thematisiert hat – für die diversen in diesem Jahr erschienenen Sammelbände nicht als Autor angefragt wurde.

Trotz seines politischen Engagements für die Kommunistische Partei ignorierte Hans Hautmann die auch in Österreich feststellbaren Zerklüftungen der Linken und hielt Vorträge auch in Organisationen, die der KPÖ kritisch gegenüberstehen, etwa im Ottakringer Arbeiterbildungsverein. In den letzten Jahren wurde Hautmann auch seitens der marxistischen Linken in der Bundesrepublik Deutschland eine große Wertschätzung zuteil. Er war regelmäßiger Autor der Berliner Tageszeitung *junge Welt*, schrieb mehrmals für die von der Deutschen Kommunistischen Partei herausgegebenen *Marxistischen Blätter* und hielt Vorträge bei Symposien der Berliner Landesorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung *Helle Panke* und beim *Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* bei der Partei „Die Linke“.

Als die *Alfred Klahr Gesellschaft* zum 70. Geburtstag von Hans Hautmann einen Sammelband mit all seinen Aufsätzen und Referaten herausbrachte, hat Hautmann selbst den Titel dieses Bandes festgelegt: „Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen“. Gerade jetzt, wo die „Schurkereien der Mächtigen“ wieder in den Vordergrund treten, wird Hans Hautmann besonders fehlen.

**WINFRIED R. GARSCHA
MANFRED MUGRAUER**

Hans Hautmann: Marx & Engels Handbuch

2018 ist in mehrfacher Hinsicht ein besonderes, von Jubiläen und Jahrestagen geprägtes Jahr der österreichischen Geschichte: Einerseits wird die Gründung der Ersten Republik im November 1918 begangen, andererseits steht das Jahr 2018 im Zeichen des Gedenkens an den „Anschluss“ des Landes an Hitlerdeutschland im März 1938.

Für die Kommunistische Partei Österreichs ist darüber hinaus der 100. Jahrestag ihrer Gründung sowie der 200. Geburtstag von Karl Marx von Bedeutung. Zu diesem Anlass gibt der Globus-Verlag das von Hans Hautmann verfasste „Marx & Engels Handbuch“ neu heraus. Mit dem „Vademekum“ über Leben und Werk von Karl Marx und Friedrich Engels ist Hautmann ein großer Wurf gelungen: EinsteigerInnen wie auch KennerInnen

von Marx und Engels finden darin nicht nur eine allgemein verständliche und umfassende Beschreibung der Werke der beiden großen Denker, sondern erfahren ebenso faszinierende Details über Wirkung und Interpretation ihrer Arbeiten bis zur russischen Revolution im Jahre 1917.



Hans Hautmann: Marx & Engels Handbuch. Ein Vademekum über ihr Leben & Werk. Wien: Globus-Verlag 2018, 416 S., 19,99 Euro

Bestellungen:
bundesvorstand@kpoe.at

Die Bayerische Räterepublik

Zwei Neuerscheinungen – mit Wermutstropfen

KARL WIMMLER

Eigentlich ein Witz: Da reitet ein reaktionäres politisches Personal seit Jahrzehnten auf einer deutschen Besonderheit namens „Freistaat Bayern“ – und tabuisiert seit eh und je den ersten Ministerpräsidenten dieses Freistaats, der diesen im November 1918 ausgerufen hat: Kurt Eisner. Schulen, in denen man in Bayern von diesem Mann hört, muss man mit der Lupe suchen, und hierzulande, wo die Habsburger medial noch immer in höherem Ansehen stehen als ihre Totengräber, weiß man von der Entstehungszeit dieses „Freistaats“ auch nicht mehr. Obwohl oberflächlich betrachtet die den Ersten Weltkrieg in Deutschland beendende Novemberrevolution vielleicht besser untersucht scheint als die österreichischen Vorgänge. Aber eben nur an der Oberfläche. Denn die vielen regionalen revolutionären Taten und Niederlagen verschwinden und verschwanden in der Regel hinter der nationalen „Novemberrevolution“, bei deren Beschreibung es wiederum häufig lediglich um Berliner Vorgänge geht.

Die Ereignisse in Bayern und insbesondere in München in den ersten Monaten nach dem Ersten Weltkrieg sind auch deshalb von besonderem Interesse, weil der Zusammenhang zwischen den Besonderheiten der dortigen Revolution und ihrer Niederschlagung einerseits und der Bildung des Zentrums des Nationalsozialismus andererseits („Hauptstadt der Bewegung“) noch immer wenig geklärt erscheint. Und zu solch dummdreisten Buchtiteln führt wie „Wie die Revolution und Räterepublik in München Adolf Hitler hervorbrachten“.¹ Da ist es von nicht geringem Interesse, wenn unter dem Titel „Der kurze Frühling der Räterepublik“ der historische Ablauf als quellenreiches „Tagebuch der bayerischen Revolution“ zu schildern versucht wird – mit drei Personen im Focus: dem kommunistischen Anarchisten Erich Mühsam (1878–1934), dem Sozialisten Ernst Toller (1893–1939) und der Kommunistin Hilde Kramer (1900–1974). Eine solche chronologische Darstellung ist auch deshalb nicht ohne Reiz, weil gerade die bayerischen und Münchner Vorgänge 1918/19 in der Vergangenheit bis zum heutigen Tag mit Begeisterung als Werk von verträumten Dichter-Bohe-

miens hingestellt werden.² Auf die zweite zu beachtende Publikation, das umfangreiche Hörspiel „Rotes Bayern“, werde ich im Schlussabschnitt zu sprechen kommen.

Deutsche Besonderheiten

Zunächst ist – was der Autor des „Tagebuchs“ versäumt – auf die besondere Konstruktion des wilhelminischen deutschen Staates zu verweisen, die mit der Kriegsniederlage besondere Revolutionsbedingungen mit sich brachte und alle primitiven Vergleiche mit etwa österreichischen Entwicklungen verbietet. Zwar wurde unter Bismarck ein einheitliches Deutsches Reich geschaffen, aber die deutsche Kleinstaaterei war damit nicht gänzlich aus der Welt, sondern verwandelt in eine bundes- oder gliedstaatliche konstitutionelle Monarchie mit nach wie vor vier Königreichen (Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen) und einer Unzahl von Herzog- und Fürstentümern, deren Adel noch eine nicht unwesentliche politische und wirtschaftliche Rolle spielte. Auch deshalb konnten sich Revolutionäre in Bayern zunächst auf den Sturz des regionalen Königshauses im Rahmen seines Reiches beziehen. Die zentralen gesamtdeutschen Instanzen waren demgegenüber die nationalstaatliche Bürokratie, das Heer und die Polizei. Und grade diese waren mit Kriegsende und revolutionären Aufständen von Zerfall und Zerstörung bedroht, wobei nun einer vierten gesamtdeutschen Instanz eine besondere Rolle zukam, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, SPD. Für diese Rolle hatte sie seit ihrer Zustimmung zum Krieg geübt. (Und der konterrevolutionäre sozialdemokratische „Bluthund“ Noske, der von Berlin ausgehend den nationalen Kreuzzug gegen die Revolution anführte, war in diesem Sinn kein „Ausrutscher“ sondern Kennzeichen und Symbol dieser Rolle.)

Die revolutionären Erhebungen im Deutschland des Jahres 1918/19 spielten sich zunächst in einem nicht geringen Ausmaß unter unterschiedlicher politischer Führung oder als spontane Rebellionen auf regionaler Ebene ab. Und von Anfang an waren die Sozialdemokraten bis auf wenige Ausnahmen Vertreter der um die Königshäuser und Adelsfamilien reduzierten staatlichen Macht – und

nicht der Revolution. Die reaktionären Kräfte rechts der SPD operierten 1918/19 hauptsächlich regional ohne gesamtstaatliche Koordination. (Dabei blieb es in der Weimarer Republik bis zu ihrer „Einigung“ unter der Fahne des Hakenkreuzes.) – Von einem solchen politischen Rahmen mag der Autor des „Tagebuchs“, Simon Schaupp, nicht ausgehen. Und es ist keine glückliche Fügung, dass er kein Historiker, sondern Soziologe ist. Er beginnt märchenhaft: „Vor hundert Jahren erhebt sich ein behäbiges Völkchen am Fuße der Alpen und ringt um eine der wenigen erfolgreichen Revolutionen in der bisherigen Geschichte Deutschlands.“ Seine Erzählung setzt – nach Vorstellung der Protagonisten und Beschreibung der ersten Rebellionen der letzten Kriegsmonate – ein mit der Massendemonstration (rund 60.000 TeilnehmerInnen) auf der Münchner Theresienwiese am Jahrestag der russischen Revolution am 7. November 1918. In der Folge flieht nicht nur (nach jahrhundertelanger Herrschaftsgeschichte der Wittelsbacher) König Ludwig III. Hals über Kopf aus der Residenz, sondern in der Nacht auf den 8. November wählen die schon zuvor entstandenen oder in Entstehung befindlichen Arbeiter- und Soldatenräte den Unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner zum Ministerpräsidenten, der den „Freistaat Bayern“ ausruft.

Die folgenden knapp sechs Monate bis zur endgültigen militärischen Vernichtung der bayerischen Revolution Anfang Mai 1919 werden von Schaupp zwar materialreich und anschaulich geschildert, allerdings in einer Weise, die die Münchner und bayerischen Vorgänge auf weite Strecken isoliert vom restlichen Deutschland beschreibt. Dies führt zu einer schiefen Sicht dessen, was die Revolution erfolgreich hätte werden lassen können oder was sie behindert hat. Faktum ist, dass die Regierung Eisner von Anfang an sowohl von der gesamtdeutschen Staatsmacht, als auch innerhalb Bayerns insbesondere von der SPD und den reaktionären Parteien in Frage gestellt war. Und parallel zur „Macht“ der Arbeiter- und Soldatenräte – die Räterepublik war noch nicht ausgerufen – wurde Mitte Jänner durch die Wahl des Landtags der Parlamentarismus reaktiviert. Leninisten würden vermutlich den

Großteil der revolutionären bayerischen Monate als Doppelherrschaft beschreiben. Dem kann der Tagebuch-Autor unausgesprochen wenig abgewinnen. Er muss das begonnene romantische Märchen fertig erzählen.

Am 21. Februar 1919 wurde der beliebte Ministerpräsident Kurt Eisner, Unabhängiger Sozialdemokrat (USPD), von einem antisemitisch-reaktionären Adligen, Mitglied der völkischen Thule-Gesellschaft, erschossen („Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“³) Dies hat nicht nur einen sofort ausgerufenen Generalstreik zur Folge, sondern fünf Tage später ein Begräbnis, wie es München noch nicht gesehen hat (über 100.000 TeilnehmerInnen; Redner Hugo Haase [USPD], Max Levien [KPD], Gustav Landauer [pazifistischer Anarchist und Schriftsteller]). Und vor allem stellte sich nun die Frage der weiteren Strategie der Revolution. Mühsam: „Jetzt aber darf es kein Zurück mehr geben. Jetzt gilt es der Gegenrevolution den Hals zuzudrücken, dass sie nie wieder zu Atem kommen darf. Man proklamiere sofort die Räterepublik, die kein Paktieren mit dem Parlamentarismus mehr kennt. Man lasse die kapitalistisch monopolisierte ‚Freiheit‘ der Presse nicht wieder zur Seelenvergiftung und Mordanstiftung zu [...] und verbinde sich schnellstens mit den natürlichen Verbündeten der sozialistischen Revolution, mit den herrlichen Vorkämpfern der Weltbefreiung in Russland.“ (S. 120f.)

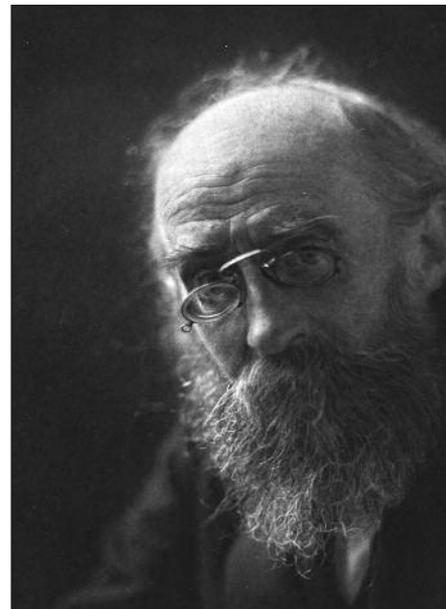
Nachträglicher Antikommunismus?

Die folgenden Tage sind geprägt von Auseinandersetzungen darüber, welche Strategie gegenüber der Reaktion am erfolgversprechendsten ist, ob und wann die Räterepublik ausgerufen werden soll und wie die in der bayerischen „Provinz“ entstandenen revolutionären Bewegungen besser eingebunden werden können. Das Problem ist nun, dass Schaupp einen sich im Jahrhundert seither gebildeten Antikommunismus über die Ereignisse stülpt. Er weiß, wo die Guten und die Bösen auf Seiten der Revolutionäre sind. Es sind praktisch immer die Kommunisten, die in der Tag für Tag-Beschreibung des Revolutionsverlaufs die Fehler machen und von ihm kritisiert werden, während alle anderen Strömungen so gut wie ohne jede Kritik davonkommen. Das klingt mit einigen Belegzitate plausibel,

hat aber mit der Realität nicht viel zu tun. Abschwächend zitiert er am Ende, nach der endgültigen Niederlage, noch Ernst Toller: „Wir sind gescheitert, alle. Alle begingen Fehler, alle trifft Schuld, alle waren unzulänglich. Die Kommunisten ebenso wie die Unabhängigen.“ (S. 235) Aber das ist ein Alibizitat, das den 200 Seiten zuvor widerspricht.

Was waren die Kommunisten damals überhaupt? – Eine gerade (zum Jahreswechsel 1918/19) gegründete, sich in Konstituierung befindliche Partei, die soeben ihre beiden bedeutendsten Führungsfiguren, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, verloren hatte (ermordet am 15. Jänner 1919) und um eine gemeinsame Orientierung rang. Eine (Kommunismus-freundliche) Kurzbeschreibung aus dem Jahr 1929: „Die Reichskonferenz des Spartakus-Bundes trat am 29. Januar [1919] zusammen. Auf ihr waren 46 Orte aus allen Teilen des Reiches durch 83 Delegierte vertreten; [...] Neben dem alten Stamm revolutionärer Parteiarbeiter, die schon vor dem Kriege zur linksradikalen Opposition um Rosa Luxemburg gehört hatten, saßen jetzt junge Arbeiter, die im Kriege Träger der revolutionären Propaganda und Aktionen gewesen waren, aber noch zu wenig politische Erfahrung hatten, Soldaten, angefüllt mit Erbitterung über alle Leiden und Entbehrungen des Krieges, Pazifisten, die wacker gegen den Krieg gekämpft hatten und durch Verfolgungen nach links getrieben worden waren, Syndikalisten, die in der radikalen Arbeiterbewegung ein fruchtbares Feld für ihre Ideen sahen, Künstler und andere Intellektuelle, die von dem Strom der Revolution hochgeschleudert worden waren. [...] Dieser Zuwachs zeigte sicherlich revolutionäre Begeisterung und Bereitschaft zum Handeln, aber auch allzu dürftige politische Erfahrung und keine theoretischen Kenntnisse. [...] Heftige Auseinandersetzungen brachte die Frage der Wahlbeteiligung. [...] Die Leitung des Spartakus-Bundes war für die Teilnahme an den Wahlen und die Ausnutzung des Parlaments zur revolutionären Propaganda [...]. Die Mehrheit der Delegierten war gegen jede Teilnahme an den Wahlen.“⁴ Usw. – Demgegenüber konstruiert Schaupp eine KPD-Politik als monolithischen Block. Dabei wäre ein seriöses, gar solidarisches Differenzieren gerade heute hoch an der Zeit.

Die Räterepublik wird in der Nacht vom 6. auf den 7. April ausgerufen, zu einem Zeitpunkt, als die Revolution im restlichen Deutschland eigentlich überall



Kurt Eisner (1867–1919), Ministerpräsident von Bayern 1918/19.

niedergeschlagen war (was man bei Schaupp nicht, allenfalls zwischen den Zeilen, erfährt). Die führenden Kommunisten waren dagegen und beteiligten sich zunächst an ihr nicht. Die Arbeiter-Bauern- und Soldatenräte hingegen hatten damit mehrheitlich kein Problem und vermeinten damit, ihre Position gegenüber der Reaktion zu stärken. Es ist müßig darüber zu streiten, wer recht hatte. Rechthaberei aber betrieben die Kommunisten zeitweilig wohl in den Jahren danach; in den Tagen danach jedenfalls nicht. Die „Münchener Rote Fahne“ schrieb am 12. April, worüber das Schaupp'sche Tagebuch schweigt: „Die Räterepublik ist nicht lebensfähig, und kein noch so großer Heroismus kann sie jetzt dazu machen. Aber es ist nicht möglich, einfach das Geschehene ungeschehen zu machen. Jede Handlung hat in der Geschichte eherne Konsequenzen. Die Reaktion wendet sich gegen die Räterepublik, um das revolutionäre Proletariat zu treffen.“ Unmittelbar vorher hatten parlamentarische Sozialdemokraten und völkische Thule-Gesellschaft mit finanzieller Krupp-Unterstützung einen unkoordinierten, erfolglosen Putschversuch unternommen, der hauptsächlich von Anhängern der Kommunisten niedergeschlagen worden war, weshalb nun unter ihrer maßgeblichen Führung und Beteiligung die sogenannte „zweite“ Räterepublik einen halben Monat lang bestand. Die „erste“ nennt Schaupp „libertär-sozialistisch“ (S.195).

„Linke Ausgewogenheit“ ?

Nun ja, was den Kommunismus betrifft ist auf Schaupp wenig Verlass.

Auch die frei gestaltete Erzählung mit den drei Protagonisten muss jedenfalls Hilde Kramer betreffend mit Vorsicht genossen werden. Die (achtzehnjährige!) Kommunistin, die im Gegensatz zu den beiden anderen Hauptpersonen des Schaupp'schen Tagebuchs keine führende Rolle spielt, wird in den Ablauf der Ereignisse hineinkonstruiert, hauptsächlich wohl um „linke Ausgewogenheit“ zu demonstrieren, mit der der Autor kundtut, dass nicht alle Kommunistinnen und Kommunisten Totengräber der Räterepublik waren. Er mag nicht erkennen, dass mit der Schuldzuweisung an „die Doktrinäre der KPD“ (S. 271) nichts erklärt ist, wenn man sich nicht über „Doktrinen“ unterhalten will. Der vorwiegend agrarische Charakter Bayerns, seine noch vergleichsweise gering entwickelte Industrie und damit Arbeiterschaft, das Unangetastet-Lassen der Banken und großen Industriebetriebe, des monarchistischen Justiz- und Beamtenapparats, die staatlichen Zukunftsvorstellungen (Deutschland?) u.v.a. sind, wenn überhaupt, marginalisierte Themen.

Und sogar nach der Niederlage der Räterepublik stellt man bedauerliche Leerstellen fest. Dass die angeblichen oder wirklichen Anhänger der Revolution, die den Massakern der Konterrevolution (inklusive des Terrors von Freikorps- und Frontkämpfervereinigungen) zum Opfer fielen, zahlenmäßig nicht präzise erfasst werden können, soll dem Autor nicht angelastet werden. Eher, dass für ihn manche Revolutionäre „gleicher“ sind als andere. Die am Ende nur beiläufige Erwähnung des am 5. Juni 1919 hingerichteten Kommunisten Eugen Leviné (S. 258) irritiert besonders. 1970 publizierte Hans Magnus Enzensberger seine noch heute aktuelle Sammlung internationaler Verteidigungsreden von Revolutionären. Vier Deutsche fanden in der Sammlung Aufnahme: Karl Marx, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg – und eben Eugen Leviné.⁶ Sein vor Gericht gesprochener Satz: „Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub“ wurde seither weit über Deutschland und über die KommunistInnen hinaus für viele Revolutionäre sprichwörtlich. Schaupp will davon nichts wissen. (Aber man findet Leviné ohnehin nicht einfach, weil das Buch leider kein Personenregister enthält.)

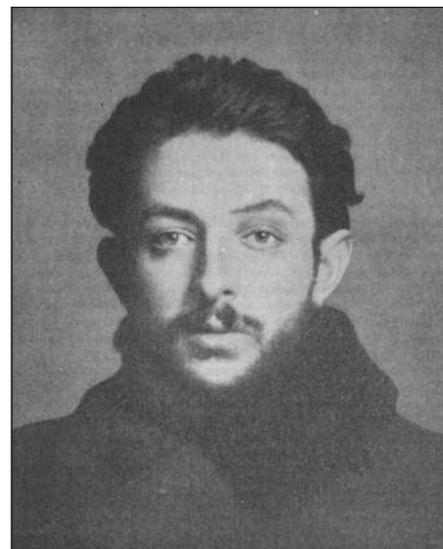
Und ein bayerisches Hörspiel

Warum ist im Titel dieses Beitrags nur von „Wermutstropfen“ die Rede, spricht doch aus meinen Darlegungen mehr als randnotizenhafte Kritik? – Erstens ist es

gut, dass heutzutage wieder vermehrt revolutionäre Traditionen untersucht werden. Zuletzt war dies in größerem Umfang vor einem halben Jahrhundert (im Gefolge von „1968“) der Fall. Zweifelschein mir, dass die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte dazu geführt haben, dass es leichter geworden sein müsste, Parteibretter vorm Kopf etwas kritischer zu sehen. Von denen weiß der junge Autor noch wenig, weshalb er vielleicht sein eigenes nicht sieht. Jedenfalls die Anhänger des Kommunismus des vergangenen Jahrhunderts sollten und könnten sehen, dass es beim genauen Hinschauen von den revolutionären Nicht-KP-Mitgliedern wie Mühsam, Toller oder Eisner auch etwas zu lernen gibt und manche kommunistische Intervention der Sachlage nicht gerecht wurde. Und drittens kann man einiges erfahren, was zwar für gewissenhafte Historiker nicht neu, aber doch für ein größeres Publikum wert wäre, sich mit dieser Räterepublik zu befassen.

Dass dies auch unterhaltsam geschehen kann, beweist das jahrzehntelange Mitglied der „Biermösl Blossn“, Hans Well, mit seinem gemeinsam mit Sabeeka Gangjee-Well verfassten Hörspiel „Rotes Bayern. Die Münchner Revolution 1918 und die Räterepubliken 1919“. Unterbrochen immer wieder durch den familieneigenen Gesang der „Wellpappn“ führt die unvergleichliche Gisela Scheeberger durch den Keller eines „Hauses der Bayerischen Geschichte“, vorbei am Giftkammerl rechts, dem „dunklen Raum“ mit „den Akten von Franz Josef Strauß, Airbus, DDR-Kredit, Onkel Aloys und so weiter“, eindringlichen, oft auch köstlichen und erhellenden Einlassungen von Oskar Maria Graf über Heinrich Mann bis zum CSU-Mitbegründer „Ochsensepp“ (Josef Müller) u.v.a. Und die Bedenkenträger, die seit Jahrzehnten Eiertänze aufführen und darum herumrätseln, ob Herr Pacelli als Pius XII. vielleicht doch irgendwas für die Juden in Rom unternommen habe, können seine Freundlichkeiten gegenüber Münchner Revolutionären wie Kurt Eisner in köstlichem, italienisch akzentuiertem Deutsch nachhören: „Er ist Atheist, radikaler Sozialist, unerbittlicher Propagandist, enger Freund der russischen Nihilisten, Kopf aller revolutionären Bewegungen in München. Wer weiß wie viele Male wegen politischer Delikte inhaftiert gewesen, und obendrein noch galizischer Jude.“

Politisch ist das Hörspiel nicht klüger als das Schaupp'sche Tagebuch. Aber



Eugen Leviné (1883–1919), Vorsitzender des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte der Münchner Räterepublik.

man kann nicht alles haben. Auf einen gravierenden dramaturgischen Fauxpas muss allerdings hingewiesen werden: Nach einem Zitat Levinés, in dem er die Räteregierung von links kritisiert, folgt als „Gegenargument“ just jenes Lied Erich Mühsams, das er bereits 1907 gegen Scheinrevolutionäre der Sozialdemokratie dichtete und der Deutschen Sozialdemokratie widmete, „Der Revolutionär“! – Mühsam dreht sich im Grab um! Trotzdem ausdrücklich: Eine Empfehlung für beide Werke. Weiterdenken muss man sowieso selber.

Simon Schaupp: Der kurze Frühling der Räterepublik. Ein Tagebuch der bayerischen Revolution. Münster: Unrast-Verlag 2017, 302 S., 19,80 Euro
Rotes Bayern. Die Münchner Revolution 1918 und die Räterepubliken 1919. Hörspiel von Hans Well und Sabeeka Gangjee-Well. München: Der Hörverlag 2018, 2 CDs, Gesamtdauer 2 Std. 19 Min., 18,- Euro

Anmerkungen:

- 1/ Michael Appel: Die letzte Nacht der Monarchie. Wie Revolution und Räterepublik in München Adolf Hitler hervorbrachten. München 2018.
- 2/ Z.B.: Volker Weidemann: Träumer – Als die Dichter die Macht übernahmen. Köln 2017
- 3/ Zit. nach: Volker Ullrich: Mord in München, in: *Die Zeit*, Nr. 9/2009.
- 4/ Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin: Internationaler Arbeiter-Verlag 1929 (Reprint Frankfurt/M. 1970), S. 265.
- 5/ Zit. nach: ebd., S. 392.
- 6/ Freisprüche. Revolutionäre vor Gericht, hg. von Hans Magnus Enzensberger. Frankfurt/M. 1970, S. 268–280 (Eugen Leviné).

Ernst Berger: *Träume, Kämpfe, Lebenswege. Berichte aus dem kurzen 20. Jahrhundert.* Norderstedt: Books on Demand 2018, 208 S., 18,- Euro

In einem sehr anregenden Buch berichtet der Wiener Kinderpsychiater und Biografieforscher Ernst Berger von einer oral history-Tagung. Diese fand im Februar 1998 in einem verschneiten Salzburger Ort statt. Den Fokus legt der Autor auf die Biografien von acht ProtagonistInnen des antifaschistischen Widerstands, in deren Erzählungen die konkreten sozialen Auseinandersetzungen im „kurzen 20. Jahrhundert“ (Eric Hobsbawm) plastisch dargestellt werden. Die Auswahl dieser kommunistisch geprägten acht ZeitzeugInnen (drei Frauen und fünf Männer) wurde nach folgenden drei Kriterien getroffen: die aktive Beteiligung an sozialen Kämpfen, Wien als biografischer Berührungspunkt und drittens die persönliche Freundschaft mit dem Autor. Drei dieser Erzählungen zeichnen den Widerstand von zwei Frauen und einem Mann von der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts nach. Weiters lesen wir von sozialen und antifaschistischen Aktivitäten in Persien während der Schah-Diktatur in den 1950er Jahren, in Griechenland zur Zeit des Militärputsches und im Chile der Unidad Popular und der faschistischen Pinochet-Diktatur, und wir erfah-

ren von der Sozialisation in den Jahren um 1968 in Deutschland und Wien und den Auswirkungen auf die unterschiedlichen Karrieren.

Allen Erzählungen gemeinsam ist die damalige Nähe oder Mitgliedschaft in den verschiedenen kommunistischen Parteien, die Hoffnung auf eine klassenlose Gesellschaft und die Enttäuschung über verlorene Illusionen. Der Autor geht von der Annahme aus, dass Biografien sinngenerierende Konstruktionen sind, die aus lebensgeschichtlichen Elementen zusammengebraut werden, und keine 1:1-Wiedergabe der Lebensgeschichte selbst. Dieser Zugang wird besonders deutlich durch Bergers eigene Erlebnisse und seine entsprechenden aktuellen Reflexionen, die zu einer Perspektivenvielfalt beitragen. Sein Resümee zu den biografischen Vignetten lautet: „Die Träume sind in den Erzählungen eigentlich recht blass geblieben. Die Kämpfe sind konkret gewesen.“ Oft sind aber Überzeugungen, die uns heute Herzenssache sind, schon morgen nicht mehr gültig, meint der Autor und erinnert an Foucaults Skepsis, dass die Vergangenheit als Friedhof der Wahrheiten zu betrachten sei. Der Schluss des Buches überrascht die LeserInnen mit einer unerwarteten Wendung, die hier nicht verraten werden soll.

ERNST SCHWAGER

Erich Hackl: *Am Seil. Eine Helden-geschichte.* Zürich: Diogenes Verlag 2018, 128 S., 16,99 Euro

Erich Hackl, der Meister der zeitgeschichtlich motivierten literarischen Miniatur, schafft es mit seinen Büchern regelmäßig, dass Universum der politischen Linken in Westeuropa und Lateinamerika aus der Biographie von Widerstandskämpfern zu entwickeln. Seine produktiven Jahre als Schriftsteller sind geprägt durch Neoliberalismus, Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und dem Verschwinden massenmobilisierender linker sozialer Bewegungen. Entsprechend dieser gesellschaftlichen Verhältnisse geschieht seine Arbeit aus einer Verteidigungsposition heraus und thematisiert regelmäßig das Scheitern der westeuropäischen und lateinamerikanischen Linken. Aber die Erinnerung an Menschen im linken Widerstand, an ihre Kämpfe, an ihre Notlagen, Verzweiflungen, Sehnsüchte und Hoffnungen können Antrieb sein für Menschen, weiterzumachen und an linken Positionen festzuhalten.

Und indem er die Verfolgten, Ermordeten und an den Rand der Gesellschaft Gedrängten vor ihrem Schicksal, vergessen zu werden, bewahrt, setzt er ihnen Denkmäler der Erinnerung. Erich Hackl ist ein politischer Autor, er ist parteiisch und stellt sich mit seinen Arbeiten auf die Seite der Verfolgten und Widerständler und ihres Kampfes für soziale Gerechtigkeit. Ihm ist es gelungen, mit seinen Arbeiten etwas Singuläres in der deutschen Literatur zu schaffen, indem er das Verhältnis von Fiktion und Realität in der Literatur neu verortet. Romane mit zeitgeschichtlichem Hintergrund sind in der Regel so gestrickt, dass das persönliche Erlebnis des Autors im historischen Kontext zu einer Geschichte verdichtet wird. Hackl geht umgekehrt vor. Er verwendet exakt recherchierte Geschichten, real Erlebtes und überträgt es in Literatur.

In seinem neuen Buch ist er diesen Mustern im wesentlichen treu geblieben. Er schreibt die Geschichte der Regina Steinig, einer galizischen Jüdin, und ihrer Tochter Lucia. Und es ist die Geschichte des Reinhold Duschka, Kunstgewerbler im Wien der 1930er Jahre und passionierter Bergsteiger, die Hackl in seinem jüngst erschienen Roman erzählt. Beide, Steinig und Duschka, lernen sich in einem Gesprächskreis parteiloser Linker kennen. Dann nimmt das bekannte Elend seinen Lauf. Nach der Annexion Österreichs durch das faschistische Deutschland werden Regina und Lucia aus ihrer Wohnung vertrieben und müssen in ein „Judenhaus“ ziehen. 1941 werden die Bewohner deportiert. Duschka ermöglicht es den Steinigs, sich in seiner Werkstatt zu verstecken. Kommt Besuch, müssen sie sich in einem hüfthohen Verschlag verkriechen. Sie leben ein Leben wie Anne Frank und ihre Familie im Hinterhof Amsterdams. Eine Lebensmittelkarte muss für drei reichen. Mutter und Tochter helfen Reinhold in der Werkstatt. Draußen ist feindlich. Als bei Stalingrad die faschistischen Armeen besiegt werden, keimt zum ersten Mal Hoffnung auf. Doch dann beginnen die alliierten Bombenangriffe auf Wien. Duschkas Firmenräume werden zerstört und damit auch das Versteck der beiden Frauen. Eine gefährvolle Flucht gelingt und schließlich erleben sie die Befreiung durch die Rote Armee. Nach dem Krieg bleibt die Befreiung von den reaktionären Verhältnissen in Österreich aus. Regina Steinig wird es lange verunmöglicht, in ihren alten Beruf zurückzukehren, Duschka hat Angst, seine Rolle als

1918
1968
2018

Lob der
Arbeiter(!)-
Partei



Mit Beiträgen von Raimund Ernst, Beate Landefeld, Florian Wilde, Ralf Jungmann, Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform), Theo Steegmann (SPD), Patrik Köbele (DKP) und einer Beilage zum Leninschen Parteiverständnis von Robert Steigerwald (1970) und Jupp Schleifstein (1990)

Weitere Themen: Revolution 1918/19 in Deutschland (Gerhard Engel, Rosa Luxemburg) und Österreich (Hans Hautmann) • Studenten- und Arbeiterbewegung 1968 in Paris (Lothar Peter) und Leuven (Herwig Lerouge) • Togliatti, Gramsci und das Erbe (Domenico Losurdo) • Gisela Elsner (Kai Köhler) • Bonapartismus reloaded? (Frank Deppe) • Streik-konferenz 2019 (Fanny Zeise) • Arbeitszeitverlängerung in Österreich (Anne Rieger) • NATO-Gipfel (Conrad Schuhler) • Apartheidstaat Israel (Georg Polikeit) und Rezensionen

Einzelpreis 12,50 €

Jahresabo 48,00 €

ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

Retter jüdischen Lebens bekanntwerden zu lassen, hüllt sich in Schweigen, flieht ins Private und auf die Berge. Hier setzt Hackl an und beginnt zu fragen, was den Menschen Duschka dazu gebracht haben mag, Regina und Lucia vor dem Zugriff der Nazis zu schützen. Seinen Verwandten und Bekannten hat er seine Motive nicht genannt. Aus einzelnen Erinnerungen und Vermutungen rekonstruiert er Duschkas Bereitschaft zu helfen. Doch letztlich bleiben dessen Beweggründe trotz aller rekonstruierenden Bemühungen schemenhaft und undeutlich. Vor dem endgültigen Verblässen hat Hackl die Reste ans Licht gezerrt und eine bewegende Geschichte geschrieben. Sie zeigt nicht zuletzt die moralische Überlegenheit links denkender Menschen, die vor den faschistischen Verhältnissen nicht kapitulieren, sondern sich dagegen engagiert haben.

STEFAN KRAUS

Peter Schweinhardt (Hg.): Eisler und die Nachwelt. Symposium zum 50. Todestag Hanns Eislers. Wiesbaden, Breitkopf & Härtel 2017 (Eisler-Studien, Bd. 6), 267 S., 44,90 Euro

Mit einiger, im geisteswissenschaftlichen Bereich angesichts zunehmend schwieriger werdender Rahmenbedingungen für Reihenpublikationen leider inzwischen üblichen Verspätung erschienen nun Beiträge des Berliner Symposiums, das 2012 maßgeblich von der *Internationalen Hanns Eisler Gesellschaft* organisiert und realisiert wurde. Ob Eisler „noch funktioniert“, wie es Herausgeber Peter Schweinhardt im Vorwort ausdrückt, wird man sich angesichts der nach wie vor bestenfalls marginalen Präsenz seiner Musik im veröffentlichten musikalischen Bewusstsein auch hierzulande schon fragen dürfen; eine umfassende Antwort sollte man von einem Symposium natürlich auch nicht erwarten. Trotzdem beinhaltet der wie immer in dieser Reihe vorbildlich redigierte und sorgfältig gestaltete Band eine Fülle an Einsichten und zumindest teilweise auch für die auf Eisler fokussierte Forschung neue thematische Aspekte, wobei der Begriff der „Nachwelt“ bzw. der Rezeption hier durchaus vielschichtig ausgelegt wird. Durch den Tod von Gerd Rienäcker, einer der zentralen Gestalten auch der Eisler-Forschung über Jahrzehnte, erhält dessen anregender, wie immer wichtige Fragen aufwerfender Text über die bisher kaum wissenschaftlich behandelte so genannte

Goethe-Rhapsodie (1949) Vermächtnischarakter; der Sammelband ist Rienäckers Andenken gewidmet.

Aus österreichischer Perspektive seien die Beiträge von Hartmut Krones und Hannes Heher hervorgehoben. Krones, dessen Forschungen und Publikationen, nicht zuletzt auch seine musikpädagogischen Aktivitäten bekanntlich der Arbeitermusikultur eng verbunden sind, dokumentiert in seinem Beitrag sowohl die öffentlich vollzogene Wahrnehmung, beginnend mit dem Nachruf in der *Volksstimme*, als auch die Entwicklung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Eisler. Hannes Heher, als Mitarbeiter des ORF mit der Mediengeschichte engstens vertraut, beschäftigt sich mit der Präsenz von Eislers Musik in der 1924 gegründeten österreichischen Radiogesellschaft RAVAG, die die bekannt problematische Position des Komponisten im Kontext der österreichischen Nachkriegszeit spiegelt (hier sei auf Peter Schweinhardts grundlegende Studie *Fluchtpunkt Wien* von 2006 verwiesen), gipfelnd im „Totalboykott“ (Heher) ab Mitte der 1950er Jahre. Erst ab den frühen 1970er Jahren sind demnach im ORF-Radio Ansätze zu einer Eisler-Rezeption sichtbar. Das Tonbandarchiv der RAVAG, besonders die Sendungen der *Russischen Stunde* (der Sendeinhalt wurde bald von der KPÖ bestimmt) stellt auch zu diesem Thema eine hochinteressante, noch wissenschaftlich auszuwertende Fundgrube dar.

Aus dem breiten Spektrum der insgesamt 15 Beiträge des Bandes seien noch hervorgehoben: Julian Caskels grundlegendes Plädoyer zur stärkeren Berücksichtigung des Rhythmus als einen Eislers Musik und ihre Semantik prägenden Parameters, Horst Webers kenntnisreiche und auch für die allgemeine Exilforschung ergiebige Auseinandersetzung mit den zwar oft erwähnten, jedoch selten einem close reading unterzogenen Quellen zu Eislers Verhältnis zu den US-Einwanderungsbehörden (auch in diesem Bereich existieren laut Weber noch dringende Desiderata), sowie die Beiträge von Wolfgang Thiel, Richard Patrick Nangle und Jürgen Schebera zu verschiedenen filmmusikalischen Themen. Rezeptionsgeschichte im kompositorischen Sinn stellt dabei Thiels Auseinandersetzung mit Eisler-Einflüssen in deutschen (ost- und west-) Filmkompositionen vor 1990 dar. Ein bisher gänzlich unbekanntes Terrain erschließt der Beitrag von Chiharu Wada, die anhand von Widmungswerken der

Nachrufe

Am 12. August, wenige Monate nach seinem 75. Geburtstag, ist der Theater- und Hörspielregisseur Götz Fritsch in Wien gestorben. Fritsch verbanden mit der KPÖ einige künstlerische Berührungspunkte. 1975 führte er Regie beim Jura-Soyfer-Abend des KSV und des *Kommunistischen Kulturkreises* im Audimax der Universität Wien, an dem u.a. Helmut Qualtinger und die Schmetterlinge teilnahmen. 2012 gestaltete er im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der KPÖ und



der *Alfred Klahr Gesellschaft* zum 100. Geburtstag von Jura Soyfer einen Hörspielabend im Kulturcafé 7Stern. Als regelmäßiger Besucher des Volksstimmefestes sah man ihn immer bei den Lesungen des „Linken Worts“.

Am 24. Oktober 2018 ist Rudolf Gelbard, Holocaust-Überlebender, Antifaschist und unermüdlicher Zeitzeuge, im 88. Lebensjahr in Wien gestorben. Gelbard wurde 1930 in Wien geboren und 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo er 1945 die Befreiung erlebte. In den letzten Jahren war er eine der wichtigsten Stimmen gegen Rechtsextremismus. Der *Alfred Klahr Gesellschaft* war Rudi stets freundschaftlich verbunden. Es war seinem Interesse für die internationale Kommunismusgeschichte geschuldet, dass er fast all unsere Veranstaltungen besuchte und sowohl unsere „Mitteilungen“ als auch unsere Buchpublikationen aufmerksam verfolgte.

interessanten und spezifischen kompositorischen Auseinandersetzung mit Hanns Eisler in Japan nachgeht; dabei ist etwa zu beobachten, dass japanische Komponisten dabei eine neue, spezifische Art von Sprachbezug erproben mussten, einfache „Übersetzung“ also kein gangbarer Weg war.

Insgesamt eine würdige Fortsetzung der Eisler-Studien, der auch abseits der musikinteressierten LeserInnenschaft eine breite Resonanz zu wünschen ist.

CHRISTIAN GLANZ

Ernst Berger/Ruth Wodak: Kinder der Rückkehr. Geschichte einer marginalisierten Jugend. Wiesbaden: Springer VS 2018, 333 S., 49,99 Euro

Seit vielen Jahren treffen sich – nunmehr jährlich – unter der Bezeichnung „Kinderjause“ an die 200 ältere Frauen und Männer in wechselnden Lokalisationen in Wien. Es handelt sich dabei um eine Art großes Klassentreffen, denn man/frau kennt sich oft von Kindheit oder seit früher Jugend an. Es verbindet sie das gemeinsame Erleben in den seinerzeitigen Kinder- bzw. Jugendorganisationen im Umfeld der KPÖ: *Kinderland – Junge Garde, Forum der Mittelschüler* und *Freie Österreichische Jugend* (FÖJ).

Ungeachtet der nachfolgenden politischen Entwicklung der meisten TeilnehmerInnen, die insbesondere nach 1968 wenig bis nichts mehr mit der KPÖ zu tun hatten und haben, verbindet die TeilnehmerInnen an der „Kinderjause“ bis heute die gemeinsame politische Sozialisation, auch wenn diese heute unterschiedlich bewertet wird. Es verbinden sie aber auch viele Familiengeschichten, die seitens der Elterngeneration durch Krieg und Faschismus, Vertreibung und Exil oder vom Er- und Überleben in Konzentrationslagern und Zuchthäusern geprägt waren.

Diesen Umstand griffen Ernst Berger, Kinder- und Jugendpsychiater, und die Sprachsoziologin Ruth Wodak, beide ebenfalls TeilnehmerInnen der „Kinderjause“ auf, um in einer umfangreichen Studie die Verarbeitung dieser Erlebnisse unter den „Kindern der Rückkehr“ – so auch der Titel des Buchs – zu erforschen. Der Untertitel des Buchs lautet „Geschichte einer marginalisierten Jugend“. Dazu schreiben die AutorInnen, dass ihre Forschungsfrage darin bestand, „wie und warum es der zunächst doch isolierten, ja sogar marginalisierten Gruppe von Kindern kommunistischer

Rückkehrer gelang, sich in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft ‚vom Rand in die Mitte‘ zu bewegen, sowohl beruflich wie auch in ihren privaten Beziehungen und Lebensverhältnissen. Mussten sie dabei viele Kompromisse schließen? Übernahmen sie die meist implizit, oft aber auch explizit vermittelten Werte und Haltungen der Eltern, sich für ein ‚Nie wieder‘ einzusetzen und für eine ‚bessere, neue Welt‘ zu kämpfen?“

Die Untersuchung erfolgte auf der Basis von 29 Interviews mit Hilfe standardisierter Interviewleitfäden. Befragt wurden mehrheitlich Angehörige der Gruppe der „Kinderjause“, die den Jahrgängen 1939 bis 1953 angehören, aber auch einige VertreterInnen der nachfolgenden Generation. Neben theoretischen und methodischen Kapiteln über die Untersuchung bilden die Analysen der Interviews unter den verschiedenen Gesichtspunkten wie Entwicklung von Persönlichkeit und Identität, Kindheit, Jugend, Familien, Erziehungsstil, Bildung, Überzeugungen und Aufträge, Elternbilder u.a. den Kern der Studie und des Buches. Im Ergebnis zeigte sich, dass viele der befragten „Kinder der Rückkehr“ wenig über die Kriegs-, Exil- und Gefangenschaftserfahrungen ihrer Eltern wussten. Sie hatten oft auch wenig nachgefragt.

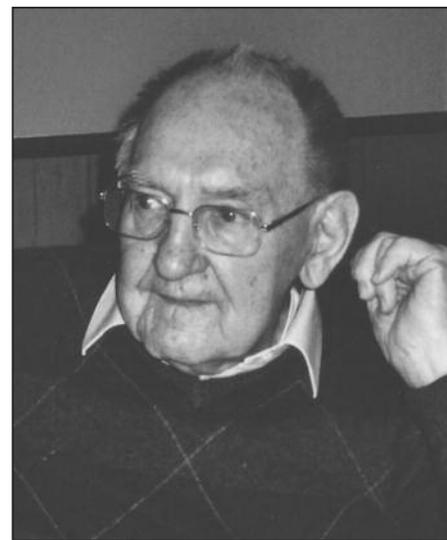
Dazu schreiben die beiden AutorInnen: „Die Frage, warum die Eltern wenig erzählt haben, ist nicht einfach zu beantworten: Einer davon war sicherlich die Belastungsvermeidung [...]. Sicher standen die Überlebenden auch ganz pragmatisch vor der Frage, was denn das ‚richtige‘ Alter sei, um den Kindern von dieser Zeit zu erzählen [...], auch Scham und Schuldgefühle werden eine Rolle gespielt haben. Und natürlich hat der Blick nach vorne, die Zukunftsorientierung, die Erzählungen über die Vergangenheit übertüncht, ja das Überleben und Weiterleben überhaupt ermöglicht.“

Trotz der sehr unterschiedlichen Art der Ver- und Aufarbeitung der Elternbiografien und ihrer Persönlichkeitsentwicklungen seien die Interviewten und damit die „KinderjauserInnen“ einer insgesamt linken und fortschrittlichen Gesinnung treu geblieben, auch wenn sie sich im Erwachsenenalter – mit wenigen Ausnahmen – nicht öffentlich parteipolitisch betätigten, sozialdemokratisch oder grün wählen und „damit durchaus Teil des Establishments geworden“ seien, wie die AutorInnen resümierend feststellen.

MICHAEL GRABER

Erich Sameck 90 Jahre

Die *Alfred Klahr Gesellschaft* gratuliert unserem Autor Erich Sameck zum 90. Geburtstag. Sameck wurde am 31. August 1928 in Wiener Neustadt geboren. Sein Vater Gustav war Kompaniekommandant des Republikanischen Schutzbunds und wurde nach dem



Februar 1934 zu zweieinhalb Jahren schweren Kerkers verurteilt. Nach der Schule absolvierte Erich Sameck eine kaufmännische Lehre in den Flugzeugwerken in Wiener Neustadt. Im Jänner 1945 zur Wehrmacht eingezogen, desertierte er vor Kriegsende.

Im Juli 1945 trat er der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) und der KPÖ bei. Nach kurzzeitiger Tätigkeit als Kulturreferent im Raxwerk und als Sekretär der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* (ÖSG) in Wiener Neustadt wurde Sameck 1949 Redakteur der wöchentlich erscheinenden *Wr. Neustädter Nachrichten*, die er bis 1985 als Chefredakteur leitete und die in jenen Jahren zur meistgelesenen Zeitung der Region aufstiegen. Als „Vollblutjournalist“ genoss Sameck weit über die KPÖ hinaus große Anerkennung.

Von 1964 bis 1986 war er Gemeinderat, von 1967 bis 1970 auch Stadtrat in Wiener Neustadt. Er war Mitglied der Landesleitung und des Landessekretariats der KPÖ Niederösterreich und ist bis heute in der Partei aktiv. In der Ausgabe 1/2016 der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* ist ein längerer Auszug aus einem von Sameck verfassten Erinnerungsmanuskript erschienen. In der Nr. 3/2017 findet sich ein von ihm verfasster Beitrag über seine Kindheit im Wiener Neustädter „Kriegsspital“. Wir freuen uns auf weitere Beiträge von Erich Sameck!

Hans Hautmann – Freund, Genosse, Vorbild

Jedes Gespräch mit ihm war eine Ermutigung.
Bin ich mit meinen Gedanken auf halbem Weg
steckengeblieben, half er mir, sie weiterzudenken,
zu Ende zu denken, radikal zu denken.

Hans Hautmann war ein Revolutionär. Was tut
ein Revolutionär, wenn die Revolution
nicht zum Greifen nah ist? Er tut alles, damit sie
näherückt. Auch wenn sie weit entfernt ist, verliert
er sie nicht aus den Augen. Um nicht vor Erschöpfung
aufzugeben, geht er mit kleinen, wohlüberlegten
Schritten vorwärts. Manch Himmelstürmer überholt
ihn. Das stört ihn nicht. Er will nicht den Himmel erstürmen,
er will die Verhältnisse auf der Welt umstürzen.



Diese Verhältnisse machten ihn zornig. Es war
ein produktiver Zorn, denn er ging einher mit
revolutionärer Geduld. Hans war ein zorniger
Revolutionär mit unendlicher Geduld. Er wusste, dass
Parteiarbeit und organisatorischer Kleinkram genauso wichtig
sind wie die große Arbeit, die er als Historiker leistete.

Als Kommunist war ihm klar, dass in einer Klassengesellschaft
der Klassenkampf auch in den Wissenschaften tobt, insbesondere
in der Geschichtswissenschaft. Die Herrschenden wollen nicht
lesen, welche Verbrechen sie begangen haben, und schon gar nicht
darf über die Kämpfe der Unterdrückten berichtet werden. Das
Ergebnis ist eine bürgerliche Geschichtsschreibung, die über nichts
schreiben darf, worüber zu schreiben sich lohnte, die Ausführenden
sind Historiker, die sich Professoren nennen, aber nur Handlanger
sind. Hans Hautmann schaffte es, sich in diesem Milieu als Professor
an einer Universität durchzusetzen. Es war ein Kampf einer gegen alle.
Ihn zu führen bedurfte es einer beinahe übermenschlichen
Anstrengung. Eine Quelle seiner Kraft war, dass er den Aussagewert
historischer Quellen weniger schätzte als das, was Karl Kraus gesagt hatte.

Die angespannte berufliche Existenz zehrte Hans Hautmann nicht auf,
im Gegenteil, sie führte zu einer intensiven wissenschaftlichen Arbeit
über die Schattenseite der österreichischen Geschichte, die sich in
großen Aufsätzen niederschlug, zu lesen im Mitteilungsblatt
der Alfred Klahr Gesellschaft, das durch die aufrüttelnden, brillanten
Texte Hautmanns nicht nur zum wichtigsten linken Journal des Landes
wurde, sondern auch junge kommunistische Historiker anzog, die sich
um Hautmann scharten.

Sprach man mit Hans, wirkte er ernst und konzentriert. Um aber nicht
im eigenen Ernst zu versinken, schaute er zwischendurch auf und
lächelte, freundlich, verschmitzt. Von ihm habe ich gelernt, auf das
Lächeln nicht
zu vergessen, auch wenn unsereins zurzeit nichts zu lachen hat.
Auch dafür danke ich ihm.

MICHAEL SCHARANG

Michael Graber 70 Jahre

Am 9. Oktober feierte das Mitglied
des Vorstands der *Alfred Klahr
Gesellschaft* Michael Graber seinen
70. Geburtstag. Graber studierte Volks-
wirtschaft an der Universität Wien und
war erster Vorsitzender des 1972 ge-
gründeten Kommunistischen Studenten-
verbands. Seit 1974 gehört er dem Zen-
tralkomitee bzw. dem Bundesvorstand
der KPÖ an. 1982 bis 1990 war er Chef-
redakteur der *Volksstimme*, 1980 bis
1983 und 1987 bis 1991 war er Bezirks-
rat in Wien-Favoriten. 1994 wurde er
zum Finanzreferenten und wirtschafts-
politischen Sprecher der KPÖ gewählt.

Volksstimme-Sondernummer 100 Jahre KPÖ

Anlässlich des 100. Jahrestags der
Gründung der KPÖ am 3. November
1918 veröffentlichte das Monatsmagazin
Volksstimme im Laufe des Jahres 2018
eine Artikelserie über verschiedene
Aspekte der Parteigeschichte, wobei oft
weniger beachtete Politikfelder, in denen
die österreichischen KommunistInnen
aktiv waren und sind, im Mittelpunkt
stehen.



Die 50-seitige Sonderausgabe vereint
die Beiträge dieser Serie, u.a. von Walter
Baier über die Friedensbewegung, Mich-
ael Graber über den „Internationalismus
der Tat“, Bärbel Danneberg über die
Frauenpolitik der KPÖ, Mirko Messner
über die Minderheitenpolitik, Hans
Hautmann über den Jännerstreik 1918,
Winfried R. Garscha über den „An-
schluss“ 1938 sowie Manfred Mugrauer
über die Kulturpolitik und die Sportpoli-
tik. Bestellungen zum Preis von 5 Euro
unter bundesvorstand@kpoe.at.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Erster Weltkrieg – ArbeiterInnenbewegung – herrschaftskritische Geschichtsschreibung

Kolloquium zur Erinnerung an Hans Hautmann

Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Claudia Kuretsidis-Haider** (DÖW): *Hans Hautmann – Stationen seines wissenschaftlichen Lebens*

Dr. **Winfried R. Garscha** (DÖW): *Erinnerte und vergessene Justizverbrechen – Hans Hautmann als Ermittler der cold cases des Ersten Weltkriegs*

Univ.-Doz. Dr. **Stefan Bollinger** (Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Mitglied der Historischen Kommission beim Bundesvorstand der Partei DIE.LINKE): *Revolutionen, Räte, Erinnerungen und aktuelle Herausforderungen*

Univ.-Prof. i.R. Dr. **Rudolf Kropf** (ehem. Vorstand des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Johannes Kepler Universität Linz): *Hautmann/Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945 – Anmerkungen über Genese, Inhalt und Wirkung*

Mag. Dr. **Manfred Mugrauer** (Alfred Klahr Gesellschaft): *Hans Hautmann und die Geschichtsschreibung der KPÖ*

Samstag, **24. November 2018**, 14.00 bis 18.00
Universität Wien, 1. Stock, Erika-Weinzierl-Saal
Universitätsring 1, 1010 Wien

Eine Veranstaltung von Alfred Klahr Gesellschaft, ITH und Zentraler österreichischer Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Sabine Fuchs, Winfried R. Garscha, Christian Glanz, Michael Graber, Heimo Halbrainer, Elisabeth Holzinger, Stefan Kraus, Peter März, Manfred Mugrauer, Helmut Rizy, Ernst Schwager, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Vor hundert Jahren, am 3. November 1918, wurde die Kommunistische Partei Österreichs gegründet. Sie ist damit die drittälteste kommunistische Partei der Welt und die älteste Partei Österreichs mit ungebrochener Kontinuität.

Hundert Jahre KPÖ bedeuten in erster Linie hundert Jahre aufrechten Gangs Hunderttausender Menschen durch die österreichische Zeitgeschichte. Wie mehr als 2.000 Abbildungen zeigen, waren die österreichischen KommunistInnen in Politikfeldern aktiv, die sich wie eine Konstante durch sämtliche Perioden der Parteigeschichte ziehen: in Betrieben und Gemeinden, sozialen Kämpfen, friedenspolitisch, frauenpolitisch und im antifaschistischen Kampf. Hinzu kommt ein „Internationalismus der Tat“, der für alle Phasen der KPÖ-Geschichte kennzeichnend ist. Die KPÖ war dabei nicht nur eine politische und soziale Emanzipationsbewegung, sondern auch eine Kulturbewegung.

Manfred Mugrauer (Hg.): **Partei in Bewegung**. 100 Jahre KPÖ in Bildern
Wien: Globus-Verlag 2018
448 S., mit ca. 2.300 Abbildungen, 39,90 Euro
Erhältlich beim Bundesvorstand der KPÖ (bundesvorstand@kpoe.at).

